

# Leipzig NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

## Heute mit 20 Seiten

- **Leipziger Buchmesse**      *Seiten 9–13*
- **Mobilität in verarmter Stadt**  
Autostraßen und Straßenbahn in der Ära Tiefensee. Stadtrat Engelmann spricht von einem gescheiterten Konzept.      *Seite 3*
- **Was tun gegen Gebäudeverfall?**  
Ein Fachmann fordert: Statt Schrumpfung „vom Rand zum Zentrum“ Wechsel in der Strategie des Stadtumbaus.      *Seite 4*
- **Alternative zur Erpressungsspirale**  
Gewerkschaftslinke: Klasseninteressen!      *Seite 5*

5

2005

13. Jahrgang

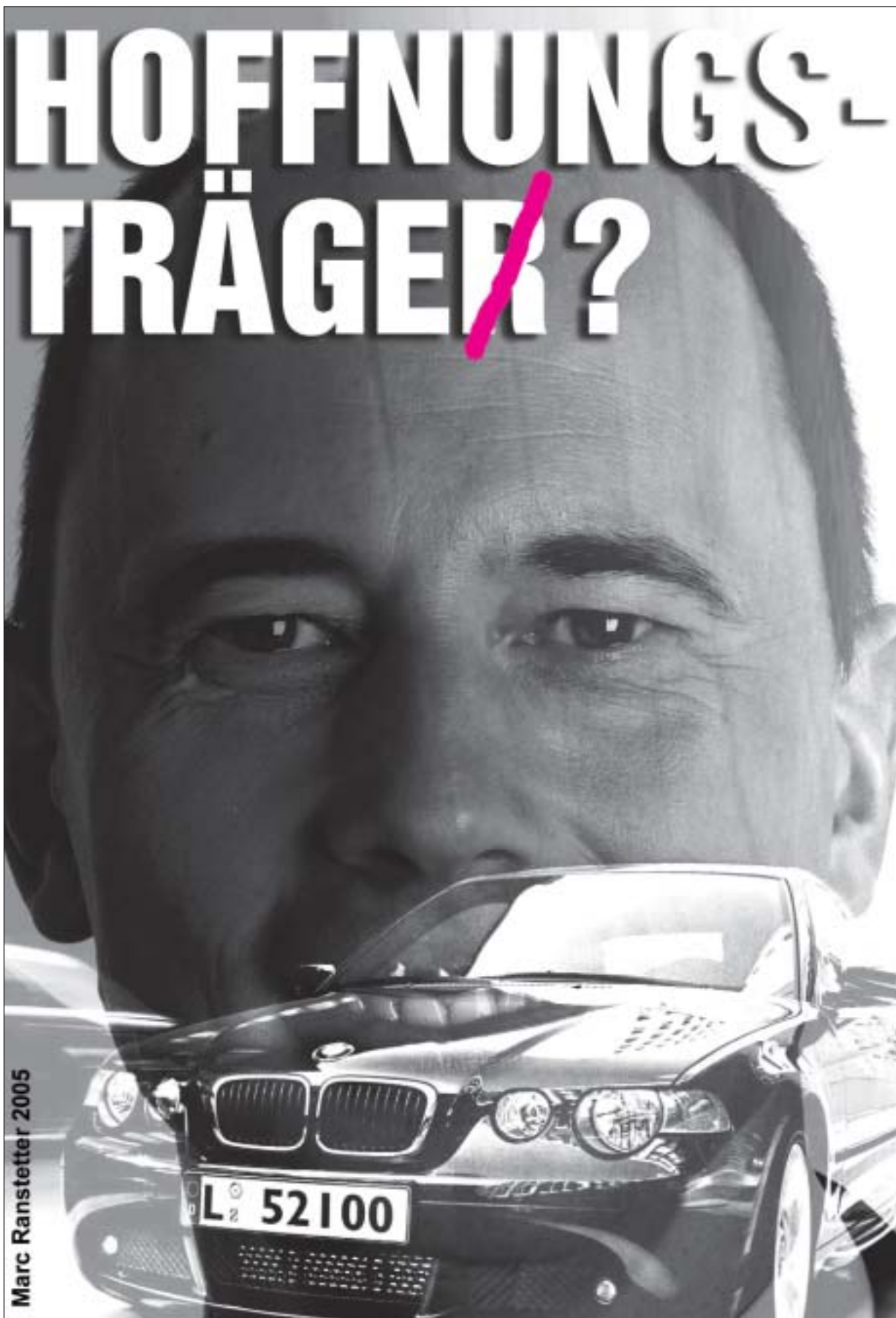
11. März

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345



Marc Ranstetter 2005

### Es geht vorwärts

Jedem Februar – dem Monat mit den Spitzenwerten der Arbeitslosigkeit – folgt seit Jahren fast ununterbrochen ein Februar, der noch eins draufsetzt. Wie in „Dinner for one“: *the same procedere as every year*. Es geht vorwärts, sagte der Minister auch in diesen Tagen, als er über die neueste Statistik stolperte und auf die Nase fiel. Doch das muss man an unseren führenden Politikern bewundern: Keine noch so schlechte Nachricht, aus der sie nicht eine Wende zum Besseren herauslesen könnten! Schon seit Kohls Zeiten (Frau Merkel!) beobachten wir ihre stereotypen und realitätsfremden Reaktionen – *the same procedere as every year*: In einem Jahr wird alles besser.

In Leipzig war der Anstieg im Februar 2005 besonders hoch: plus 5100 Arbeitslose und 6800 mehr als vor Jahresfrist (bisher nicht erfasste eingeschlossen). Dabei hätte es gerade hier den falschen Propheten zufolge einen spürbaren Abschwung geben müssen. Doch genau an dem Tage, als die Arbeitsagentur die neuen traurigen Arbeitslosenzahlen verkündete, lief im Leipziger Werk der erste BMW der 3er-Serie vom Band. Vor vier Jahren, als der Münchner Konzern seine Entscheidung für Leipzig bekannt gab, ging ein euphorischer Ruck durch die Stadt, wesentlich getragen vom blauäugigen Oberbürgermeister. Seitdem ging es steil aufwärts mit der Arbeitslosigkeit. Vielleicht wäre sie heute ohne BMW noch etwas höher, aber LN nannte die hochgesteckten Erwartungen schon seinerzeit eine Milchmädchenrechnung. In der Tat hat nur ein sehr kleiner Kreis ehemals Erwerbsloser bei BMW Arbeit gefunden und nicht 5500 wie angekündigt. Auch das Umfeld potentieller Zulieferer ist ziemlich leer ausgegangen, weil die Bayern weitgehend traditionelle Partner bevorzugten. Neue Stellen kommen zu Fuß, der Stellenabbau galoppiert.

Wir haben ja inzwischen auch eine neue Situation. Dem Ausrauben der DDR folgte deutschlandweit eine asoziale Restorationsphase, die den weiteren Arbeitsplatzabbau durch angedrohte und praktizierte Arbeitszeiterhöhung und Lohnkürzung absichert. • KURT RECHT

## Der Blitz schlägt ein

General Motors, gerade mit einer stabilen Gewinnmeldung vor seine Aktionäre getreten, hat den Blitz bei Opel einschlagen lassen. Die gravierenden Managementfehler werden unten bezahlt. Dennoch feiern selbst die Betroffenen die schärfsten sozialen Einschnitte der Nachkriegsgeschichte, gekoppelt mit massivem Stellenabbau, als „Zukunftsvertrag“. Gewiss, das Ergebnis hätte viel schlimmer aussehen können. Die drei westdeutschen Autostandorte unter dem Blitzsymbol wären womöglich dicht gemacht worden, hätten die Opelaner ihren Protest nicht in geschlossener Front auf die Straße getragen und einen Kompromiss erkämpft. Und genau das ist der Dreh- und Angelpunkt: der Druck der Basis, ihre Kampf- und Streikbereitschaft. Denn ohne diesen Druck scheint sich auch in den Gewerkschaften nur noch wenig zu bewegen. Gerade hat DGB-Chef-Sommer öffentlich die totale Kapitulation in der Hartz-IV-Frage erklärt und zugegeben, diesen Kampf (für den er sich nicht schäme!!!) politisch verloren zu haben. Hat er ihn denn überhaupt begonnen? Warnte er nicht – die Betroffenen als Ratten beleidigend – vor „Rattenfängern“, die die Demonstranten für ihre Ziele vereinnahmen könnten? Auch jetzt ist der Mann „sehr hart“ und tut nicht so, als ob er Hartz IV rückgängig machen könne.

Was ist das anderes als Verrat an den Frauen und Männern, die sonst keine Interessenvertretung haben, die längst mit oder ohne Arbeitsplatz in Armut gedrängt werden?

Vielleicht können die Opelaner die derzeitigen Einschnitte, die Lohnneinbußen und Nullrunden noch verkraften – angesichts der fetten Jahre, die sie hinter sich haben. Aber auch ihr „Zukunftsvertrag“ reicht nur bis 2010. Andere haben solch eine Spanne schon längst nicht mehr. Und am Himmel sind längst stärkere Gewitter aufgezogen. Die Einschlagfrequenz der Blitze wird dichter. (Siehe auch Seite 5)

• M. W.



Barbara Höll, erster weiblicher OBM-Kandidat in der Geschichte Leipzigs, steht für soziale Gerechtigkeit und für Bürgernähe.

Foto: Märker

## Wehrmachtsbericht als Reprint in der LVZ

Das ist der Stil, in dem die Leipziger Volkszeitung in ihrer Rubrik „Vor 60 Jahren“ Geschichte reflektiert: Statt kritischer Aufarbeitung der wahnwitzigen Kriegsverlängerung mit all ihren Verbrechen wird hier die Durchhaltepropaganda des Hitler-Regimes kolportiert: der Feind zerschlagen und im Desaster. Die abschließende Wertung der Ereignisse wird dem Nazi-Generalfeldmarschall Schörner überlassen, der bis zuletzt deutsche Soldaten verheizte. Ein Einzelfall ist diese Art Geschichtsschreibung in der LVZ leider nicht.

• G. L.

## Wehrmacht erobert Lauban zurück

1. März 1945: Ein von der Luftwaffe unterstützter Gegenstoß des 39. Panzerkorps (General Decker) und des 57. Panzerkorps (General Kirchner) bringt der bedrängten deutschen Front in Niederschlesien zumindest vorübergehend Entlastung. Den in der Panzergruppe Nehring zusammengefassten Verbänden gelingt es, die wichtige Bahnlinie nach Oberschlesien freizukämpfen und im Raum Lauban ein sowjetisches Panzerkorps zu zerschlagen. Durch einen weiteren Gegenangriff im Bereich der 17. Armee gewinnen Soldaten der 208. Infanteriedivision und der 31. SS-Division das zerstörte Städtchen Striegau im Kreis Schweidnitz zurück. Ein hastig befohlener sowjetischer Gegenstoß von Einheiten der 3. Garde-Panzer-Armee endet im Desaster. Als Lauban von Nehrings Truppen zurückerobert wird, nutzt die NS-Propaganda den Erfolg, um den schwindenden Durchhaltewillen der deutschen Bevölkerung neu anzufachen. Propagandachef Goebbels zeichnet auf dem Marktplatz von Lauban Grenadiere und Volkssturmlaute aus und eifert vor einem Kamerateam der Deutschen Wochenschau vom „Endsieg“. Feldmarschall Schörner, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, erklärt in einem Tagesbefehl: „Der fünf tägige Kampf um Lauban zeigt, das wir trotz aller Schwierigkeiten der derzeitigen Lage, trotz härtester Wetterbedingungen und verblissenstem Feindwiderstand den Feind schlagen können, wenn wir den Willen dazu haben und jeder einzelne bereit ist, sich voll für den Sieg einzusetzen.“ Bernd Lähne

Die Proteste gegen den Missbrauch der Leipziger Buchmesse durch die Bundeswehr zur Rekrutenwerbung für eine Armee, die mit modernsten Waffensystemen angeblich weltweit Frieden schafft, hat – wir haben das berichtet – einen ersten Erfolg gehabt. In diesem Jahr wird dem Messebesucher die Freude an der Literatur nicht durch einen überdimensionierten Propagandastand der Struck-Truppe getrübt. So weit, so gut. Nicht gut hingegen ist, dass das im Zusammenhang mit den Pro-

## Hausverbot aufheben!

testen ausgesprochene Hausverbot für den Leiter des Verlages 8. Mai, Dietmar Koschmieder (Tageszeitung junge Welt), immer noch besteht.

Koschmieder, der im vergangenen Jahr als Sprecher der Protestierenden auf dem Stand der Bundeswehr durch Polizisten brutal zu Boden geworfen und aus der Halle geschleppt worden war, wurde anschließend vom Messe-Geschäftsführer Jo-

sef Rahmen wegen angeblicher Körperverletzung angezeigt. Nachdem sich vor dem Leipziger Amtsgericht im November vergangenen Jahres dieser Vorwurf als unhaltbar erwies, sprach die Messeleitung dieses Verbot aus. Ein Verbot, das den unangenehmen Beigeschmack kleinlicher Rache hat. Ein Verbot, das umgehend im Interesse eines ungestörten Messeverlaufs aufzuheben ist.

• EDMUND SCHULZ

## LESER MEINEN

### ARGES

ARGE Zeiten kommen auf dich zu, bekommst du Alg II, kriegst du keine Ruh'! Die ARGE Agentur will dich Tag und Nacht bereit zur Offenbarung deines Lebens, für Bewerbungen und Sklavenarbeit. Wenn alles dich ganz ARG trifft, mach' einen Widerspruch mit energischem Stifft! Wehre dich gegen dein ARGES Los und komme mit zu den Montagsdemos!

IRENE BIRKE

### Es heißt: Arbeitslose seien auch Wähler

Ich bin seit über zehn Jahren arbeitslos. Und ich werde zu keiner Wahl mehr gehen. Welche Partei sollte ich wählen? In jedem Fall wählt man letztlich diesen Staat. Und dieser Staat ist unwählbar. Ein Staat, der sich über 5 Millionen Arbeitslose leistet, sie in die Asozialität zwingt, ist asozial. Daran ändern auch die PDS oder die MLPD oder die Spartakisten bei allem guten, aber verschiedenem praktiziertem Willen nichts. Ganz zu schweigen von CDU, FDP und SPD oder sonstwem. Vielleicht mal ein Auszug aus einem Gedicht von Erich Mühsam: Vielleicht zeigt mit mein Traum mein Glück und das der Erde. Ob er je Wahrheit werde – ich wag's zu hoffen kaum.

• EKKEHARD

### Dämlich angestellt

Es war'n einmal ein paar ABMler. Die Maßnahme ging aber zu Ende und alle guckten

bestürzt und lungerten vor der Kaufhalle herum, mit 'ner Flasche Bier in der Hand.

Da kam ein Wessi vorbei, und der sagte: „Macht was, ihr Vögel!“

Da flatterten sie auf, und alle machten eine Ich-AG. Der eine schrieb irgendwelchen Scheiß, den er Artikel nannte, den aber keiner wissen wollte. Der andere schreinernte für Kunden, die nicht zahlten. Der Dritte ging Straße kehren und ließ sich auslachen.

Schließlich trafen sie sich in der Arbeitsagentur wieder.

„Ich habe mir die Finger wundgeschrieben“, sagte der Schreiberling.

„Ich habe mir den linken Daumen abgesägt“, sagte der Schreiner.

„Ich bin unter die Räder gekommen“, sagte der Straßenkehrer.

„Ich habe nichts für Sie und zaubern kann ich nicht“, seufzte der Arbeitsvermittler. „Verlieren Sie nicht den Mut, dann leben Sie noch morgen.“

• E. FRITZ

## Kommuniqué

### über den Arbeitsbesuch des Präsidenten der USA, George Dabbelju Bush, in der Bundesrepublik Deutschland

Am 23. Februar 2005 fanden in der rheinischen Karnevalshochburg Mainz Unterhaltungen zwischen den Staatsoberhäuptern der USA und der BRD über beiderseitig bereits geklärte Fragen statt. Um zu verhindern, dass der amerikanische Präsident aufgrund seiner statistischen Unbeliebtheit von den Einwohnern scheel angesehen werden kann, fand der Besuch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Zugelassen waren nur handverlesene und überprüfte Personen. Leider mussten in diesem Zusammenhang auch Fans von Bush durch Bundesgrenzschutz, Luftwaffe, Marine und auffällig unauffällig wirkende Schlapphutträger davon abgehalten werden, ihre Begeisterung für die kluge Politik des Präsidenten zum Ausdruck zu bringen. Der Kanzler, der den angestrebten Platz im Sicherheitsrat fest im Auge behielt, betonte während des Meinungsaustauschs, dass die früheren Differenzen über den vermaledeiten Krieg als gegenstandslos betrachtet werden können, da dieser nunmehr stattgefunden hat und die Folgen sowie nicht rückgängig gemacht werden können. Vom USA-Präsidenten angekündigte ähnliche Unternehmungen gegen andere sogenannte schurkische Staaten nahm er wohlwollend zur Kenntnis mit der Bitte, unter Einsatz der Diplomatie vorher viel-

leicht das Schlimmste noch verhindern zu können. Für diese Aufgabe wurde Außenminister J. Fischer nominiert, der allerdings im Falle Serbiens bereits erfolglos geblieben war und deshalb aus persönlicher Verärgerung die Bombardierung Serbiens doch billigte. Präsident Bush brachte zum Ausdruck, dass es ohne Europa und insbesondere dessen Kernland Deutschland nicht recht vorwärts gehen und jeder Cent gebraucht würde. Ob er mit seinem Lob, wie vom Kanzler erstrebt, Deutschland zum Führungspartner auf gleicher Augenhöhe beförderte, blieb etwas im Ungewissen. Bestimmte Zeichen, wie das Zuprosten ohne Glas von oben herab, sprachen dagegen. Dem Kanzler gelang es aufgrund seines diplomatischen Geschicks und flexibler Gesprächsgestaltung, den Präsidenten zur Zusage zu veranlassen, das Kyoto-Protokoll über weltweiten Umweltschutz zwar nicht zu unterzeichnen, aber trotzdem eventuell irgendwie zu erfüllen, zumindest im Geiste, der wichtiger ist als Buchstaben. Zum Schluss wurde sich für die zukünftige Zusammenarbeit auf das Prinzip geeinigt, dass die USA alles so machen, wie sie es wollen, und Deutschland so, wie es die USA wünschen.

Beide Staatschefs trennten sich im besten Einvernehmen voneinander. Eine Einladung an den Kanzler zum Besuch der USA wurde nicht ausgesprochen, da man den Amerikanern neurotische Sicherheitsmaßnahmen, wie in der Narrenstadt praktiziert, nicht zumuten kann.

• MANFRED BOLZ

## Leipzig vor der Oberbürgermeisterwahl Was OBM Tiefensee versprach ...

Am 10. April wird in unserer Stadt der neue Oberbürgermeister gewählt. Auch Wolfgang Tiefensee stellt sich, wie schon vor sieben Jahren, wieder dieser Herausforderung. Und – hat er auch dieses Mal gute Chancen zu gewinnen? Ginge es nur danach, wie er seine von ihm selbst im Juni 1998 aufgestellten 10 Leitgedanken umgesetzt hat, würde es eng werden für seine weitere Karriere. Aber zum Glück, die Menschen sind vergesslich und in der Politik läuft sowie so immer alles anders. Dennoch, LN versucht, gegen das Vergessen anzugehen. Bis zur Wahl wollen wir in mehreren Beiträgen aufzeichnen, wie es um Anspruch und Wirklichkeit der Wahlversprechen Wolfgang Tiefensees bestellt ist. Heute befasst sich Stadtrat **REINER ENGELMANN** mit dem Thema **Mobilität in der Stadt**.



**SCHLAGLOCHPISTEN**, wohin der Autofahrer in Leipzig auch steuert. Das Gemeigefährliche dieser Krater ist das eine, die äußert schlampigen Reparaturen, die so manchem Loch vorausgehen, das andere. Mit Frostaufbrüchen alles zu entschuldigen, ist Augenwischerei. Wo bleibt die städtische Aufsichtspflicht? Wem lässt die Stadt als Auftraggeber den Pfusch durchgehen?

Foto: Märker

# Mobilität mit ausgedünnten Fahrplänen?

**Hinter vorgehaltener Hand:  
Leipzig wahrt Verkehrssicherheit nicht mehr**

Die Zahl 10 scheint unser Oberbürgermeister zu favorisieren. Schon wieder hat er – diesmal für seine neue siebenjährige Amtszeit, die er sich nach dem 10. April erhofft – ein zehnpunktiges Wahlprogramm vorgestellt. Und dabei eingeräumt, dass es Nachholebedarf vor allem bei zwei zentralen Feldern gebe, nämlich der selbsttragenden Wirtschaftskraft und bei der zu hohen Arbeitslosigkeit.

Die meisten der zehn Punkte, die sich Wolfgang Tiefensee 1998 vorgenommen hatte, waren durchaus löblich. Nur – die Mittel, sie durchzusetzen sind oft kritikwürdig. Das betrifft auch den heute zur Debatte stehenden Punkt 6 aus Tiefensees 1998er „Regierungserklärung“, die *Mobilität mit Weitsicht zu verbessern*. Konkret geht es dabei um die Fähigkeit der Bürger, Ziele zu erreichen, um „Beweglichkeit“ als Lebensqualität und nicht schlechthin als „Unterwegssein“.

Die erste Voraussetzung dafür wäre für eine Mobilitätsanalyse gewesen. Wo wurde untersucht, ob im Interesse der Beweglichkeit Änderungsbedarf besteht oder ob es Sinn macht, das derzeitige Mobilitätsverhalten zu verändern? Im Fehlen solcher wissenschaftlich begründeten Vorleistungen sehe ich einen der Grundfehler Tiefensees, die unsere Stadt letztlich in die finanzielle Krise trieben. Es genügt eben nicht, wie das seinerzeit schon Tiefensees Ziehvatervater Lehmann-Grube tat, ein Defizit anzunehmen und es scheinmodernistisch zu beheben. Das Ergebnis ringt nur blauäugigen Betrachtern Bewunderung ab.

Gewiss, Leipzig wird nie mit der naturgemäß autofreien Lagunenstadt Venedig gleichziehen können oder wollen, die allerdings eines der weltweit dichtesten städtischen Gebiete ist ... Werden wir konkret: Die Leipziger Verkehrsbetriebe investierten zwar seit Amtsantritt Tiefensees über 200 Millionen Euro in die Verbesserung des ÖPNV-Angebotes (was ja eine reelle Alternative zur autoverstopften Stadt wäre). Beträchtliche Mittel flossen dabei in den Straßenbahnhof Angerbrücke, in die Trasse Linie 15, die Unterführung Marschnerstraße für die Fußballweltmeisterschaft, in die Linie 11, die Stadtbahntrasse im Norden und Süden u. v. m. Gleichzeitig aber ging das gesamte

Schiennetz in den Besitz der Amerikaner über (Sie erinnern sich: Es war dies eines der in Finanznot geschlossenen Border-Leasing-Geschäfte, in deren Folge bereits viele Kommunen mit Schadenersatzklagen überzogen werden). Parallel dazu wurde das Schiennetz ausgedünnt, ganze Führungen wurden mit Asphalt aufgepöpselt oder der Schrottwertung zugeführt. Die Wartezeiten an „unrentablen“ Strecken wurden erhöht, mit dem Erfolg, dass einige Strecken nunmehr ganz zur Disposition stehen. Die Bürger wählten die denkbar ungünstigste Alternative: das Auto – zumal die Stadt und ihr Umland ja zunehmend autogerechter wurden. Von den schwerwiegenden Konsequenzen solcher Politik für das Klima bis hin zur Zergliederung in Vorstädte und ausufernde Wohnsiedlungen, von der wachsenden Gefahr für Leib und Leben oder vom Energie- und Ressourcenraub gar nicht zu sprechen. Die LVB aber erhöhte, was blieb ihr anderes übrig, unter Konsolidierungsdruck regelmäßig die Fahrpreise.

Ein ähnlicher Teufelskreis wurde von Tiefensee mit dem Abenteuer Citytunnel gezogen. Denn mit der uneingeschränkten Zuwendung zu diesem Tunnel ist der erste Spatenstich zum Grab der LVB getan. Die bestausgelastete Strecke der LVB ist die Linie 11. Gerade diese Süd-Strecke wird in Konkurrenz zur Neuen S-Bahn stehen.

Gar nicht zu reden von der Ankündigung des Bundesrechnungshofes, den City-Tunnel unter die Lupe zu nehmen, weil für viel zu viel Geld viel zu wenig Effektivität herauskommt. Neu ist das zwar nicht ... Gäbe es ein wissenschaftlich gestütztes

Entwicklungskonzept für Leipzig, müsste im Zusammenhang mit der Rolle des öffentlichen Personennahverkehrs einkalkuliert werden, dass die Zahl der in Arbeit stehenden Menschen immer geringer wird, wobei die vorhandenen oder neuen Arbeitsstätten wie BMW und Porsche nicht unbedingt am Schiennetz der LVB liegen. Warum nicht?

Die Transportmittel des ÖPNV müssen kein unangenehmer und langsamer Ersatz für das Auto sein. Voraussetzung dafür ist nicht der Fernsehbildschirm im Straßenbahnwagen, sondern eine erprobte Technologie und Streckenführung, die das Straßenbahnfahren angenehm machen und sichern, dass man sein Ziel schneller als mit dem Auto und vor allem staulos erreicht. Mit einem ausgedünnten Fahrplan, mit ausgedünnten Strecken und ausgedünnten Stadtteilen bei gleichzeitigen weitläufigen Vorort-Einfamilienhaus-siedlungen ist allerdings kaum eine bessere Lebensqualität anzubieten, zu der die Verkehrsbedingungen der Bürger unbedingt gehören.

In den Ausbau des Autostraßennetzes ist schon zu Zeiten Lehmann-Grubes ausreichend und über Gebühr investiert wurden. Mit den neuen Strecken der B6 und B2 (und dem Schluss des Autobahnringes) hat Leipzig schon heute Überkapazitäten, deren Unterhaltung nicht mehr gewährleistet werden kann. Aber in Tiefensees Ägide wurden immer weitere Millionen Euro in den Neubau von Straßen gesteckt. Ein Blick in den Haushalt von 2005 lässt allerdings erkennen, dass dieser Ansatz von OBM Tiefensee in allen Punkten gescheitert ist. Es ist Leipzig heute und in Zukunft nicht mehr möglich,

die einfache Reproduktion der Straßen zu sichern. Inzwischen sind weder Mittel für die Straßenreparatur noch für die grundlegende Erneuerung (die ohnehin der Bürger zu hohem Anteil aus eigener Tasche bezahlen muss) im Haushalt eingestellt. Hinter vorgehaltener Hand munkelt man in der Verwaltung, dass die die Stadt ihrer Verkehrssicherungspflicht nicht mehr genügt. Was ohnehin jeder sehen und fühlen kann, wenn er auf den durchlöchernten Straßen unterwegs ist. Wenn die Schlaglöcher also die Form von Kratern erreichen, so gleichen die Straßen-gräben oft Deponien.

Ebenso gravierend in diesem Zusammenhang: Bäume werden nicht mehr ausreichend gepflegt, neue Bäume gehen wieder ein, auch, weil man die Pflegeverträge mit den Bürgern aus Kostengründen kündigen musste.

Ein Ende dieser Missstände ist unter der Regentschaft Tiefensees nicht abzusehen. Da helfen auch zehn neue Punkte nichts. Einmal Angefangenes wird weiter geführt. Für den Preis der Zahlungsunfähigkeit wird die B6-Nord weitergebaut und die Planung an der Streckenführung Prager Straße in Richtung Mölkau vorangetrieben.

Wer in dieser Situation nach Lösungen fragt oder sie sucht, der wird kaum noch fündig. Die Probleme lassen sich höchstens mildern. Aber auch das verlangt Mut und Änderungswillen. Fakt ist, in unserer verarmten Stadt geht es nur noch darum, wenigstens den Bestand, also die Mobilität, dort zu sichern, wo auch in Zukunft Menschen wohnen. Dazu müssen Prioritäten gesetzt und gesamtstädtische Entwicklungen vorausgeplant werden. Ein rasch vorgehender Stadtumbau ist dabei das eine, dass eine im wahrsten Wortsinn bewegliche Stadt dabei herauskommt, das andere. Für ein solches Umdenken muss die gesamte Bürgerschaft und die Verwaltung gewonnen werden.

Nur noch ein Satz zum Flughafen. Hier liegt auch die Auslastung weit unter den Prognosen. Und die Ansiedlung von DHL ist nur mit schweren Angriffen auf die Schutzgüter Mensch und Natur erkaufte. Es ist nicht abzusehen, ob der Ausbau der Südländebahn notwendig und rentierlich ist. Ein weiteres teures Risiko mehr für unsere Stadt.

Von JOACHIM TESCH

## Sozialer Stadtumbau

# Wie weiter mit Leipzigs ungenutzten Gebäuden?

Nachdem der immense Leerstand von Wohn- und Gewerberäumen nun schon fast ein Jahrzehnt lang andauert und trotz Abriss nur geringfügig zurückgegangen ist, aber zahlreiche Gebäude – insbesondere aus der Gründerzeit – von Verfall und Einsturz bedroht sind, wird die Frage „Wie weiter?“ immer dringlicher gestellt. Die Antwort ist nicht einfach, da sich die Lösung unter den gegebenen demografischen Bedingungen nur aus einem Gemenge von städtebaulich-architektonischen, sozialen und eigentumsintendierten Aspekten ergibt.

Über die demografische Entwicklung herrscht unter den Experten weitgehend Konsens: Angesichts des anhaltenden Geburtendefizits wird die Stadt ihre jetzige Einwohnerzahl von rund 500 000 nur bei einem positiven Wanderungssaldo halten; das setzt eine optimistische Einschätzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten voraus. Andernfalls könnte die Einwohnerzahl im Laufe der nächsten Jahrzehnte sogar auf 400 000 zurückgehen. Bei gleich bleibenden oder geringeren Einwohnerzahlen bewirkt die Erhaltung und Sanierung aller vorhandenen Wohnungen und Gewerberäume jedoch immer nur eine Umverteilung des Leerstandes. Ungenutzte Gebäude aber können angesichts der damit verbundenen ökonomischen Verluste auf Dauer nur an wenigen, das Stadtbild entscheidend prägenden Standorten vor der Stadt bzw. den Eigentümern vorgehalten werden. Das hat die bittere Konsequenz, sich von einer größeren Zahl von Gebäuden trennen zu müssen – planmäßig durch Abriss oder zufällig durch Verfall und Einsturz. Aber welche Gebäude aufgeben? Darüber gibt es offensichtlich völlig konträre Meinungen und Vorstellungen.

So ist vor kurzem das STADTFORUM LEIPZIG mit Initiativen zur Rettung der Kleinen Funkenburg und einem GRUNDSATZPAPIER an die Leipziger Öffentlichkeit getreten. Darin fordert es einen Wechsel in der bisherigen Strategie des Stadtumbaus und den Übergang zum „konzentrischen Rückbau der Stadt von außen nach innen“. Dabei geht es nicht etwa – um Missverständnissen vorzubeugen – um das Schleifen der erst vor wenigen Jahren eingemeindeten Vororte, son-

dern gefordert wird ausdrücklich der „verstärkte ... Rückbau der monofunktionalen und unflexiblen Großsiedlungen aus der DDR-Zeit“.

Nun mag das vielleicht aus städtebaulich-architektonischer Sicht noch zu verstehen sein, aber eine solche Forderung lässt die Einkommenssituation in der Stadt völlig außer Acht.

Zahlreiche Untersuchungen haben gezeigt (ohne richtig ins öffentliche Bewusstsein gedrungen zu sein), was hinter dem propagierten Bild von der „Boomtown“ für eine brisante soziale Situation verborgen ist. So hat ein Vergleich deutscher Großstädte im April 2004 Leipzig beim Arbeitseinkommen/Einwohner an 47. und bei der Zahl der Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfänger/Einwohner an 46. Position verortet; beim Vergleich der Veränderungen gegenüber 1998 schnitt Leipzig noch schlechter ab. Und nach Ermittlungen des Bundesinstituts für Bauwesen und Raumordnung sind von den Stadtteilen Leipzigs über 60 Prozent sozial benachteiligt; nur Gelsenkirchen hat unter den beobachteten Städten einen noch höheren Anteil an benachteiligten Stadtteilen.

Nach ihrem Nettoeinkommen betragen die Anteile der Haushalte im August 2003 laut Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig:

Unter 1000 Euro	1000 bis unter 2000 Euro	2000 bis unter 3000 Euro	3000 und mehr Euro
27 %	45 %	19 %	9 %

Mit anderen Worten: Von den 278 000 Leipziger Haushalten hatten 75 000 weniger als 1000 Euro und insgesamt 200 000 weniger als 2000 Euro netto monatlich zur Verfügung! Und in der Tendenz wird die Zahl einkommensbenachteiligter Haushalte in Leipzig vor allem wegen des Falls der Arbeitslosen auf das Niveau Alg II, wegen des real sinkenden Rentenniveaus und wegen der Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse weiter steigen.

Und damit steht die Frage im Raum: Können sich die Einkommensarmen dieser Stadt den Umzug aus einer bezahlbaren Plattenbauwohnung in eine teure Gründerzeitwohnung leisten? Dazu sei an die übliche Größe dieser Wohnungen und deren Miethöhe erinnert: Pro Quadratmeter erreicht die Grundmiete hier bis zu 7,00 Euro, zuzüglich Nebenkosten bis zu 3,00 Euro; das macht schon für eine 60-m<sup>2</sup>-Wohnung – wenn diese für diese Gebäude geringe Wohnfläche überhaupt verfügbar ist – sehr schnell bis zu 600 Euro pro Monat. Dabei gilt zu beachten, dass das Sozialamt der Stadt bzw. die örtliche Arbeitsagentur bei den Alg-II-Empfängern in der ersten Entscheidungsrunde wohl so gut wie alle Mietkosten anerkannt hat, aber aus fiskalischen Gründen bei neuen Bewilligungsbescheiden die vorgegebenen „Angemessenheits“-grenzen der Leistungen für Unterkunft und Heizung sicherlich einhalten

will. Das wird eher Umzüge in umgekehrter Richtung auslösen: aus dann zu teuer werdenden in billigere Wohnungen. Daraus ergibt sich: Bevor über den beschleunigten und verstärkten Abriss weiterer bezahlbarer Wohnungen entschieden werden kann, muss geklärt werden, wie die soziale Entwicklung in dieser Stadt weiter gehen wird. Für die einkommensschwachen Haushalte müssen unbedingt genügend bezahlbare Wohnungen erhalten bleiben bzw. geschaffen werden. Und für die Stadtentwicklung ist es genau so wichtig, für die einkommensstarken Haushalte mit dem Wunsch nach dem Wohnen im Grünen verstärkt Angebote innerhalb der Stadtgrenzen zu unterbreiten. Und zwar nicht nur – wie bis jetzt vor allem – für Ein- und Zweifamilienhäuser, sondern auch in Mehrfamilienhäusern außerhalb der Innenstadt durch Eingriffe in die Bausubstanz (wie sie z. B. auch von Architekturprofessoren der Uni Leipzig angeregt worden sind) sowie durch weitere Aufwertung und Umgestaltung der Wohnquartiere einschließlich einer stärkeren Durchgrünung.

Die Vorstellung einer konzentrischen Schrumpfung der Stadt vom Rande her ist untauglich; vielmehr könnte und sollte sich die Konsolidierung in den und um die von den Bewohnern bevorzugten Wohnlagen im gesamten Stadtgebiet fortsetzen. Auf diese Weise wird für die Zukunft Leipzigs als Leitbild weder das der perforierten noch das der kompakten Stadt bestimmend sein, sondern das einer durchgrünten, familienfreundlichen Stadt.

Für den politisch zu führenden Entscheidungsprozess spielen dabei die Eigentumsverhältnisse an den Wohnungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Mit dem Problem der Gründerzeithäuser sind vorwiegend die Interessen von Privat- und Kapitaleigentümern verknüpft, mit den bezahlbaren Wohnungen in den Großsiedlungen vor allem genossenschaftliches und kommunales Eigentum. Für die Erhaltung und Förderung dieses Eigentumssektors muss sich stark machen, wer den sozial Benachteiligten dieser Stadt auch zukünftig angemessenen Wohnraum sichern will.

Prof. Dr. Tesch ist Wirtschaftswissenschaftler, spezialisiert auf dem Gebiet Bauwesen.

**LN. In der jüngsten Leipziger Stadtratssitzung wurde eine Vorlage beschlossen, in der es um den Abriss weiterer Häuser in Grünau geht.** Auch mit Zustimmung der PDS, die im Dezember 2003 mit ihrem Antrag zur Neufassung des Stadtentwicklungsplanes, Teilplan Großsiedlungen, gescheitert war. PDS-Stadtrat Dietmar Pellmann, der zum Vorhaben Stellung genommen hatte, nannte es ein Dilemma, „faktisch über weitere Teilabriss zu entscheiden, ohne dass diese konzeptionell untersetzt wären. Dass die Stadtverwaltung faktisch unserem Änderungsantrag, die Häuser in der Brambacher Straße 2 bis 6 und in der Jupiterstraße 39 nicht abzureißen, gefolgt ist, begrüßen wir ausdrücklich.“

## Scheibchenweise Abbruch in Grünau

Er gab jedoch ausdrücklich zu bedenken, dass die Stadt *erstens* dringend ein Entwicklungskonzept für Grünau braucht, denn die gegenwärtige Scheibchentaktik verunsichere die Menschen. Zudem hätten neuere Umfragen ergeben, dass die große Mehrheit in Grünau wohnen bleiben möchte und sich dort auch wohl fühlt.

*Zweitens*, so betonte Pellmann, sei die PDS nicht prinzipiell gegen Abriss. Aber er müsse alle Stadtteile betreffen. Nicht nachvollziehbar sei der Abriss intakter Wohnsubstanz wie in Grünau, während an anderer Stelle mit großem Aufwand Ruinen

saniert werden.

*Drittens* sollten vom Abriss alle Eigentumsformen einigermaßen ausgewogen betroffen sein. Pellmann nannte es völlig inakzeptabel, „wenn auf das städtische Wohnungsunternehmen, die LWB, bisher ca. 80 Prozent der in Grünau abgerissenen Wohnungen entfallen. Das ist eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der LWB. Hinzu kommt, dass sich die LWB endlich deutlich zu Grünau bekennen sollte. Hatte sie 1990 in diesem Stadtteil noch ca. 15 000 der 38 000 Wohnungen, so dürften es inzwischen vielleicht gerade noch 4000 sein. Und hätten die drei im Eigentum der

LWB stehenden Neugeschosses heute zur Abstimmung gestanden, wie es vorgesehen war, beträfe das 345 weitere Wohnungen.“

Was die Häuser in der Brambacher Straße und in der Jupiterstraße betreffe, so sei für ihre Mieter dennoch nicht geklärt, ob der Stadtrat vielleicht in einigen Monaten über die Bereitstellung von Fördermitteln zum Abriss beschließt. Wobei es sich hier um Häuser handelt, die bereits zu



DDR-Zeiten mit jeweils zwei Personenaufzügen gebaut wurden und für ältere und behinderte Menschen gedacht waren. Und genau solche Mieter wären von einem immer noch möglichen Abriss unzumutbar betroffen. Pellmann forderte die LWB auf, ihre Bestrebungen zum Auszug dieser Mieter aus diesen drei Häusern sofort einzustellen und die stillschweigend praktizierte Einzugssperre aufzuheben. Zugleich sollte für den Einzug aktiv geworben werden, denn es gibt auch in Grünau viele ältere Menschen, die froh wären, wenn sie in ihren Häusern Personenaufzüge hätten. Wichtig auch: Diese Häuser befinden sich in einer gerade für Ältere und Behinderte günstigen Wohnlage mit guter Infrastruktur.

Das vergangene Jahr setzte eine Erpressungsspirale gegen die abhängig Beschäftigten in Gang, die zu drastischen Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich und zunehmender Aufweichung der Tarifverträge führte. Die Gewerkschaften befinden sich im Rückwärtsgang. Und dies alles, obwohl mit dem Kampf gegen die Agenda 2010 und Hartz IV eine mächtige Gegenbewegung entstanden war.

Mit der Berliner Demonstration der 100 000 am 1. November 2003 – initiiert von Gewerkschaftslinken und sozialen Bündnissen – wurde ein beeindruckender Auftakt für einen erfolgreichen Widerstand organisiert, um die antisoziale Offensive der Unternehmerverbände und den rotgrünen Systemwechsel in den Sozialsystemen scheitern zu lassen.

Die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften und sozialen Bündnisse wurde am 3. April 2004 mit 500 000 DemonstrantInnen in Berlin, Köln und Stuttgart eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die PDS hat diese Aktionen mit allen ihren Kräften bundesweit unterstützt.

Auch der Berliner Perspektivenkongress zeigte, dass Gewerkschaften und politische Linke sehr wohl Alternativen gegen die Politik der Bundesregierung wie der rechten Opposition und die Vorhaben der Unternehmerverbände besitzen. Damit wurde auch die Behauptung von SPD-Chef Müntefering widerlegt, dass Gewerkschaften nur Nein-Sager seien und keine Alternativen hätten.

Es kam die Hoffnung auf, dass, erstmalig seit langem, die autonome Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten und der Arbeitslosen durch die deutschen Gewerkschaften gegenüber der SPD-Parteidisziplin die Oberhand gewinnen könne.

Um so tragischer ist das Geschehen der Folgemonate einzuschätzen. Den Angriffen der Unternehmerverbände und dem weiter vorangetriebenen Sozialabbau der Bundesregierung wurde seitens der Gewerkschaftsspitzen nicht mit einer Weiterführung oder gar Steigerung des Widerstandes geantwortet. Im Gegenteil. Auch das „Arbeitnehmerbegehren“ in seinen verschiedenen Formen wurden von den Kolleginnen und Kollegen nicht als eine Weiterführung des sozialen Widerstandes empfunden. Dementsprechend beschämend fiel das Ergebnis aus. Die mageren 800 000 Unterschriften hätten von den Gewerkschaftsspitzen, nach den mächtigen Demonstrationen der Vormonate, als eine deutliche Kritik an ihrer zurückhaltenden Politik verstanden werden müssen.

Mit den Montagsdemonstrationen, vor allem in Ostdeutschland, bot sich eine weitere Chance, dem Widerstand gegen die Agenda 2010 zumindest teilweise zum Erfolg zu verhelfen. Aber auch dieser beeindruckenden Bewegung der Selbstorganisation Betroffener ließen die Gewerkschaftsspitzen keine bundesweite Unterstützung zukommen. Stattdessen funktioniert spätestens seit dem Herbst 2004 der SPD-Gewerkschaftsrat wieder sehr erfolgreich als Transmissionsriemen zur Ruhigstellung der Gewerkschaften. Zunächst wurde die Ausbildungsabgabe dort begraben, dann folgte am 29. September 2004 die Beerdigung der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn.

Das Ergebnis: Trotz aller Bekenntnisse aus dem Frühjahr 2004 fallen die deutschen Gewerkschaften im Blick der Betroffenen und der eigenen Mitglieder gegenwärtig als politisch handelnde Kraft

**In Leipzig trafen sich Mitte Februar auf Einladung der PDS-Arbeitsgemeinschaft Betrieb und & Gewerkschaft Gewerkschaftslinken aus allen Bundesländern, um darüber zu diskutieren, wie der Spirale von Erpressungen zu widerstehen ist, die die Gewerkschaften gegenwärtig ohnmächtig macht. Die Anpassungsreaktionen einer lavierenden DBG-Spitze an den rosa-grünen Regierungskurs findet bei immer weniger Gewerkschaftsmitgliedern und ihren Basis-Funktionären Unterstützung. So fragen viele verärgert: Was ist von der Hartz-IV-Kritik geblieben außer der Forderung, den Ost-West-Unterschied von 11 Euro auszugleichen? Gleichzeitig gilt es, sich gegen den aus CDU/CSU- und FDP-Kreisen massiv geschürten gewerkschafts-**

**feindlichen Druck zur Wehr zu setzen und berechtigten Ängsten über einen noch schärferen neoliberalen Kurs Rechnung zu tragen, falls die CDU wieder die Regierungsgeschäfte übernimmt. Die nachstehend dokumentierte Position der PDS-AG Betrieb & Gewerkschaft analysiert nicht nur diese dramatische Gemengelage und den Niedergang gewerkschaftlicher Verantwortung, sie zeigt zugleich Alternativen für eine von Klasseninteressen getragene Gewerkschaftspolitik auf. Und dies in einer konsequenten Sprache, die in der PDS selten geworden ist, für die es aber angesichts der sozialfeindlichen Politik in diesem Land hohe Zeit ist – was die breite gewerkschaftliche Zustimmung auch außerhalb der PDS zu diesem Papier bestätigt.**

# Der Erpressungsspirale entgegentreten

## Position der PDS-AG Betrieb & Gewerkschaft zu den Entwicklungen in den Gewerkschaften

gegen den Umbau der Sozialsysteme aus. Auch das führt zu Mitgliederverlust. Vielmehr ist offensichtlich, dass hier schon der Wahlkampf 2006 vorbereitet wird, nach dem Motto: CDU/CSU und FDP würden es noch schlimmer machen.

**... dass die deutschen Gewerkschaften aus dieser Abwärtsspirale nur entkommen können, wenn sie sich als autonome Vertretung von Klasseninteressen für die Gesamtheit der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen in die künftigen Auseinandersetzungen einbringen und sich nicht zur Wahlmaschine der rotgrünen Bundesregierung umbauen lassen.**

Dies ist nicht von der Hand zu weisen, erleichtert aber Schröder und Müntefering, den Umbau des Sozialstaates weiter voranzutreiben.

### Die Erpressungsspirale

Gewerkschaften sind einmal gegründet worden, um die Konkurrenz zwischen den abhängig Beschäftigten zu verhindern oder zumindest einzuschränken. Die durch die Einheitsgewerkschaft hierzulande geschaffenen Flächentarifverträge sind dazu ein wichtiges Mittel.

In der Verteidigung der Flächentarifverträge und der Bekämpfung der Standortkonkurrenz zwischen den Belegschaften fallen die Gewerkschaften als orientierende Kraft gegenwärtig ebenfalls aus. Es waren Siemens-Chef von Pierer und Bayerns Ministerpräsident Stoiber, die zeitgleich eine Verlängerung der Arbeitszeit in Betrieb und Verwaltungen forderten. Nicht ohne entscheidenden Einfluss des ehemaligen IG Metall-Bezirksleiters und jetzigem SPD-Landeschef von NRW, Harald Schartau, gelang ihnen in Bocholt und Kamp-Lindfort bei Siemens der erste Durchbruch zur Arbeitszeitverlängerung. Die Folge war eine Kettenreaktion.

Es folgte die Erpressung bei Daimler-Chrysler in Sindelfingen, einem Konzern mit Superprofiten und Hochburg der IG Metall. Auch wenn dort wesentliche Teile des Flächentarifvertrages zumindest für die Stammebelegschaft gerettet werden

konnten, wurden Teile der Belegschaft ausgegrenzt und sämtlichen Beschäftigten erhebliche Lohnbestandteile genommen. DaimlerChrysler hat seine 500 Millionen Euro bekommen und in der Öffentlichkeit verstärkte sich der Eindruck gewerkschaftlicher Ohnmacht.

Welche Belegschaftsvertretung in Betrieben, denen es meistens deutlich schlechter geht, ist jetzt noch zum Widerstand fähig, wenn die IG Metall dem Daimler-Chrysler-Konzern 500 Millionen Euro zugestehet? Die Reduzierung der Interessenvertretung auf immer kleinere Kerne und Stammebelegschaften führt nicht nur zu Mitgliederverlust, sondern auch zur gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit.

Es folgten die Auseinandersetzungen bei VW und bei Opel. Keine gewerkschaftliche Orientierung auf gemeinsame Gegenwehr in der Branche, keine gemeinsamen Aktionen. Selbst der bewundernswerte Kampf der Opelner in Bochum brachte keine bundesweite gewerkschaftliche Solidarität hervor, obwohl sie dringend notwendig gewesen wäre.

Warum wird angesichts der weiteren zu erwartenden Überproduktion nicht der Kurs auf europaweite Arbeitszeitverkürzungen genommen?

Das Eingehen auf die Erpressungsspirale durch wichtige Teile der Gewerkschaftsspitzen, aber auch viele entscheidende Betriebsräte wird nicht nur die Belegschaften gegeneinanderhetzen, diese Erpressungsspirale wird die Standards in den Betrieben weiter senken. Diese Entwicklung bedroht die Gewerkschaften in ihrer Existenz.

### Alternativen

Die PDS-AG Betrieb & Gewerkschaft teilt die auf der 6. Bundeskonferenz der Gewerkschaftslinken geäußerte Ansicht, dass die deutschen Gewerkschaften aus dieser Abwärtsspirale nur entkommen können, wenn sie sich als autonome Vertretung von Klasseninteressen für die Gesamtheit der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen in die künftigen Auseinandersetzungen einbringen und sich nicht zur Wahlmaschine der rotgrünen Bundesregierung umbauen lassen.

Wir teilen ebenfalls die Meinung der Gewerkschaftslinken, dass der Standortlogik eine Politik der europäischen und weltweiten Solidarität entgegengesetzt werden muss. Europaweite Arbeitszeitverkürzung ist der einzige Weg zur Si-

cherung der Arbeitsplätze und zum Zurückdrängen der Standortkonkurrenz. Gleichzeitig muss hierzulande, wie in den meisten europäischen Ländern, ein gesetzlicher Mindestlohn durchgesetzt werden, der nach Vorstellungen der PDS 1400 EURO betragen sollte, jährlich an die Tarifierhöhungen angepasst werden müsste und durch ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften abgesichert werden muss.

Unsere gemeinsamen Erfahrungen zeigen, dass die Gewerkschaften ihre großen historischen Niederlagen nicht den verlor-

**Unsere gemeinsamen Erfahrungen zeigen, dass die Gewerkschaften ihre großen historischen Niederlagen nicht den verlorenen Kämpfen verdanken, sondern denen, die sie nicht gewagt haben.**

renen Kämpfen verdanken, sondern denen, die sie nicht gewagt haben. Gleichzeitig wissen wir, dass die deutschen Einheitsgewerkschaften eine historische Errungenschaft sind, weil sie die Autonomie der Gewerkschaftsbewegung sichern. Wir fürchten, dass diese Errungenschaft um so schneller verspielt wird, je mehr sich Teile der Gewerkschaft in die Strategie regierender Parteien einbinden lassen.

Dass europaweite und sogar globale Erfolge möglich sind, beweisen nicht zuletzt der erfolgreiche Kampf der europäischen Hafnarbeiter gegen das Port Package 1, der weltweite Rahmenvertrag für IKEA und auch der Aufbau einer europäischen Wanderarbeitergewerkschaft.

Mit der 10. Gewerkschaftspolitischen Konferenz der PDS am 28./29. Oktober 2005 in Rüsselsheim wollen wir unseren Beitrag für die Suche nach einem Ausweg aus der Erpressungsspirale und einem Weg zur europäischen Solidarität leisten.

**BARBARA BORCHARDT,  
HEIDI POMMERENKE,  
SABINE WILS,  
HARALD WERNER,  
HOLGER GRÜNWEDEL,  
GERALD KEMSKI,  
RINGO BISCHOFF**



## Die LVZ zeichnet ein Bild

Während die unflexible, halsstarrige Milbradtsche Politik den konstruktiven Vorschlägen und den Forderungen der PDS-Fraktion wie auch ihren profunden kritischen Analysen nichts entgegenzusetzen hat, während die Regierungskoalition hilflos den Problemen des Landes zusieht und der Ministerpräsident selbst in der eigenen Partei weithin Unmut auslöst, fühlt sich die Leipziger Volkszeitung bemüht, einen Entlastungsangriff zu führen. Sie zauberte einen Lagebericht über die PDS-Landtagsfraktion aus dem Hut (2. Februar), in dem sie ziemlich gequält versucht, das alltägliche Bemühen der Sozialisten um eine wirksame Politik unter den neuen Bedingungen seit der Landtagswahl in düstersten Farben zu zeichnen: ohne Profil, mangelnde Sacharbeit, kein pointiertes Reagieren auf die NPD, Flügelskämpfe Jung gegen Alt, Problemfall Porsch...

Allerdings kann sich die LVZ damit nur bei jenen Lesern glaubhaft machen, die lediglich ihre dürftige Schonkost-Berichterstattung über die Aktivitäten der PDS im Landtag genießen. Aber das ist eben nicht die Wirklichkeit, sondern kaum ein blasser Schatten von dem unablässigen sozialen und demokratischen Engagement der Fraktion um Porsch.

• G. L.

# Alternativer Etat-Entwurf kommt

Im Landtag begann die Debatte um den Haushaltsentwurf der Koalitionsregierung

LN. In der vorigen Woche begann die Debatte des Landtags über den Haushaltsentwurf der Landesregierung für die Jahre 2005/2006.

Der PDS-Fraktionsvorsitzende hielt sich nicht mit Kleinigkeiten auf. Er konfrontierte den Ministerpräsidenten mit dessen kürzlichen Ausfällen gegen das Sozialsystem in Deutschland vor („Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft zerbröckelt zusehends – wegen des Sozialstaates“), um dann festzustellen, diese Auffassung drückte sich auch im Haushaltsplan, dem wichtigsten politischen Dokument unseres Landes und dem doch wohl exponiertesten Beleg seiner Richtlinienkompetenz aus. Prof. Peter Porsch hatte keine Mühe, das zu belegen und Alternativen aufzuzeigen:

- Die Vermögenssteuer bringt null Einnahmen, denn sie wird nicht erhoben, Lotterie, Lotto und Toto zusammen jeweils rund 75 Millionen, die Abgaben von Spielbanken schlagen im Schnitt mit rund 6,6 Millionen zu Buche – zusammen kaum ein Prozent der Einnahmen.

- Andererseits haben viele Menschen alle Hoffnung aufgegeben, jemals zu den Wohlhaben-

Peter Porsch in der Debatte:

„Mir ist um das das Wohl Sachsens bange, weil es durch den vorliegenden Haushaltsentwurf stärker gefährdet scheint als auch in schwierigen Zeiten notwendig. Vieles, was der Koalitionsvertrag noch schwammig und wenigstens mit der Möglichkeit einer hoffnungsvollen Auslegung formulierte, ist jetzt in brutale, neoliberale Sprache verwandelt.“

den oder nur zu den ausreichend Verdienenden zu gehören.

- Denken wir gemeinsam über einen Venture-Capital-Fonds nach, der den Einzählern z. B. höhere Renditen bringt als „orthodoxe“ Geldanlagen und der zugleich dazu dient, strategisch bedeutsamen Unternehmensgründungen die nötige Kapitalausstattung zu verschaffen! Wir könnten so vagabundierendes Geld für das Land aktivieren.

- Die Politik soll nach Milbradt dafür sorgen, dass sich alles den Verwertungsansprüchen der Wirtschaft unterwirft. Da geht es um einseitige Umverteilung der Lasten aus der Rationalisierung in der Wirtschaft, insbeson-

dere aus der steigenden Arbeitslosigkeit, auf die Gesellschaft. Sie bringt soziales Elend und Abbau von Kultur, vermindert persönliche Sicherheit, macht Bildung und Wissen zur Ware, nur noch für Reiche erschwinglich. Natur wird zur Manövriermasse ökonomischer Interessen.

- Der Einsatz finanzieller Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sinkt: 90 Millionen Euro weniger bis 2006 im Vergleich zum Niveau von 2004.

- Die Investpauerschale für Kommunen beträgt gerade mal 50 Millionen Euro. Die PDS will das korrigieren und wird eine Investitionspauschale von jährlich 245 Millionen Euro aus Solidaritätspaktmitteln beantragen.

- In Sachsen muss man um das meiste schon betteln: um Arbeit, um Hilfe zum Lebensunterhalt, um Sozialgeld, um Erhalt von Schulen, Theatern, von Kultureinrichtungen, überhaupt um Fördergelder.

Die PDS-Fraktion werde, so Porsch, in den kommenden Wochen den Finger auf jeden Posten legen und eine Alternative zum Haushalt vorlegen, die nicht von der Angst vor dem Sozialstaat und seiner Verteufelung geprägt ist.

## LB-Rücktritt kein Befreiungsschlag

LN. Am gleichen Tage, als sich Ministerpräsident Milbradt nach langem Drängen der PDS und nach drohender Einsetzung eines Untersuchungsausschusses endlich bereit fand, im Landtag eine Erklärung zu den schwebenden Affären in der Spitze der Landesbank Sachsen und in deren Tochterfirmen abzugeben, teilte er mit, dass er einer Bitte der Landesbank-Vorstandsmitglieder Michael Weiss und Rainer Fuchs um Abberufung entsprochen habe. Dazu erklärte der Parlamentarische Geschäfts-

führer der PDS-Fraktion, Dr. André Hahn, dieser Schritt sei überfällig gewesen und damit bestehe nun die Chance für einen Neuanfang, wenn zugleich der Weg rückhaltloser Aufklärung aller Vorwürfe gegangen wird. Aber der Schritt der Bank-Vorstandsmitglieder beschere dem Ministerpräsidenten nicht den erhofften Befreiungsschlag, denn damit seien die Probleme noch nicht gelöst. Die PDS-Fraktion erwartet vom Ministerpräsidenten Auskunft über sein eigenes Handeln.

## Rundfunkvertrag verfassungswidrig

LN. Der Juristische Dienst des Landtags hat in einem von der PDS-Fraktion erwirkten Gutachten festgestellt, dass der dem Parlament vorliegende Rundfunkstaatsvertrag verfassungswidrig ist. Niemandem sei gedient, wenn der Landtag einem Vertrag zustimmt, der vor Gericht keinen Bestand hat, erklärte Fraktionschef Peter Porsch mit Hinweis auf ähnliche Vorgänge. Er wandte sich damit gegen eine Bagatellisierung durch Staatskanzleichef Winkler.

## Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Februar

### Zuwachs längst nicht nur aus Statistikkorrektur

Nachdem sich schon im Januar der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosenzahlen zum Teil aus der Einbeziehung bislang nicht erfasst erwerbsloser Sozialhilfeempfänger ergeben hatte, setzte sich das im Februar fort. Im Arbeitsagenturbezirk Leipzig betrug im vergangenen Monat der Zuwachs an Arbeitslosen fast 5200. Davon sind etwa 3200 bisherige Sozialhilfeempfänger, aber immerhin noch etwa 2000 Personen erhöhen real den Bestand an Arbeitslosen, womit die Steigerung in den vergangenen Jahren zu diesem Zeitpunkt deutlich übertroffen wird. Bei nunmehr 83 000 Arbeitslosen zwischen Delitzsch und Geithain, darunter rund 52 000 in der Stadt Leipzig, ist es längst keine Übertreibung, von einem Arbeitslosenheer zu sprechen. Bemerkenswert ist auch, dass die Zugänge an Arbeitslosen nicht etwa vorrangig aus dem witterungsabhängigen Baugewerbe kamen (1154), sondern aus dem umsatzabhängigen Dienstleistungsgewerbe (2633).

Die Anzahl der belegten ABM- und Weiterbildungsstellen war weiter rückläufig, und sie wird sich voraussichtlich auch im Laufe des Jahres nur in der jetzigen Größenordnung von rund 2100 bzw. 1250 bewegen.

In Sachsen blieb der Zuwachs an arbeitslosen Sozialhilfeempfänger mit etwa 800 (ohne den Amtsbezirk Leipzig) aus unerklärten Gründen relativ gering, aber um so schwerer wiegt der reale Februar-Anstieg der Arbeitslosenzahl um 11 300 auf knapp 444 000 – 20 000 über dem Vorjahresniveau. • G. L.

### 22. Februar

**Dresden.** Das Landgericht erklärt den Einsatz eines Polizeispezialkommandos in einem Loschwitzer Privathaus im Dezember vorigen Jahres für rechtswidrig.

**Dresden.** Laut einer EMNID-Umfrage trauen nur zwei Prozent der Wähler der NPD Kompetenz bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Lösung anderer sozialer Probleme zu. Dennoch käme sie auf einen Stimmenanteil von neun Prozent, weil die Wähler Protest und nicht Kompetenz wählten.

**Wurzen.** Nach dem Abstimmungsektel im Oktober 2004, bei dem die CDU einen Beschluss mit Hilfe der NPD durchbrachte, vereinbarten die Stadtratsfraktionen von SPD und CDU, auf eine solche Praxis künftig zu verzichten.

### 24. Februar

**Leipzig.** Nach Angaben der Bundesärztekammer ist die Anzahl der Ärzte in Sachsen 2004 gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent gesunken, während die Anzahl ausländischer Ärzte um 19 Prozent auf 722 gestiegen ist.

# SACHSEN-CHRONIK

22. Februar bis 7. März

### 25. Februar

**Heuersdorf/Regis-Breitingen.** Während in Regis-Breitingen mit dem ersten Spatenstich der Bau einer Wohnsiedlung für Umsiedler aus dem von der Abgagerung bedrohten Heuersdorf offiziell beginnt, protestieren Heuersdorfer in ihrem Ort symbolisch mit der Aufstellung eines neuen Ortsschildes.

### 27. Februar

**Dresden.** Bei einem Bürgerentscheid über die strittige Waldschlößchenbrücke sprechen sich knapp 68 Prozent der Wähler – bei einer Beteiligung von gut 50 Prozent der Stimmberechtigten – für den Bau der Elbbrücke aus.

### 28. Februar

**Dresden.** Der ehemalige Minister Rößler (CDU) fordert von Ministerpräsident

Milbradt Selbstkritik und strebt eine Debatte in der sächsischen Unionspartei über dessen Doppelfunktion an.

**Leipzig.** Die Deutsche Bank hat ihr Jahresergebnis 2004 vor Steuern in der Region Sachsen/Mitteldeutschland um 25 Prozent gesteigert.

### 2. März

**Riesa / Leipzig.** Der zeitweilige sächsische Olympia-Staatssekretär und vormalige Oberbürgermeister von Riesa, Wolfgang Köhler, bezichtigt in seiner Autobiografie Leipzigs OBM Wolfgang Tiefensee gravierender Fehler bei der Vorbereitung der Olympia-Bewerbung.

**Dresden.** Staatskanzleichef Hermann Winkler (CDU) gesteht: „Wir haben den Rechtsextremismus unterschätzt und wurden von der Situation überrascht.“

### 3. März

**Dresden.** Landtagspräsident Iltgen rügt die NPD-Fraktion, deren Vertreter nach einer Parteiveranstaltung im Landtag das Gebäude als „national befreite Zone“ bezeichnet hatte. Angesichts des Missbrauchs durch die NPD-Fraktion will das Landtagspräsidium den Plenarsaal für Fraktionsveranstaltungen sperren.

**Dresden.** Ein Ausschuss des Landtags lehnt nach der Streichung von Fördermitteln den PDS-Antrag zur Sicherung des Erhalts der Wilhelm-Ostwald-Gedenkstätte ab.

**Groitzsch.** Eine Mutter und ihre drei Töchter werden aus ungeklärten Gründen auf einem verschneiten Feld erfroren aufgefunden. Mehrere Anzeichen deuten auf einen religiösen Wahn hin.

### 5. März

**Chemnitz.** Mehrere Landräte verlangen in einem Pressebeitrag mehr Mitspracherechte der Sparkassen bei der Besetzung der leitenden Gremien der Landesbank. Sie fordern eine Beteiligung des Landes an der Kapitalerhöhung der Bank.

Immer wieder müssen wir in unserem Blatt daran erinnern, das die Vertreter der NS-Opferverbände unter massivem Protest und Kritik ihre Mitarbeit in der Sächsischen Gedenkstättenstiftung aufkündigten, weil mit dem neuen sächsischen Gedenkstättengesetz eine Gleichsetzung der Naziverbrechen mit DDR-Unrecht erfolgt. Sie brandmarken dies als eine Diskriminierung der NS-Opfer und Verharmlosung der faschistischen Barbarei.

Parallel dazu fordert der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz, Ludwig Baumann, unermüdlich einen würdigen Gedenkort für die Opfer der Torgauer NS-Militärjustiz. Für die faschistischen Täter gibt es seit 1992 in Torgau eine Gedenkstätte! Hier zusammengefasst der jüngste Protest von **LUDWIG BAUMANN** an den Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dr. Norbert Haase:

**E**in Jahr nachdem der Zentralrat der Juden und alle NS-Verfolgtenverbände die Stiftung Sächsische Gedenkstätten verlassen hatten, schreckte der Eklat im Sächsischen Landtag Deutschland und die Welt auf. Auch darum ist es unerträglich, wenn in der Torgauer Dauerausstellung NS-Täter zu unschuldigen Opfern gemacht werden. Auch Dr. Peter Fischer vom Zentralrat der Juden kritisiert die Ausstellung besonders deshalb, weil in ihr, trotz der vielen NS-Täter in den Torgauer Speziallagern, nur ein NS-Täterporträt – und zwar die Jüdin Stella Kübler – gezeigt

## Arrogant, gefährlich und unbelehrbar

**Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten diskriminiert NS-Opfer und verharmlost die faschistische Barbarei**

wird. Sie hat der Gestapo hunderte untergetauchte Juden ausgeliefert und musste ihre von den Sowjets verhängte Haftstrafe zum Teil in Torgau verbüßen. Auch für den Zentralrat der Juden ist Frau Kübler eine Täterin. Der Skandal ist, dass in der Ausstellung ausgerechnet eine jüdische NS-Täterin und keiner der unzähligen in Torgau inhaftierten „arischen“ NS-Täter gezeigt wird – nicht einer! Jede Information über sie und ihre Namen hat uns die Stiftung bis heute permanent verweigert. Sicher, nicht jeder NS-Täter (beispielsweise ein Denunziant) war zugleich ein Nazi- und Kriegsverbrecher. Aber es ist nicht hinnehmbar, die Schuld dieser faschistischen Täter nicht als solche zu kennzeichnen, sie faktisch als Opfer des sowjetischen NKWD zu behandeln. Wir verweisen darauf, dass sich im Torgauer Speziallager des NKWD anfangs 498 Schergen der Gestapo und des SD befanden! Derartige Schergen haben unsere Opfer in Nazideutschland und allen vom deutschen Faschismus besetzten Gebieten verhört, misshandelt und gefoltert – mich selbst auch noch in der Todeszelle. Aus diesen Tätern unschuldige Opfer zu machen ist ein Ungeheuerlichkeit, die

heutige Neofaschisten ermutigt, Naziverbrechen zu verherrlichen. Nun soll uns gegen unseren entschiedenen Widerstand eine Gedenkstätte aufgezungen werden, die in direkter Verbindung zur Gedenkstätte der nach 1945 Verfolgten steht. Schlimmer noch, auf der Informationstafel zu unserer Gedenkstätte soll stehen: „Die Mehrzahl der in Torgau inhaftierten Gefangenen waren wegen Verstößen gegen die militärische Disziplin bzw. krimineller Straftaten verurteilt.“ Weiter heißt es, dass „die zugrunde liegenden militärischen Straftaten unter Anlegung rechtsstaatlicher Maßstäbe auch in einem Rechtsstaat hätten bestraft werden müssen“. Was für eine Verhöhnung jeder Rechtsstaatlichkeit: Es waren die höchsten Wehrmächtsrichter, die den „Barbarossa-Kriegsgerichtsbarkeitserlass“ verfassten. Mit ihm wurden ausdrücklich alle Verbrechen an der sowjetischen Zivilbevölkerung von der Strafverfolgung ausgeschlossen. Mindestens 13 Millionen Zivilisten fielen der Vernichtung zum Opfer – in vier Jahren der größte Völkermord der Geschichte. Nicht einer der Mörder wurde von der NS-Militärjustiz bestraft. Innerhalb der Wehrmacht

wurden dagegen auch Bagatelldfälle wie der Diebstahl eines Feldpostpäckchens von den Militärrechtern mit der Todesstrafe verfolgt. An den Opfern der NS-Militärjustiz ist die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte begangen worden – über 30 000 Todesurteile und viele 10 000 Zuchthausstrafen. Mehr als 20 000 Todesurteile wurden vollstreckt. Überlebt haben KZ, Torgau und die Strafbataillone keine 4000 unserer Kameraden. – Der Bundesgerichtshof brandmarkte in seinem Urteil vom 16. November 1995 die Wehrmachtsjustiz endlich als eine „Blutjustiz“, deren Richter sich „wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen hätten verantworten müssen“.

Viele dieser Blutrichter waren nach 1945 in Torgau inhaftiert. Für die Stiftung gelten nicht sie als kriminell, sondern ihre Opfer. Ihre Verurteilung wird politisch instrumentalisiert und diffamiert. Noch bis zur pauschalen gesetzlichen Aufhebung unserer Urteile im Mai 2002 haben Sachsen und Bayern versucht, über den Bundesrat unsere Rehabilitierung zu verhindern. Für Sachsen war dafür sein Justizminister zuständig. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Stiftung Sächsische Gedenkstätten.

Eine Gedenkstätte, in der die NS-Täter zu Opfern gemacht werden und die NS-Opfer zu Tätern, wäre beispiellos in der Gedenkstättenkultur. Es wäre für uns keine Gedenkstätte, sondern ein Schandmal, das uns daran hindern würde, den Ort unserer Verfolgung und unser Leiden je wieder zu betreten.

**N**euere Bedingungen und Herausforderungen für eine linke Kommunalpolitik sind der PDS Anlass, auf ihrem Bundesparteitag im November eine Präzisierung ihrer Orientierungen auf diesem Gebiet vorzunehmen. Dazu wurden umfangreiche und detaillierte Leitlinien erarbeitet, die Vertreter des Bundesvorstandes der Partei, der PDS Sachsen und der Leipziger Stadtratsfraktion Ende Februar im Leipziger Neuen Rathaus bei einer Anhörung von Wissenschaftlern erörterten. Ausgangspunkt für die PDS ist, dass zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung die entsprechende politische, juristi-

## PDS schärft ihr kommunalpolitisches Profil

sche und finanzielle Freiheit geschaffen werden, die eine zivilgesellschaftliche Selbstentwicklung und Eigenverantwortung ermöglicht. Die Einwohner sollen die nötigen politischen Entscheidungen selbst treffen, die Verwaltung soll Dienstleistungseinrichtung für die Bürger werden. *Bürgerkommunen auf der Basis sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Teilhabe*, darin lässt sich diese Orientierung zusammenfassen. Die PDS sieht – gerade angesichts der gegenwärtigen verbreiteten Notlage der Städte und

Gemeinden in der BRD – Grundvoraussetzungen dafür in der Stärkung der Kommunen im föderalen System im Sinne eines „Föderalismus von unten“, in der Gewährleistung finanzpolitischer Handlungsspielräume, in eigenen wirtschaftlichen Tätigkeitsfeldern der Kommunen sowie in leistungsfähigen kommunalen Strukturen. Die Sachverständigen – Prof. Dr. Paul Kodolitzsch vom Deutschen Institut für Urbanistik, Prof. Dr. Manfred Röber von der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin,

Prof. Dr. Roland Roth von der Fachhochschule Magdeburg und Dr. Dieter Vesper vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung – bescheinigten der PDS eine gute Qualität des Entwurfs der Leitlinien. Sie gaben in der mehrstündigen Debatte eine Fülle wertvoller Hinweise zur Ausgestaltung des Leitbilds einer Bürgerkommune, zur Gewährleistung kommunaler Daseinsvorsorge, zur demokratischen Mitsprache der Bürger, zur Qualifizierung der kommunalen Entscheidungsprozesse, zur erforderlichen Ge-

meindefinanzreform und deren Schwerpunkten.

Aber es gab auch hilfreiche und wohlwollende kritische Bemerkungen zu grundsätzlichen Fragen und Hinweise auf ungenügend ausgearbeitete Aspekte. So verlangte Prof. Roth, die Föderalismusdebatte zu radikalisieren und konkrete Vorschläge für den Aufbau eines Föderalismus von unten auszuarbeiten. Dabei brachte er unter anderem den Gedanken einer *eigenen Kammer der Kommunen auf Landesebene* ins Spiel. Insgesamt fand er die Kapitalismuskritik im Entwurf sehr rudimentär (!) und mahnte an, etwas mehr zur Rolle der eigenen Partei zu sagen. (LN)

### GASTKOMMENTAR

**D**ie Überschätzung der eigenen militärischen Stärke hat – so lehrt uns die Geschichte – schon manche Großmacht ruiniert. Fast scheint es, als dämmere dem US-amerikanischen Präsidenten inzwischen, dass seine Politik der Überheblichkeit und Gewalt versagt hat. Aber trotz der Brandstellen, die überall in der Welt amerikanische Politik hinterlassen hat, ist das Selbstbewusstsein ihrer Repräsentanten ungebrochen. Sie demonstrieren Autorität. Der deutsche Bundeskanzler vermochte kürzlich gerade noch krankheitshalber dem Gespräch mit dem hartgesottenen Verteidigungsminister Rumsfeld auszuweichen und musste sich dann doch noch von der Außenministerin Rice heimsuchen lassen; jetzt kam ihm Bush leibhaftig ins Haus. Mit dem Charme eines Texas-Rangers und einem manchmal etwas verlegen anmutenden Lächeln (hinter dem sich eiskaltes Kalkül verbirgt) sprach er von

## Bush, der Friedensengel?

**Von Wolfgang Bittner**

Frieden, Freiheit, Freundschaft und Wohlstand, von einem zu stabilisierenden Palästinenserstaat und einer neuen Ära transatlantischer Gemeinschaft. Auch einem Klimaschutzabkommen zeigte er sich geneigt. Das alles klingt erfreulich.

**D**ie Europäer sind fraglos auf ein gutes Verhältnis zu den USA angewiesen, schon aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtung. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass auch die USA Europa – und Deutschland – brauchen. Das Desaster des Irak-Krieges, aus dem ein zweites Vietnam zu werden beginnt, setzt Bush unter Zugzwang, auch wenn er das geschickt kaschiert. Er will die auf Dauer untragbare Last einer offensichtlich verfehlten Politik verteilen, verlangt deutsche Unterstützung im Irak (wobei inzwischen Ausbildungshilfe außerhalb

des Krisengebiets akzeptiert wird), er erwartet ein noch stärkeres Engagement in Afghanistan sowie gemeinsames Vorgehen gegenüber Teheran und Damaskus. Nachdem der französische Staatspräsident Chirac die Forderung Schröders nach einer grundlegenden Diskussion über die künftige Organisation der NATO bekräftigt hat, schlug Bush, der in dieser Frage vorher unwillig reagiert hatte, bereits in Brüssel versöhnliche Töne an. Doch kein Wort darüber, dass die Nato nach ihrem Statut für die Verteidigung ihrer Mitglieder zuständig ist, wozu weder Kriegseinsätze in Afghanistan noch im Irak gehören. Ebenso wenig wurde über die Einhaltung der Menschenrechte durch die USA gesprochen, obwohl dieses Thema bei Staatsbesuchen beispielsweise in China regelmäßig auf der Tagesordnung steht.

**V**on „entspannter Atmosphäre“ ist die Rede, und wer würde das nicht begrüßen. Schröder ignorierte die vorangegangenen Seitenhiebe und Spitzen des lächelnden amerikanischen Präsidenten. Und natürlich blieb Bushs Versuch unerwähnt, Wohlverhalten als Kompensation für die Unterstützung deutscher Bemühungen um einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat zu erpressen. Ist also alles wieder im Lot? Gehen wir wirklich einer neuen „Ära Bush“ mit ernsthaftem diplomatischen und humanitären Bemühen um die Erfordernisse dieser Welt entgegen? Da bleibt dann doch die Skepsis, ob die Regierung Bush damit nicht moralisch überfordert wäre.

Wolfgang Bittner lebt als freier Schriftsteller in Köln, schreibt für Erwachsene, Jugendliche und Kinder, Dr. jur. Er ist Mitglied des PEN und erhielt mehrere Literaturpreise. (www.wolfgangbittner.de)



Nachfolgendes Gespräch führte Maxi Wartelsteiner mit **DR. VOLKER KÜLOW**, Abgeordneter im Sächsischen Landtag. Es ist in Jan Zobel's Buch *Volk am Rand* enthalten. Hier ein gekürzter Vorabdruck:

● Sie sitzen mit den zwölf Abgeordneten der NPD in einem Parlament. Sie mit der PDS allerdings links im Saal, genau vis à vis von der NPD. Wie müssen wir uns deren Parteigänger vorstellen? Wie treten sie auf? So lächerlich wie seinerzeit die DVU-Leute in Magdeburg?

**V. K.:** Nein, das ist kein Vergleich. Lächerlichkeit entlarvt, aber macht nicht ungefährlich. Manche Hitler-Fotos aus der Zeit vor 1933, mit Frack und Zylinder, sehen grotesk aus. Aber das Lachen erstirbt, weil wir heute die Häutung kennen, die der Inszenierung folgte. Ich warne vor jeder Überheblichkeit, mit der die NPD und die übrigen rechtsradikalen Parteien noch immer betrachtet werden. Ihr bürgerlicher Habitus – Frack und Zylinder – sollen Seriosität, Handlungs- und Regierungsfähigkeit demonstrieren. Die NPD-Fraktion wirkt geschlossen und diszipliniert. Man spürt ständig die straffe Führung durch ihre intellektuellen Hintermänner wie etwa den aus dem Saarland stammenden Rechtsanwalt Peter Marx, der als Fraktionsgeschäftsführer eine Schlüsselrolle spielt.

● Hinter Sachsens NPD stehen also nicht nur Sachsen?

**V. K.:** Das kann man bei mindestens vier Abgeordneten, die aus dem Westen stammen, ohnehin nicht sagen. Es ist offenkundig, daß die NPD nach dem „Fanal von Sachsen“ ihren Brückenkopf an der Elbe – geschützt von der Immunität der Parteibüros – zur heimlichen Parteizentrale ausbaut.

Bundesweit, vor allem wiederum im Westen, wurde ein ganzer Stab von Mitarbeitern zusammengekauft, um bei der Bundestagswahl 2006 die nächsthöhere Stufe zu erreichen, also in den Bundestag einzuziehen. Wobei unter diesen neurechten Intellektuellen, wie sie sich selbst gern bezeichnen, neben dem bereits genannten Peter Marx mit Karl Richter, Sascha Roßmüller, Stefan Rochow und anderen auch Leute sind, denen gute Kontakte zur gewaltbereiten militanten Neonaziszene nachgesagt werden.

Im übrigen erklärt die regionale Herkunft nicht die Interessenlage, der die NPD verpflichtet ist. Trotzdem ist der Hinweis auf die geographische Herkunft sinnvoll – und sei es nur, um dem vornehmlich im Westen geäußerten Vorhalt, „die Ostdeutschen“ als ungeübte Demokraten, aber gelernte DDR-Bürger hätten eine besondere Affinität zu Neonazis. Wenn die Häuptlinge aus dem

# Gehört ihnen heute Sachsen und morgen Deutschland?



Jan Zobel: *Volk am Rand. NPD: Personen, Politik, Perspektiven der Antidemokraten*. Ca. 192 S., brosch., mit Fotos und Dokumenten, ca. 9,90 Euro. Das Buch erscheint im März.

Einer, der die NPD von innen kennt, berichtet aus eigenem Erleben – und warnt.

Seit September 2004 sitzt die NPD im Sächsischen Landtag. Was sind das für Leute? Woher kommen sie, welche Ziele verfolgen sie, wie gefährlich sind sie? Etliche der dort versammelten Rechtsextremisten gehören der Bundesführung dieser Partei an, fünf von ihnen stammen aus dem Westen. Jan Zobel, einst in Hamburg Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten, kennt die meisten aus unmittelbarer Zusammenarbeit aus den 90er Jahren. Er weiß, wes' Ungeistes Kind sie sind. Es handelt sich nämlich nicht um ein paar Verwirrte oder Verrückte, die aktueller Unmut unter der Wählerschaft kurzzeitig emporspülte.

Von früheren rechten Unternehmungen unterscheidet sich diese Generation von Neonazis nicht nur hinsichtlich der öffentlichen Wahrnehmung, sondern auch in Bezug auf ihre Verankerung. Sie kommen nicht vom rechten Rand der Gesellschaft, sondern aus deren Mitte. Denn sie finden nicht nur auf der rechten Seite Beifall. Sie rechnen mit wachsender Unterstützung aus der bürgerlichen Mitte. Vermutlich nicht grundlos. Zobel berichtet aus der Erinnerung und setzt sich zugleich mit einer Partei auseinander, die den seit Jahrzehnten gefährlichsten Angriff auf die Demokratie begonnen hat.

Jan Zobel, geboren 1976, aufgewachsen in Südafrika als Kind deutscher Einwanderer. 1990 Rückkehr nach Hamburg, Abitur. Kontakte zur rechten Szene, 1993 Mitglied der Jungen Nationaldemokraten (JN), 1994 Eintritt in die NPD. Lehre als Bürokaufmann, Geschäftsführer verschiedener (rechter) Unternehmen im Ruhrgebiet. Aufbau der JN in Hamburg und deren Landesvorsitzender bis zum Austritt aus der NPD Anfang 1997. Jan Zobel ist seit vier Jahren mit einer Thüringerin verheiratet und lebt in einem Vorort von Hamburg. Er arbeitet in der Personalabteilung der deutschen Reederei eines koreanischen Autokonzerns.

Westen kommen, dann kann man wohl kaum von einer originär sächsischen resp. ostdeutschen „Krankheit“ sprechen.

● Interessiert die Mehrzahl der elf NPD-Männer und die eine NPD-Frau überhaupt, was im Hohen Hause verhandelt wird? Ist ihre „Arbeit“ getan, wenn sie fünf Jahre lang ihren Spaß und die Kohle haben? Womöglich nach dem Motto: Ob wir bei der nächsten Wahl noch hier sitzen werden, ist uns egal?

**V. K.:** Das zu unterstellen, wäre eine weitere Fehleinschätzung. Wir haben es nicht mit Hasardeuren zu tun, sondern mit überzeugten Vorreitern einer rassistischen, auf totale menschliche Verwertung abzielenden Gesellschaftsordnung. Seit ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag verfolgt die Partei ganz gezielt strategische Ziele: Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente. Auf neuem Niveau! Sie beobachtet daher nicht nur genau das parlamentarische Geschehen, sondern versucht permanent, auch aktiv, zunehmend sogar aggressiv zu agieren. Dabei kann man ihr eine gewisse Geschicklichkeit nachsagen. Die NPD wittert ihre große Chance, von Sachsen aus zu einem Siegeszug durch die ganze Bundesrepublik aufbrechen zu können. Das ist ihr Plan.

● Wie gehen die anderen Parlamentarier mit den ja wohl ungeliebten NPD-Abgeordneten um?

**V. K.:** Formal zunächst korrekt, um jeden Anlaß zu vermeiden, der den NPD-Abgeordneten Vorteile bringen könnte. Alles, was der NPD und ihren Abgeordneten nach Gesetz und Geschäftsordnung zusteht, erhalten sie. Allerdings bleibt mehr als ein Hauch von Zwiespältigkeit. Bislang scheinen alle Parteien vom offensiven und taktisch nicht ungeschickten Agieren der NPD überrascht. Dieser Überraschungseffekt manifestiert sich nicht zuletzt darin, daß selbst gezielte Tabubrüche und ein Vokabular im Umfeld der Volksverhetzung und Beleidigung bislang kaum gerügt wurden.

● Beispiele?

**V. K.:** In einer Redebatte denunzierte der NPD-Abgeordnete Uwe Leichsenring – neben dem Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel sicher der gefährlichste Mann der Neonazis – antifaschistische Demonstranten als „menschliches Strandgut“. Erst als ich in meiner Funktion als Schriftführer den amtierenden Parlamentspräsidenten zum Handeln aufforderte, wurde der Redner unterbrochen; der fällige Ordnungsruf blieb allerdings aus.

● Bei der Debatte zum 60.

Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden im Januar 2005 schien es dann aber anders zu sein?

**V. K.:** Das war eine mit intelligenter Kaltblütigkeit inszenierte faschistische Provokation nach dem alten Motto von Goebbels, in den Parlamenten so viel Eklat wie möglich zu erzielen. Die NPD verweigerte sich bekanntlich zunächst einer Gedenkmminute für die Opfer der Nazidiktatur, dann sprachen die Abgeordneten Apfel und Gansel über den angeblichen „alliierten Bomben-Holocaust“, was von allen anderen Fraktionen, aber auch von der Öffentlichkeit, als Volksverhetzung wahrgenommen wurden. Spätestens an dieser Stelle hatten sich die NPD-Parlamentarier auch für unbedarfte Gemüter als Parteigänger des Faschismus entlarvt.

● Sie sprachen von den drei strategischen Säulen der NPD, „Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente“. Wie reagiert das Hohe Haus, wie reagieren die anderen Parteien darauf?

**V. K.:** Es überraschte, wie schnell es der NPD gelang, eine Fraktion zu formieren und diese mit Hinterland aufzustellen. Das straffe Regime im Parlament ist auf verschiedene Hauptziele ausgerichtet:

1. Die NPD sucht gesellschaftli-

che Mehrheiten. Dazu werden möglichst viele Themen mit einem sehr aggressiven Diskussionsstil – den die NPD selbst als „Wortergreifungsstrategie“ bezeichnet – nationalistisch und sozialdemagogisch aufgeladen. Hier sind übrigens die Analogien zu den 20er/30er Jahren offenkundig.

2. Während man die PDS mit straffem Antikommunismus vehement bekämpft, versucht man die Erosion am rechten Rand der CDU voranzutreiben – wobei die Christdemokraten mit ihren Rot-Braun-Reflexen bislang eher hilflos wirken. So versuchen sie als Antwort auf diese Herausforderung nunmehr selbst verstärkt im Trüben zu fischen. Bei bestimmten Themen wie der Drogendebatte oder zum internationalen Terrorismus gab es nicht nur nach meiner Wahrnehmung kulturell und habituell sogar eine schwarz-braune Stammtischkoalition.

● Das wirft die Frage auf inwieweit Parlamentarier anderer Parteien für NPD-Lösungen anfällig sind.

**V. K.:** Ich würde lieber formulieren, welche Abgeordneten der CDU bereit und in der Lage sind, Positionen zu vertreten, die gefährlich nah an die NPD heranreichen.





● **Was gewiß auch damit zu tun hat, daß sich die Parteien nicht generell über den Umgang mit der NPD einigten? Ausgrenzen, hörte man, sei keine Lösung. Still- und Verschweigen auch nicht. In Bezug auf die DVU in Brandenburg hat man sich damit verrechnet. Fünf Jahre lang fand die Partei in den Medien nicht statt. Trotzdem wurde die DVU wiedergewählt. Welche Strategie empfehlen Sie?**

**V. K.:** Tatsächlich gibt es bislang weder innerhalb der einzelnen Fraktionen noch im Komplex der fünf Fraktionen der demokratischen Parteien ein wirklich abgestimmtes Konzept. Anfang Januar wurde aber zumindest von den Fraktionsvorsitzenden der fünf anderen Parteien eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der es hieß: „Trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen sind wir uns darin einig, daß die Verteidigung der Demokratie Vorrang vor den Parteiinteressen haben muss.“

In der PDS herrscht im übrigen Einigkeit, keinem NPD-Antrag zuzustimmen, keine Absprachen zu führen und auch keinen NPD-Abgeordneten in welches Gremium auch immer zu wählen. Wichtig ist aber auch: Wir können und dürfen unser Stimmverhalten nicht vom absehbaren oder angekündigten Votum der NPD abhängig machen, sondern müssen in jedem Fall eigenständig entscheiden.

● **Mehr noch als die Tatsache, daß die NPD ins Landesparlament einzog, erschreckte der Umstand, daß bei der Wahl des Ministerpräsidenten der Kandidat der NPD zwei Stimmen mehr bekam, als die NPD Fraktionsitze hatte. Das Gleiche wiederholte sich bei der Wahl des Ausländerbeauftragten und später bei der Besetzung des Jugendausschusses. Inzwischen dürfte fast klar sein, woher diese Stimmen kamen. Und: Sind das nur vergrätzte CDU-Hinterbänkler, die von Milbradt kein Pöstchen erhielten? Was auch nicht gerade für das Demokratie-Verständnis dieser Leute sprechen würde.**

**V. K.:** Nach allen Regeln der Arithmetik und Logik können die Stimmen nur von der CDU kommen. Wenn sich der ehemalige Wissenschaftsminister Rößler genötigt sieht, einem Fraktionskollegen seinen Stimmzettel zu zeigen, um nicht als U-Boot verdächtigt zu werden, heißt das, man sieht das mittlerweile in der CDU wohl auch so. Gleichwohl werden noch immer Versuche unternommen, den Schwarzen Peter anderen Fraktionen zuzuschieben. Das Problem besteht nur darin, daß es in der CDU-Fraktion wahrscheinlich acht bis zehn unsichere Kantonsisten gibt, denen ein derartiges Abstimmungsverhalten, das man sowohl als ehr-

lich als auch obszön bezeichnen kann, zuzutrauen ist. Die Abgeordneten, die mit der NPD stimmten, sind keine Statisten in einem CDU-internen Machtkampf gegen Herrn Milbradt, sondern Handelnde, Zutreiber aus dem rechtskonservativen Lager, das seine radikalere Ausgestaltung mit Hilfe der NPD sucht.

● **Wie ernst ist die Ankündigung zu nehmen, alle Rechten könnten sich in einer Wahlpartei für die Bundestagswahl 2006 konzentrieren? Von der DVU gibt es in Richtung NPD bereits Signale. Bislang sind die Pläne am Widerstand der „Republikaner“ gescheitert. Welche Prognose stellen Sie?**

**V. K.:** Die Ereignisse sprechen für sich. Es gibt ja bereits Wahlabsprachen, und das geschlossene Agieren der NPD wirkt auf das radikale Milieu stabilisierend, ja anziehend. Die rechtsextremistischen Fließtexte, die NPD-Parlamentarier mit hoher Sprechgeschwindigkeit im Dresdner Landtag vortragen, elektrisieren eine oft frustrierte Anhängerschaft. Sie war jahrelang im Abseits und nicht gesellschaftsfähig. Jetzt sieht sie ihre Repräsentanten auf der politischen Bühne, sozusagen in Frack und Zylinder, und das hebt das Selbstbewußtsein. Das ist der subjektive Faktor, der bei den kommenden Bundestagswahlen durchschlagen kann.

Die objektiven Faktoren sind schwerer zu beurteilen. In der sozialen Frage liegen sie auf der Hand. Die Brüchigkeit des gegenwärtigen Wirtschaftssystems läßt Wutempfinden und Strafgelüste aufleben. Wer arbeitslos ist, wer marginalisiert wird, sucht nach politischen Auswegen. Es sind oft Auswege, die den existentiellen Druck formal verwandeln: Rassismus gehört in dieses Repertoire, aber nicht nur. Es setzt eine allgemeine Dezivilisierung ein, die sich nicht auf Ausländerhaß und Antisemitismus beschränkt. Der Wirtschaftsdarwinismus, den die NPD lediglich eingefärbt hat und deutsch-exklusiv hält, während ihn andere einschränkungslos propagieren, nimmt überall Gestalt an.

● **In der Öffentlichkeit wird der Einzug der NPD ins Sächsische Parlament oft als Frontalangriff auf die Demokratie bezeichnet. Im bürgerlichen Lager tröstet man sich dennoch, der derzeitige Nazi-Durchmarsch in Parlamente sei nur eine temporäre Erscheinung ...**

**V. K.:** Prognosen, daß der Vormarsch der Neonazis nur zeitweilig sei, halte ich für falsch und unbegründet. Ganz im Gegenteil: Ich befürchte, daß wir möglicherweise erst am Anfang einer Entwicklung stehen.

Die Analogien sollten nicht überschätzt werden. Was im heutigen Rechtsextremismus politisch,

programmatisch und ideologisch an den Faschismus anknüpft, ist oftmals theoretisch modernisiert, politisch durchgearbeitet und verbal angepaßt worden. Dazu kommt die strukturelle Verankerung des rechtsextremen Milieus und die besondere Anfälligkeit weiterer Teile der Jugendszene. Hier ist eine eigene politische Generation entstanden, für die die faschistische Wahl fast völlig enttabuisiert ist.

● **Können Sie dieses Phänomen näher erläutern?**

**V. K.:** Die NPD verfügt nach langjähriger Aufbauarbeit über tragfähige Strukturen und eine funktionierende Vorfelddarbeit in Sachsen. Der Wahlerfolg ist Ausdruck einer soziokulturellen Verankerung der Nazis in einzelnen sächsischen Regionen, die sich nicht zuletzt in den Kommunalparlamenten widerspiegelt.

Die NPD wird in Pirna, im Muldentalkreis und anderswo von vielen Bürgern als Teil des demokratischen Parteienspektrums wahrgenommen. Besonders erfolgreich agiert die NPD unter Jugendlichen, hier spielen die soge-

nannten Freien Kameradschaften eine Schlüsselrolle. Vor allem über subkulturelle Mechanismen wie Musik, Lifestyle, über Bildungs- und Schulungsveranstaltungen sowie Gemeinschaftserlebnisse für Jung und Alt sickert rechtsextremistisches Gedankengut in die nachwachsende Generation ein.

Diese mehr untergründigen Einflüsse werden von Einflüssen überlagert, die sich der deutschen Hochkultur zurechnen. Die Serie der NS-Geschichtskolportagen in den Kinos und im Fernsehen gehört in diesen Bereich.

● **Welche Möglichkeiten der Gegenwehr und des Zurückdrängens der Rechtsextremisten sehen Sie?**

**V. K.:** Wenn man Rassismus und Rechtsextremismus bekämpfen will, muß man mit gleicher Schärfe die gesellschaftlichen Bedingungen attackieren, die beides befördern.

Versucht man sich vor Ort direkt mit den Rechten auseinanderzusetzen, belegen alle Erfahrungen staatlicher und vor allem der nichtstaatlichen Arbeit, daß ihnen erstens möglichst die

logistische Basis, z. B. durch Schließung ihrer entsprechenden Treffpunkte, entzogen werden muß. Wichtiger noch ist aber, daß ein Gegenentwurf Platz greifen kann, also eine örtliche oder regionale Struktur demokratischer Kulturarbeit etabliert wird. Sind qualifizierte Angebote der Jugendhilfe und ein Problembewußtsein der Kommunalpolitik vorhanden, kann demokratische Jugendarbeit stattfinden.

## Jan Zobel liest

• am 16. März, 18 Uhr, im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a

Es laden ein: die AG Politische Bildung der PDS-Basisorganisation Messemagistrale, der Bund der Antifaschisten, das linXX-net und LEIPZIGS NEUE

• am 17. März, 19 Uhr, Haus der Demokratie, Bernhard-Göring-Straße 152

Veranstalter: Haus der Demokratie e. V.

18. MÄRZ 2005

11 Uhr  
Präsentation

Ulla Piener

Max Hoelz: »Ich grüße und küsse Dich – Rot Front!«

Tagebücher und Briefe, Moskau 1929 bis 1933

Leipzig liest: Forum Halle 4, Stand A 303



484 Seiten mit acht Bildseiten  
Broschur, 29,90 €  
ISBN 3-320-02053-6



17 Uhr  
Lesung

Renate Holland-Moritz

Die Eule im Kino

Filmkritiken 1991 bis 2005

Leipzig liest: Forum Halle 3, Stand B 403

176 Seiten mit Illustrationen von Manfred Bollinger gebunden  
16,80 €  
ISBN 3-320-02065-X

19 Uhr  
Präsentation

Klaus Kinner/Elke Reuter

Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität

Band 2: Gegen Faschismus und Krieg (1933 bis 1939)

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Harkortstraße 10, 04107 Leipzig



320 Seiten gebunden, 19,90 €  
ISBN 3-320-02062-5

20. MÄRZ 2005

Anita Anand, Arturo Escobar, Jai Sen und Peter Waterman (Hrsg.)

506 Seiten  
Broschur, 19,90 €  
ISBN 3-320-02054-4



13 Uhr  
Präsentation

Carla Krüger/Michael Brie

Eine andere Welt

Das Weltsozialforum

Leipzig liest: Sachbuchforum Halle 3, Stand D 212

Leipziger Buchmesse  
Halle 5, Stand B 316

dietz berlin  
www.dietzverlag.de



# Ein lehrreicher, spannender und aktueller China-Roman

Der ungeheure Modernisierungsschub, den die VR China in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erfahren hat, lässt für die Rolle des ‚Reichs der Mitte‘ im 21. Bedeutendes erwarten. Entsprechend groß ist das Interesse vieler an der Vorgeschichte dieser Entwicklung. Dieses Interesse auf ebenso spannende wie solide Weise ein gutes Stück weit befriedigen zu können, dazu bietet der Roman Chinafieber von Wolfram Adolphi eine einmalig günstige Gelegenheit. Denn der Autor, der 1989 an der Humboldt-Universität eine Dissertation B zum Thema „Die Chinapolitik des faschistischen Deutschland 1937–1945“ verteidigt hat, verfügt über die seltene Gabe, wissenschaftlich Erarbeitetes in gut lesbare erzählende Prosa umsetzen zu können. Sein Roman, dessen Handlungszeit die Jahre von 1930 bis 1947 umfasst, verfolgt den Weg eines jungen Deutschen, der während seines Ökonomie-Studiums im Berlin der Weimarer Republik vom „Chinafieber“ erfasst wurde. Dieser – wie sein Autor aus Leuna stammende – Paul Kleinert geht 1930 im Auftrag einer deutschen Firma nach

China, um dort Möglichkeiten für einen vertraglich abgesicherten deutsch-chinesischen Warenaustausch zu sondieren. Seine Bemühungen sind von Sympathie für sein Gastland getragen, an dessen Entwicklung zu einem modernen zentralisierten Staat er mitwirken möchte. Doch zerschlagen sich letztlich alle seine Hoffnungen, da Hitlerdeutschland zum Bündnispartner Japans wird, das mit einer brutalen Aggression gegen China vorgeht.

Der Roman erzählt sehr anschaulich von den Erlebnissen eines jungen, interessierten und aufgeschlossenen ‚kleinen Mannes‘ in einer ihm ursprünglich fremden Welt. Viele Begegnungen mit Chinesen und alteingesessenen Chinadeutschen bieten ihm, der ein guter Zuhörer ist, zum Nutzen des Lesers die

Gelegenheit, aus den verschiedensten Blickwinkeln viel über das Land und seine Geschichte zu erfahren. Sein Autor, der in den späten 70er und in den 80er Jahren auch eigene Chinaerfahrungen sammeln konnte, versteht es hervorragend, Details des chinesischen Alltagslebens plastisch und farbenreich Gestalt annehmen zu lassen. Für den, der wie der Rezensent selbst einige Zeit in China verbracht hat, stellen sich nicht wenige Aha-Erlebnisse ein. Andere werden sich in ihrem Wunsch bestärkt fühlen, wenigstens einmal einen touristischen Blick in diese faszinierende Welt zu tun. Denn obwohl der Roman von früheren Zeiten berichtet, ist ja vieles, was aus einer tausendjährigen Kultur überliefert bzw. von ihr geprägt wurde, nach wie vor im heutigen

chinesischen Leben präsent. Aktualität kommt dem Buch von Adolphi aber auch noch in einer anderen Hinsicht zu. Sechzig Jahre nach dem 8. Mai 1945 sind die Erlebnisse Paul Kleinerts im Shanghai jener

Zeit, in dem es einerseits traditionell eine größere deutsche Kolonie gab und wohin andererseits etwa 20 000 verfolgte deutsche Juden geflüchtet waren, nicht nur von historischem Interesse. Vielmehr geben sie manchen Anstoß zur Vertiefung heutiger Auseinandersetzung mit der Problematik von alltäglichem Faschismus und antifaschistischer Bewahrung.

• **KLAUS PEZOLD**

Wolfram Adolphi: *Chinafieber. Roman.* NORA, Berlin 2004. 236 S., 17,50 Euro

Anzeige



## Wessen Recht ist das Recht?

Friedrich Wolff zeigt, wie die -juristische Vergangenheitsbewältigung- nach 1989 mit allen Mitteln vorangetrieben, wie das Recht gebeugt und in den Dienst der Delegitimierung der DDR und ihrer Funktionsträger gestellt wurde. Er nennt die Fakten, beantwortet entscheidende Fragen nach der politischen Justiz in der DDR und ob sie ein Unrechtsstaat war. – Ein Buch vor allem für jene, die vergessen haben, was Klassenjustiz ist.

Friedrich Wolff: *Einigkeit und Recht*  
Die DDR und die deutsche Justiz. 192 S., brosch., 12,90 €, ISBN 3-360-01062-0

www.edition-ost.de

Wohl jedes heroische Ereignis verklärt sich mit wachsendem zeitlichen Abstand vom realen Geschehen, wird im öffentlichen Bewusstsein immer holzschnittartiger und streift manche Details ab, besonders solche, die am Rande des Wesentlichen liegen. Es ist deshalb historiografisch legitim, auf Differenzierungen und Widersprüchliches zu sehen – ohne dabei die historische Wahrheit zu verschütten.

Schon Titel, Kapitelüberschriften und Klappentext, wo von einem Mythos, seiner Brüchigkeit und der Instrumentalisierung des Spanischen Bürgerkrieges in der DDR die Rede ist, lassen aber bereits vermuten, dass hinter der akribischen Darstellung auch Voreingenommenheit und Einseitigkeiten stecken. Mythos stimmt hier überhaupt nur im positiven Sinne von *Legendärem*, nicht aber im eher negativen Sinne von *Sagenhaftem*.

## Nur ein Mythos?

In der detaillierten Analyse, deren Ergebnisse der Autor in sachlicher Form, basierend auf zahlreichen Quellen und ohne vordergründige Polemik dargelegt, gibt er zunächst einen Überblick über den Bürgerkrieg in Spanien, die Internationalen Brigaden und ihre deutschen Angehörigen, um sich dann dem Schicksal der ehemaligen Spanienkämpfer nach 1945 in der SBZ und der DDR, ihren Organisationen und ihrer Stellung zur SED zuzuwenden, wobei die Fälle von Konflikten und oppositionellen Haltungen stark betont werden. Im letzten Teil, der dem Erbe der Spanienkämpfer in der DDR gewidmet ist („Der Mythos der Interna-

tionalen Brigaden“, „Interbrigadenkult“, „Traditionspflege“), gelangt der Autor zwar in vielem zu realistisch erscheinenden Urteilen, entgeht aber nicht der Gefahr, manch Formales in der Traditionspflege allzu krämerhaft zu bewerten und das positive Bestreben kleinzureden, wenn nicht gar abschätzig zu bewerten.

Jedoch sind Fundiertheit der Untersuchungen, Nüchternheit der Darstellung und als Ausgangspunkt die Würdigung der Interbrigaden in Abgrenzung zur faschistischen Legion Condor prägende Merkmale des Buches. Aber Antifaschismus in der DDR als Mythos und religiösen Staatskult zu deuten und hier die Pflege der Spanientraditionen einzuordnen, geht an der Realität vorbei, wie so oft, wenn man die DDR nicht selbst erlebt hat.

• **GÜNTER LIPPOLD**



Michael Uhl: *Mythos Spanien. Das Erbe der Internationalen Brigaden in der DDR.* J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2004. 556 Seiten, 29,80 Euro



Diese Zeilen aus einem seiner frühen Gedichte aus den sechziger Jahren, als Volker Braun in Leipzig Philosophie studierte, „hat auf damals ungeahnte Weise sein Schriftstellerleben begleitet: in den drei Jahrzehnten in der DDR und auch nach der ‚Wende‘ in den neunziger Jahren, als er Widerspruch und Ablehnung erfuhr, weil er sich nicht in dem Maße einsichtig und wandlungsfähig zeigte, wie es in diesen Zeiten geraten schien“.

Um so erfreulicher ist es, dass mit Klaus Schuhmanns Buch Beiträge vorliegen, die den Weg, den Brauns Texte in der Öffentlichkeit nahmen, befürwortend, interpretierend und wertend begleitet haben: durch Nachworte zu Brauns Theaterstücken und größeren wie kleineren Aufsätzen zu Teilen des inzwischen umfangreichen literarischen Gesamtwerkes.

In Schuhmanns klugem Buch führen drei Wege zu dem inzwischen 65-jährigen Volker Braun: Zunächst in Kapiteln, die sein Werk auf den dominanten Feldern von Dramatik, Prosa, Lyrik und Essayistik in dessen zeitlicher Entstehung begleiten. Im Mittelteil kon-

## „Ich bin der Braun, den ihr kritisiert“

zentriert sich Schuhmann auf eine eingehendere Beschäftigung mit einzelnen Texten aus dem Werkfundus. Und im dritten Teil schließlich werden größere Bögen zu Schriftstellern geschlagen, die Braun persönlich nahe standen bzw. deren Texte in einem Korrespondenzverhältnis zu seinem Werk stehen (Hacks, Müller, Fühmann etc.). Das Phänomen von Intertextualität und literarischen Wahlverwandtschaften beschäftigt z. Z. viele Literaturwissenschaftler. Peter Geist (geb. 1956) folgte im November 2004 auf der Konferenz der Seghers-Gesellschaft in Mainz einer vergleichbaren Intention: „Die Texte, im Jahre 2004 neu gelesen, zeigen nicht nur die Hellsichtigkeit von Anna Seghers und Volker Braun, sondern lassen auch die Hypothek genauer benennen, die die Autoren einem Denken im 21. Jahrhundert übereignet haben, das die Eman-

zipation des Menschen aus erniedrigenden Verhältnissen ernst nimmt.“

Klaus Schuhmann benennt die Dimension, die für Brauns Arbeiten seit seinen literarischen Anfängen charakteristisch ist: „menschliches Handeln im Epochenkontext“.

Das Buch ist ein Genuss für den Leser, gerade weil die Aufsätze überwiegend aus gegebenem Anlass und meist ohne den für „literaturhistorische Wertungen nötigen zeitlichen Abstand“ verfasst sind. Sie wollen Wege des Verstehens weisen, nicht etwa aus besserwisserischer „Nachwende“-Sicht verwerfen.

• **CHRISTA HERBER**

Klaus Schuhmann: „Ich bin der Braun, den ihr kritisiert ...“ Wege zu und mit Volker Brauns literarischem Werk. Leipziger Universitätsverlag 2004. 242 S., 22 Euro

Anzeige



Als ich im Oktober 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU als Slawistikstudent im 7. Semester mit einer von einer Russin fingierten Einladung als wohl einer der ersten Individualtouristen meine spätere Frau in Leningrad besuchte, war das eine Sensation. Privat auf einer weiten Reise in die große, weithin vom Ausland abgeschottete UdSSR per Zug über Moskau und dann nach Leningrad – im Jahr 1956 noch nahezu unvorstellbar. Der Weg führte über Moskau: illegales Übernachten in der von Gerd Kaiser beschriebenen verwanzten Stromynka, illegal mit Hilfe von Roland Opitz auf den Leninbergen in den Wohnheimen der Lomonossow-Universität und eine Nacht ohne Quartier auf dem Leningrader Bahnhof, inmitten von russischem ärmlichen Publikum, immer in der Hoffnung, durch meine damals doch nicht so tollen Sprachkenntnisse übermäßig aufzufal-

## Als DDR-Student in der UdSSR – lang, lang ist's her

len – das waren meine Begegnungen mit Moskau und den „Russen“, vor allem aber mit der wunderbaren Gemeinde der ersten DDR-Studenten. Nach dem Diplom in Greifswald war es dann ein Jahr später so weit: Ich konnte im für einen Slawisten erstrebenswerten Land ein ganzes Jahr als „Stashor“, studieren. Das war purer Zufall, sonst wäre ich (auch das muss mal gesagt werden) in der DDR arbeitslos mit Diplom gewesen! Mir fiel das ein, als ich dieses Büchlein las. Kaiser, arrivierter Historiker, hört dort auf, wo ich als Postgraduierter angefangen habe. Er beschreibt das, was etliche Dutzend DDR-Studenten in den ersten Jahren ihres SU-Studiums erlebt und durchge-

macht haben. Es waren keine leichten Jahre; die Illusionen über das gelobte Land wichen bald einer Ernüchterung, die in der Rückbesinnung dann wiederum zur Idealisierung führte. Es war die Begegnung mit Wissenschaft, mit Lehrern und Kommilitonen, die völlig anders mental geprägt waren und die den meisten unserer Studenten ein Stück ganz andere Welt zeigten. Kaiser schreibt kein Erinnerungsbuch. Er schafft eine glückliche Gratwanderung zwischen Reflexionen über eigenes Erleben und Auswertung von Quellen der verschiedensten Art (manches hätte ich mir vertieft gewünscht). Er bleibt auch nicht bei seinen Jahrgängen stecken, auch wenn das seine Darstellung

prägt und dadurch manches Moskau-lastig wirkt. Der Leningrader hätte „sein“ Piter mehr dargestellt gewusst. Aber was soll's...

Wer in die SU zum Studium „delegiert“ wurde (so hieß das damals), hatte immer einen „sauberen“ Kaderbogen, also keine Westverwandschaft (die tauchte dann bei einigen erst nach der Wende auf), aber er hatte keine besondere Schulbildung, keine (oft jedenfalls) Protegées, schon gar nicht Russischkenntnisse. Aber diese ersten Jahrgänge wurden dann doch eine Art Elite – sie stiegen, zumal sie gut bis sehr gut ausgebildet waren, voller Enthusiasmus zurückkehrten und an Weltanschauung und Welt-Sicht vieles mitbrachten, was man in der abgeschotteten DDR nicht erfahren konnte, in hohe und höchste Staats- und auch Parteifunktionen auf und nutzten in ihrer

Berufstätigkeit die seinerzeit in Rußland geknüpften Beziehungen zum Wohle des Landes. Kaiser macht das in seinen andeutungsweise skizzierten Lebenswegen etlicher Studenten deutlich. Gegen Mitte der sechziger Jahre begann sich das etwas zu verändern, aber das macht der Verfasser nicht mehr deutlich, es ist jenseits seiner Zeit.

Kaiser schreibt trocken, emotionslos, aber (wenn so etwas geht) mit Leidenschaft. Er hat hervorragendes Basismaterial in einer ersten Annäherung vorgelegt – nun müssen Archivfische an die Quellen, die das Bild der in der UdSSR gewachsenen DDR-Intelligenz (zumindest eines wichtigen Teils) deutlicher über viele Jahre hindurch zeigen.

• ERHARD HEXELSCHEIDER

*Gerd Kaiser: Arbeit hat bittere Wurzel ... aber süße Frucht. Reflexionen über die Anfänge des Auslandsstudiums deutscher Studenten in der UdSSR. Berlin 2004. 154 Seiten. 12 Euro. Zu beziehen über edition bodoni. Linienstraße 71, 10119 Berlin.*



Peter Hurrelbrink

**Der 8. Mai 1945**  
**Befreiung durch Erinnerung**

Mit einem Vorwort von Gesine Schwan

ca. 410 Seiten, Broschur  
24,00 Euro  
ISBN 3-8012-5032-6

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. – Dreizehnmorgenweg 24 – 53175 Bonn  
Tel. 0228/238083 – Fax 0228/234104 – E-Mail: info@dietz-verlag.de

Anzeigen



**Der neue Esche:**  
**„Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen“**  
**jetzt bei Eulenspiegel**

Der Autor auf der Buchmesse am Sonnabend, dem 19.3.:  
12 Uhr zur Signierstunde am Stand des Eulenspiegel Verlags  
14 Uhr zum Interview am Stand der LVZ  
20 Uhr zur Lesung im Alten Rathaus, Festsaal (mit Eintritt)

Das Buch: 464 S., geb. mit SU, 19,90 €

Der Autor war seit 1999 Kultur- und Wissenschaftsreferent beim Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds in Prag und ist nun Kulturreferent für die böhmischen Länder des Adalbert-Stifter-Vereins München. Als solcherart homo politicus stellt er sich die vordergründige Aufgabe, „die Behauptung der sozialistischen Propaganda von der allgegenwärtigen ‚völligen Übereinstimmung der Auffassungen‘ sowie die in offiziellen Kommunikationen oftmals zitierte ‚herzliche Atmosphäre‘ zwischen den ‚Bruderparteien‘ in Europa auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen“. Entstanden ist eine seriöse Untersuchung, die der Frage nach „Gemeinsamkeiten und Konflikten“ in den Beziehungen zwischen der DDR und der CSSR sowie ihren führenden Parteien im Zeitraum zwischen dem 13. August 1961 und dem 20. August 1968 nachgeht. Beleuchten bisherige Arbeiten zum Untersuchungszeitraum nur die Augustintervention von 1968 mit ihrer unmittelbaren Vorgeschichte, so geht Schwarz zurück an die „Wurzeln“ dieses militärischen und politischen Paukenschlages. In den Beschlüssen des KPTsch-Parteitag vom Dezember 1962, der die nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 zwar aufgenommenen, aber „im Zaume gehaltenen“ Diskussionen über die politischen und ideologischen „Deformationen“ erneut anstieß und schon 1963 eine Welle von

## Die Beziehungen zwischen der DDR und der CSSR 1961–1968

kritischen Meinungsäußerungen tschechoslowakischer Intellektueller zur Folge hatte, sieht er zu Recht den Ausgangspunkt dieser Entwicklung. Bis zum 13. August 1961, der von CSSR-Seite volle politische Zustimmung fand, gestalteten sich die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn im wesentlichen reibungslos. Nach diesem Datum leistete die CSSR der DDR sogar ökonomische Hilfe, indem sie seitens der BRD stornierte Lieferungen von Wirtschaftsgütern über die vereinbarten Mengen hinaus übernahm. Doch als 1963 in der CSSR die Reformdebatte einsetzte, kamen bei der DDR-Führung Befürchtungen auf hinsichtlich der politischen Stabilität des Nachbarn im Süden und der festen gemeinsamen Front gegen die BRD. Wollten doch deren Regierungen nicht nur die Grenze zur DDR und die Oder-Neiße-Grenze, sondern auch die Ungültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 ex tunc nicht anerkennen. Die Kritik seitens der DDR wurde zum Teil öffentlich, viel mehr aber intern vorgebracht. Schwarz verfolgt in detail diese Meinungsverschiedenheiten, wie sie auch vertragli-

chen Vereinbarungen, öffentlichen Auftritten und Pressemitteilungen vorausgingen. Warf die DDR-Seite dem Partner im Süden „Revisionismus“ und „Opportunismus“ vor, so verwahrte sich dieser gegen die deutschen „Belehrungen“ und den Anspruch, das „Mekka der sozialistischen Länder“ sein zu wollen. Bei aller Kritik und Gegenkritik überwog aber bis zum März 1968 das Gemeinsame, vor allem im Ringen um Frieden und Sicherheit in Europa und im Kampf gegen die Revisionspolitik der Bundesrepublik. Erst als mit den KPTsch-Beschlüssen vom Frühjahr 1968 nicht nur die DDR-Führung, sondern auch die der UdSSR, Bulgariens, Polens und Ungarns das ganze System des Sozialismus sowjetischer Prägung durch „konterrevolutionäre Kräfte“ gefährdet und eine offene Flanke im Westen sich auf-tun sahen, war man wirklich „entzweit“. Insofern ist der Buchtitel, den Schwarz aus der ostdeutschen Publikation von 1967 „Brüderlich vereint DDR – CSSR“ abgeleitet hat, zwar griffig, aber nur partiell zutreffend, weil er nicht für den ganzen Zeitraum gilt. Nicht jede Meinungsverschiedenheit, die sich aus differierenden Interessen im Einzelfall ergibt, ist

ein „Konflikt“; ein Begriff, den der Autor zu oft bemüht. Hier hat der homo politicus den seriösen Forscher überspielt. Auch sonst zeigt sich als durchgehende Tendenz: Ablehnung der DDR, Sympathie für die CSSR und ein völlig unkritisches Verhalten gegenüber der BRD; als ob der westdeutsche Grenzrevisionismus und das Streben nach Atomwaffen in den sechziger Jahren im Hinblick auf Frieden und Stabilität in Europa nicht kritikwürdig wären.

Das sehr detaillierte Inhaltsverzeichnis sowie ein Personenregister, das allerdings Lücken aufweist, machen das Buch quasi zu einem Nachschlagewerk. Im reichhaltigen Literaturverzeichnis fällt auf, dass die Memoiren des KPTsch-ZK-Sekretärs Zdenek Mlynar fehlen. Auch die vom letzten DDR-Botschafter in Prag, Helmut Ziebart, 1999 veröffentlichte interessante Studie zur Beziehungsgeschichte CSSR-DDR fehlt. Einige sachliche Fehler wären zu vermeiden gewesen: So gab es 1964 keine „ungarische kommunistische Partei“ (KP), sondern die USAP; „Beamte“ hatte weder die DDR noch die CSSR; Helmut Sakowski war nicht SED-ZK-Sekretär, vielmehr als freischaffender Schriftsteller nur Kandidat des ZK.

• GERHARD FUCHS

*Wolfgang Schwarz: Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der CSSR 1961–1968. R. Oldenbourg Verlag, München 2004, 376 S., 49,80 Euro*



Bei seiner Befreiung am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee war Auschwitz das faschistische Vernichtungszentrum – eine Todesfabrik.

Das seit 1940 bestehende Lager diente bis Anfang 1942 den Okkupanten als KZ für Polen. Danach wurde es für Häftlinge verschiedener Nationalitäten zu einer Stätte langsamer Vernichtung durch mit Absicht geschaffenen unmenschlichen Lebensbedingungen, vor allem durch Verhungern, und insbesondere zum Zentrum der unmittelbaren Massenvernichtung von Juden, die – infolge der in Wannsee am 20. Januar 1942 beschlossenen „Endlösung der Judenfrage“ – aus ganz Europa nach Auschwitz gebracht wurden. Historiker schätzen die Zahl der in Auschwitz getöteten Menschen auf bis zu 1,5 Millionen. Die überwältigende Mehrheit von ihnen, bis zu 1,35 Millionen, waren Juden.

Das Auschwitz-Album – eine wesentlich erweiterte Neuauflage der unter dem Titel „Lili-Jacob-Album“ bekannt gewordenen Dokumentation und 1995 erstmalig in Deutschland veröffentlicht unter dem Titel „Gesichter der Juden in Auschwitz“ – enthält die von einem Mitglied der SS-Wachmannschaft fotografisch dokumentierten Stationen eines Transports ungarischer Jüdinnen und Juden im Mai 1944 – von der Ankunft an der Rampe über die Selektion

## Der fotografierte Todesweg ungarischer Juden



Auf dem Weg in den Gaskammer-Tod

nach der Arbeitsfähigkeit bis zur Einteilung in die verschiedenen Kommandos und den letzten Schritten in die Gaskammer. Nur etwa 150 von ihnen, darunter kaum Frauen, wurde der Weg ins Lager gewiesen. Fast 1500 wurden sofort zu den Gaskammern getrieben. Aus der Sicht der Täter erfasst die Kamera anonyme Menschen allen Alters – vom Säugling bis zum Greis. Da es über Jahrzehnte hinweg

gelingen ist, einen Teil von ihnen zu identifizieren, gibt diesem das Album ihre Individualität zurück. Die ungarische jüdische Gemeinde – in Ungarn lebten 1941 über 800 000 Juden – verlor während des Krieges 564 500 Mitglieder, davon 438 000 in Auschwitz.

Es stockt der Atem, wenn man liest, mit welcher mörderischen Perfektion die Tötungsfabrik Auschwitz betrieben wurde. Die

Gaskammern und die Krematorien arbeiteten ohne Unterlass, Tag und Nacht. Da die Krematorienöfen nicht mehr ausreichten, wurden riesige Gruben ausgehoben und die Leichen dort verbrannt, wie Augenzeugen übereinstimmend berichteten, noch lebende Kinder. Die Knochen, die nach dem Verbrennen übrig blieben, wurden pulverisiert, mit Asche vermischt und anschließend in die Flüsse Weichsel und Sola geworfen, als Dünger über die Felder gestreut oder als Füllmaterial für Senken oder Sümpfe benutzt.

Das Album enthält außer dem Bildteil einen historischen Abriss des KZ Auschwitz, erzählt die Geschichte von Lili Jacob – die, gleich einem Wunder, dieses Album in einer verlassenen SSKaserne des KZ Dora-Mittelbau bei Nordhausen in Thüringen fand – und schildert den Verlauf der Vernichtung der ungarischen Juden. So bringt es, wie es mit vollem Recht im Vorwort zu diesem erschütternden Bildband heißt, „ein weiteres Mal das Kainszeichen zum Ausdruck, das sich die Menschheit in der Mo-

derne selbst zugefügt hat“, zugefügt vom bestialischen deutschen Faschismus. Das Auschwitz-Album, 1980 von Lili Jacob der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem übergeben, sollte an die unauslöschbare Schande und Schuld erinnern, die Deutschland auf sich lud, aber vor allem die Verantwortung dafür bewusst machen, so zu handeln, dass sich niemals Derartiges wiederholen kann. Auschwitz ist und bleibt Synonym des NS-Völkermordes und für den Holocaust der Juden in aller Welt.

Es ist allen Personen und Institutionen zu danken, die das „Auschwitz-Album“ erarbeitet und der Öffentlichkeit vorgelegt haben – zu einer Zeit, in der sich schon wieder brauner Ungeist breit machen kann.

• KURT SCHNEIDER

*Das Auschwitz Album. Die Geschichte eines Transports. Hrsg. i. A. der Gedenkstätte Yad Vashem von Israel Gutman und Bella Guttermann. Wallstein Verlag, Göttingen 2005. 277 Seiten, ca. 250 Abb., 39 Euro*

## Biografische Fundgrube

Dieses dicke Buch ist ein Faktenspendersondergleiches. Was Hermann Weber und Andreas Herbst zusammengetragen haben, ist für alle, die sich schon einmal mit dem Problem beschäftigen mussten, Daten über kommunistische Funktionäre aus der Weimarer Zeit bzw. für 1933 bis 1945 zu ermitteln, äußerst hilfreich. Einem kurzen Abriss zur Geschichte der KPD und dem Führungskorps der Partei in der Weimarer Republik und im Widerstandskampf gegen die Faschisten folgen 1400 Biografien führender deutschen Kommunisten. 400 von ihnen kamen in den 30er und 40er Jahren ums Leben, davon 178 im sowjetischen Exil. Wieviel intellektuelle Ressourcen dabei vernichtet wurden, wieviel menschliches Leid sich dahinter verbarg, ist kaum zu ermessen. Viele dieser Biografien werden

erstmalig präsentiert, und die Leistung der Verfasser, die viele der jahrelang verschütteten Daten, zum Teil aus Archiven, die lange gesperrt waren, freischürften, ist nicht hoch genug zu würdigen. Leider stören viele Detailfehler. So fehlt zum Beispiel bei Franz Jung der Hinweis, dass er im Exil in den USA mit dem kürzlich verstorbenen Günter Reimann zusammenarbeitete. Und Horst Schumann war bis 1989, nicht 1983, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig. Im Anhang werden Daten zu den Parteitag, Parteikonferenzen, Abgeordnetenlisten usw. nachgereicht.

• CLAUS BAUMGART

*Hermann Weber / Andreas Herbst. Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 – 1945. Karl Dietz Verlag Berlin 2004. 992 S., 49,90 Euro*

## „Blaue Reihe“ fortgesetzt

Der Verband für internationale Politik und Völkerrecht e. V. hat jetzt das Heft 2 der Schriftenreihe zur internationalen Politik – auch „Blaue Reihe“ genannt – herausgegeben. Botschafter a. D. Hans-Georg Schleicher titelt seine Sammlung von Vorträgen, wissenschaftlichen Essays und Zeitungsartikeln „Der Süden Afrikas: Befreiungskampf und Globalisierungsdruck“.

Schleicher, der viele Jahre als DDR-Diplomat im Süden Afrikas und bei den Vereinten Nationen tätig war, reflektiert die postkoloniale Entwicklung Simbawes, die Interessenlage der Afrikapolitik der DDR und die deutsch-namibischen Beziehungen. Große Aufmerksamkeit widmet der Autor den Exilerfahrungen der neuen Eliten im Übergangsprozess Südafrikas, gesellschaftspolitischen Vorstellungen und der politischen Kultur. Nicht ausgeblendet werden das Schicksal der Kindersoldaten, Massengräber, Aids, Elend und Hunger, verspätete Dekolonisierungskonflikte und Bürgerkriege. Das Heft ist über den *Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V.*, Wilhelmstr. 50, 10117 Berlin, Tel./Fax 030-27863353 zu beziehen.

• FKH

Sachsen, Thüringen und Anhalt um 1900 in faszinierenden Ballonaufnahmen  
240 Seiten mit 110 ganzseitigen Fotografien  
ISBN 3-937146-20-2  
19,90 €  
Lehmstedt Verlag Leipzig

Lesungen zur Buchmesse

Der NORA Verlag und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. laden ein:

Donnerstag, 17. März 2005, 19.00 Uhr:  
Wolfram Adolph liest aus seinem Roman „Chinafieber“.  
Ein junger Deutscher geht 1930 nach China, um wirtschaftliche, politische und militärische Beziehungen zwischen Deutschland und dem Reich der Mitte zu befördern. Seine Pläne scheitern. Er bleibt bis zum Jahre 1945 und kann am Ende nur noch sein Leben retten.  
Ein spannender historischer und zugleich aktueller China-Roman.

Sonnabend, 19. März 2005, 11.00 Uhr:  
Jannek Streber stellt seine Doppelbiografie „Zwischen Aufbruch und Auflehnung“  
Zwei Generationen in Deutschland, 1903 – 1990 vor. Die Geschichte der KPD, darunter der Hamburger Aufstand und die Wittdorf-Affäre sowie die Entwicklung der DDR bis zu ihrem Untergang werden mit den Biografien von Vater und Sohn z.T. schmerzhaft hinterfragt.  
Ein Teil unserer Geschichte, der nicht ausgeblendet werden darf.

Ort: In der Harkortstr. 10, 04107 Leipzig

NORA Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide  
Torstr. 145 • 10119 Berlin  
Tel: 030 20454890 • Fax: 030 20454891  
E-mail: kontakt@nora-verlag.de  
Web: www.nora-verlag.de

Was will die NPD? Ein Aussteiger berichtet

Jan Zobel kennt die NPD gut. Er war einmal ihr Mitglied und in Hamburg gar Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten. Er sagt: Diese Partei bläst zum Frontalangriff auf die Demokratie. Sachsen könnte in dieser Schlacht der Brückenkopf sein – wenn es uns nicht gelingt, die Neonazis zu stoppen. Für diese Auseinandersetzung liefert er Fakten und Argumente.

176 S., brosch., mit Fotos, 9,90 €  
ISBN 3-960-01063-9  
www.edition-ost.de



Der Rezensent dieses Buches steht vor einem Dilemma. Wollte er die Handlung des Romans beschreiben, wenn auch in aller Kürze, die verschlungenen, durch alle Bereiche der Realität – heutiger und vergangener, realer und mythischer – führenden Wege der Hauptgestalt, dieses Daniel Abesser: der ihm zur Verfügung stehende Raum wäre im Nu aufgebraucht, ohne dass etwas Wesentliches gesagt wäre. Es ist ja nicht damit getan nachzuzeichnen, wie der Journalist Abesser bei einem von drei Geheimagenten des Mossad – die aber eigentlich Engel sind und im Auftrag Jahves handeln – herbeigeführten Flugzeugabsturz ums Leben kommt, durch ein geheimnisvolles Totenreich geführt wird, in dem er sich mit den unwahrscheinlichsten Erlebnissen und Begegnungen konfrontiert sieht und schließlich wieder ins Leben zu seiner geliebten Frau Ribka zurückkehrt. Oder aber: Sollte der Rezensent versuchen, wenigstens andeutungsweise den Radius der hier durch Personifizierung, Anspielung oder Zitat aufgerufenen Kulturkreise, kunstgeschichtlichen Perioden, Mythen der Menschheit und historischen Ereignisse auszusprechen? Es würde ihm nicht gelingen, es sei denn, er wollte seinen Bericht zu einer Dissertation ausweiten. Obwohl es ja wichtig wäre, denn es liegt durchaus in meiner Absicht, diesem Buch mit dem absonderlich klingenden Titel, der manchen irritieren wird, Leser zu gewinnen, also Neugier zu wecken. So seien denn wenigstens einige Gestalten genannt, die hier auftreten: Von Jesus Christus und Judas Ischariot geht es weiter zu dem Dante der Göttlichen Komödie und dem Goethe des Faust, zu Heinrich Schütz und jenem Estebanillo González, dessen Schelmenroman Fries seinerzeit übersetzt hatte, bis in unsere Zeit, denn da begegnet Abesser dem kommunistischen Renegaten Arthur Koestler mit dem Genossen Rubaschow aus seinem berühmten Roman *Sonnenfinsternis*, aber auch Erich Maria Remarque und Marlene Dietrich, Robert Musil und Hermann Broch, den Herren Leverkühn und Schildknapp aus Tho-

der Hund von bedrohlichem Körperbau stürzte aus der Tür der Hütte, als Alercon den Fuß auf den Boden setzte. Der Hundefänger streichelte ihn und nahm ihn wie ein Kind in die Arme, wobei er das Vieh auf unser Erscheinen aufmerksam machte, so daß uns nur ein warnendes Knurren empfing ... Was dich betrifft, Itzig, sagte er zu mir, und mit einemmal hatte er eine Pistole in der Hand, so betrachte dich fürs erste als mein Gefangener, und als solcher teilst du den Verschlag dort mit einem Hund. Und einen besseren Wächter kannst du dir nicht vorstellen ... Und dies mir. Der Hund kam und ging durch ein Loch in der Bretterwand der Hütte. Die Hütte war ein Verschlag, groß

mas Manns Roman *Doktor Faustus*, Oskar Matzerath aus Günter Grass' *Blechtrommel*, Stephan Hermlin ebenso wie Anna Seghers und Stefan Heym; es fehlen nicht James Bond, die Jazz-Idole Satchmo und Miles Davis – das erstreckt sich bis zu den Akteuren einer TV-Serie à la Big Brother mit dem verführerischen Titel *Garten der Lüste*.

Dem wollen und können wir hier nicht weiter nachgehen. Von Abesser wird das alles als Panoptikum, als höherer Jux erlebt, und in der Tat hat man hier ein ausgelassenes, farbensprühendes Fantasiestück vor sich, das seinesgleichen sucht. Wer die früheren Bücher von Fries kennt, weiß, dass er hier in seinem ur-eigensten Element ist. Man hat es mit einer neuen Variante des Schelmenromans zu tun, einem Genre, dem Fries seit seinem Erstling, dem Roman *Der Weg nach Oobliadooh*, zugetan ist. Vieles hat hier einen doppelten Boden, wird gewissermaßen mit Augenzwinkern erzählt. Die im Titel zitierte Maschine des alttestamentarischen Propheten Hesekiel etwa: Ist sie nun wirklich ein Vehikel, das die tiefsten Fragen der Beziehungen zwischen Mensch und Gott berührt, wo sie doch einigen als ein Müllwagen modernster Technik oder als Rollstuhl in einer krankenkassenfreundlichen Version erscheint?

So weit, so gut. Aber der Roman hat auch viel mit dem hier und heute, unserer Zeit, zu tun. Da ist zunächst der Autor Fries, der in doppelter Gestalt diese epische Welt durchwandert. Einmal als der junge Abesser, Sohn eines Ministers der DDR, der diesem Staat den Rücken kehrt,

sich eine jüdische Identität zulegt und nun als Kriegskorrespondent für das israelische Fernsehen durch die Welt reist. Dann aber auch als jener Dr. Alexander Retard, der einem schon in früheren Romanen Fries' begegnet war. Hier erscheint er, alt und gebrechlich geworden, als eine fast anachro-



nistische Gestalt mit ebenso skurrilen wie liebenswürdigen Zügen. Eine untergegangene Welt wird heraufbeschworen – zu den wichtigsten Schauplätzen der Handlung gehört ein Ort, der symbolhaft für den Terror der Stalinzeit steht, das berühmte Moskauer Hotel „Lux“.

Man hat *Hesekiels Maschine* ein Buch über das Ende der DDR genannt, aber Fries begnügt sich nicht mit einem Rückblick, sondern nimmt auch die Gegenwart, und nicht nur die deutsche, kritisch ins Visier. Durch den gesamten Roman zieht sich die Allgegenwart der „Dienste“: von den drei als Erzengel erscheinenden Mossad-Agenten Itzhak Springer, Uriel Lilienthal und Aaron Spitzer, die das Schicksal Daniel Abessers lenken, bis zu dem Hundefänger Alercón auf der Kanareninsel El Hierro, in deren Nähe das Flugzeug Abessers abstürzt. Und ausgerechnet Arthur Koestler,

ausgewiesener Gegner des Stalinitismus, sagt: „Wir besiegen Stalin und seine Satrapen, und was haben wir heute? Wir haben die Zeit zurückgedreht bis in die Jahre des Manchester-Kapitalismus ...“. Abesser ist keineswegs in einer heilen Welt angekommen – er, von Berufs wegen Augenzeuge fürchterlicher Massaker und Kenner des zynischen Umgangs der Medien mit ihnen, die Wahrheit der Sieger verkündend. Und nicht zu übersehen ist auch die kulturkritische Komponente, die sich durch das Werk zieht. Retard bringt sie auf den Punkt: „Diese ganze Müllentsorgung, die Sache mit dem Recycling: Es ist nicht nur ein Sinnbild für den allgemeinen Zustand einer Gesellschaft, es ist eine Metapher für das, was heute in unserer Kultur geschieht ...“

Der Roman wirft also Fragen auf, die von einer Fundamentales berührenden Auseinandersetzung mit unserer Zeit zeugen – hinter all dem Spielerischen wird ein anspruchsvoller geistiger Entwurf sichtbar. Und er gibt auch eine Antwort: Dieser junge Abesser, der durch ein wahres Labyrinth von Versuchen geführt wird, dem die Rolle eines Propheten in einem neuen Heilsplan zugeordnet ist als „Botschafter des Menschen vor Gott“: Er hält nichts von neuen Utopien, er entscheidet sich für die Liebe, für seine Frau Ribka, sein Hasenkind, sein

Seepferdchen, das er auf seinen Wanderungen durch die höllischen und paradisiischen Gefilde der Unterwelt niemals vergisst. In der Tat erscheint die Liebe als der einzige unbezweifelbare Wert in dieser Zeit chaotischer Umbrüche – eine Botschaft, die ohne jedes Pathos verkündet wird. Die Episoden mit Abesser und Ribka gehören, ungeachtet dessen, dass sie dem Autor Gelegenheit zu sarkastischen Betrachtungen über die Ehe geben, zu den amüsantesten des Buches. Generell ist anzumerken, dass dieser Roman mit dem einschüchternden Titel ein Lesevergnügen der erlesensten Sorte bietet – ein genialisches Opus mit so viel Sinn für Nuancen, mit so viel Geist und Ironie, mit solch einem köstlichen, vom Hintergründigen bis zum Drastischen reichenden Humor. Um auch hier wenigstens ein Beispiel zu nennen: Ein Kabinettstückchen wie jenes, das den Mossad-Agenten Itzhak der Springer, verbannt in eine Hundehütte, in trauter Nachbarschaft mit einem gefährlichen Köter zeigt, macht Fries wohl keiner nach.

• FRIEDRICH ALBRECHT

Fritz Rudolf Fries: *Hesekiels Maschine oder Gesang der Engel am Magnetberg*. Roman. Verlag Das Neue Berlin, 2004. 320 Seiten, 19,90 Euro.

Anzeige

#### Zur Buchmesse: die Eule im Pfeffermühlenclub Veranstaltungen zu neuen Büchern an jedem Messetag!

Donnerstag 18 Uhr Renate Hoffmann mit einem Sack voll Thomas-Mann-Anekdoten  
20 Uhr Ernst Rohlf mit Deutsch-Deutschem  
Freitag 18 Uhr Jochen Hauser liest aus seinem neuen Buch über die «Familie Rechlin»  
20 Uhr Bernd Schirmer liest aus seinem neuen Buch «Der letzte Sommer der Indianer»  
Sonntag 18 Uhr Günter Herft mit Geschichten über Oma, Opa und die ganze Familie  
20 Uhr Wolfgang Schallers Satiren  
Sonntag 18 Uhr Thomas Heubner mit seinem Lach- und Sachbuch vom Trabi  
20 Uhr Klaus Feldmann tritt auf mit Hansgeorg Stengels Sprachaktionen «Wer lernt mir deutsch?»  
www.eulenspiegel-verlag.de

Fritz Rudolf Fries

## Notizen in der Hundehütte

genug, um der Beklemmung zu entgehen, von den Wänden erdrückt zu werden. Ich traute mich nicht, es dem Hund gleichzutun und durch das Loch ins Freie zu kriechen. Das Vieh hätte mich geschnappt und zurückgeschleift, dessen war ich sicher, und so scharrte ich ins weiche Erdreich unter den morschen Dielen mit meinen Händen ein Loch für meine Notdurft. Der Hund trug, wenn er zurückkam, wohl im Auftrag seines Herrn, der mich verhöhnen wollte, ein Körbchen im Maul, darin die gemeinsame Atzung. Er

grabschte sich die Knochen heraus und kippte den Korb um, den Inhalt mir überlassend, und so machten wir uns gemeinsam über den Fraß her, er seine Knochen zerknackend, ich das trockene Brot mit viel Speichel und gelegentlich mit dem faulig riechenden Wasser aus einer Weinflasche aufweichend. Gelegentlich schob ich dem Biest ein Stück Brot hin, das verschmäht wurde, denn meine einzige Chance, dachte ich, sei es, mich mit dem Hund anzufreunden.

Wie aber würde der Hundefänger mit sei-

ner schönen Beute umgehen? Als Staatsangestellter mußte er wissen, daß er über sein Tun und Lassen Rechenschaft geben mußte und man ihn beobachten würde ... Einmal, als ich ihn kommen hörte, steckte ich den Kopf aus dem Loch in der Wand und rief ihn an: Auf ein Wort, Herr Minister!

Er drehte sich wütend um, wie ertappt, piff seinem Hund, der mit einem Satz herbeisprang, und schon spürte ich seinen Geifer an meinem Gesicht und wollte mich so schnell wie möglich zurückziehen. Doch der Hund leckte mir über Nase und Mund und drängte mich sanft zurück, in einer freundlichen Bestimmtheit, die etwas Konspiratives hatte.

Aus: *Hesekiels Maschine oder Gesang der Engel am Magnetberg*

## Lachen bis zum Endspiel

Im Schwank ist alles Uhrwerk und Präzision, bemerkte einst der Kritiker Herbert Ihering. Intendant und Regisseur Wolfgang Engel zeigt uns im Großen Haus die hohe Schule der Comédie Française – feinsinnig, zuweilen grobschlächtig. *Der Floh im Ohr* von Georges Feydeau (1862–1921) hat fast hundert Jahre auf dem Buckel, wirkt jedoch in der geschliffenen Übersetzung von Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek tagesaktuell. Feydeau enthüllt Ehe, Familie und Freundschaft als Ort der Pseudomoral und Karrierechance. Im *Hotel zur zärtlichen Mietzkatze* geht es zu wie im Tollhaus, die Verwicklungen nehmen ihren Lauf. Einladend das Bühnenbild (Horst Vogelgesang) zwischen stilvoller großbürgerlicher Villa und plüschigem Stundenhotel.

Die Leistungen des Ensembles überzeugen. Hervorhebenswert: Michael Schütz als gediegener Versicherungsdirektor und filzschentragernder Hoteldiener. Martin Reik gibt einen herzerfrischenden, Mitleid und Spott erntenden Neffen, der mit seinem Sprachfehler für zusätzliche Verwirrung sorgt. Resolut und von der eigenen Courage überwältigt: Susanne Stein als Madame Chandebise.

Samuel Beckett hat uns mit seinem *Endspiel* ein weiteres Rätsel hinterlassen. Ein Weltuntergangsstück? Jedenfalls wird uns eine Demonstration des Restbestandes Mensch in der Endzeit (Werner Mittenzwei) geliefert. Regisseur Markus

Dietz zeigt uns im *Theater hinterm Eisernen* den blinden und lahmen Hamm und seinen Knecht Clov im Wechselspiel von Abhängigkeit, Tyrannei und verzweifelter Humanität. Beide sind gefangen in einer vom Atomblitz geblendeten Welt, in einem schwarz-grauen Bunker der Unendlichkeit und doch versuchen sie, die absurden Spiele des Lebens wieder in Gang zu setzen. Regiehandschrift und Ausstattung erinnern unwillkürlich an die Inszenierung von Heiner Müllers Quartett: die clowneske Modellsituation, die morbide Harlekiniade; und dies ist kein Zufall, denn Markus Dietz hat auch beim Quartett mit Mayke Hegger (Ausstattung) zusammengearbeitet. Friedhelm Eberle spielt souverän und voller Hingabe den düsteren Hamm. Stefan Kaminsky als sein agiler, genervter Gegenpart Clov: entfesselt, fast bis zur physischen Erschöpfung. Bravo! • D. M.



Endspiel: eine Endzeit-Harlekiade? Friedhelm Eberle als Hamm (li.) und Stefan Kaminsky als Clov

Foto: Schauspiel Leipzig / Rolf Arnold

Nach knapp drei Jahren Abstinenz bietet die Oper Leipzig wieder ein Bühnenwerk Richard Wagners. Weil aber das Geld nicht für eine neue Produktion reicht, wurde Eike Gramss' Inszenierung des „Tannhäuser“ aus dem Jahre 1996 mit den Bühnenbildern Werner Hutterlis für vier Vorstellungen hervorgeholt. Mit Ausnahme Erwin Noacks als Reinmar von Zweter sind alle anderen Partien neu besetzt. Als Dirigent wurde Axel Kober verpflichtet. Für die szenische Einstudierung zeichnet Verena Graubner als Spielleiterin verantwortlich.

Die Impulse der mit viel Beifall bedachten ersten Wiederaufführung gingen vor allem von Wagners Musik aus. Dabei heimste der noch gastweise verfügbare Tommi Hakala als ausdrucksstark singender Wolfram von Eschenbach den meisten Beifall ein. Respekt verdient der an der Württembergischer Staatsoper Stuttgart wirkende Robert Künzli als Tannhäuser für seine insgesamt spannungsgeladene Gestaltung der kraftfordernden Titelpartie. Imposant wirkt James Moellenhoff auch als Landgraf, obwohl sein stimmliches Material mehr Differenzierung ermöglichen könnte. Aus dem eigenen Ensemble sind auch die Partien der Elisabeth mit Majken Bjerno und der Venus mit Cornelia Helfrich überzeugend besetzt. Stanley Jackson als Walther von der Vogelweide und Metodie Bujor als Biterolf lösen ihre Aufgaben achtbar. Nicht zu unterschätzen ist, was sie mit Dan Karlström als Heinrich der Schreiber und Erwin Noack als Reinmar in den groß ausgeführten Ensembles zu leisten haben. Als junger Hirt beeindruckt die russische Gesangsstudentin Anna Lissovskaja mit klarer und frischer Stimme. Mario Schröder sorgte für die Einstudierung des völlig neu besetzten Bacchanals. Nicht

## „Tannhäuser“, „Vogelhändler“ und Heinz Holliger

zuletzt verdient die Leistung des Chores uneingeschränkte Anerkennung. Axel Kober führt Solisten, Chor und das Gewandhausorchester sicher, wenn er auch noch nicht alle Möglichkeiten auszuschöpfen vermochte.

Inzwischen erlebte in der Musikalischen Komödie Carl Zellers unverwüstlicher „Vogelhändler“ in der Regie Karl Absengers eine Neuinszenierung. Für die schuf Tamara Oswatisch vielgliedrige, im Hintergrund auch bergige Spielflächen und zugleich opulente, aber

prachtvollen Orchester für die richtige Stimmung.

Ein Glück, dass für den Titelpart zwei Sänger verfügbar waren. Denn für den indisponierten Michael Heim stand nach dem ersten Akt Hans-Jörg Bock sofort mit Verve zur Verfügung. Beate Gabriel als liebevolle und auch kraftbüstige sein könnende Christel von der Post, Angela Mehling als erheitend überdrehte Baronin Adelaide, Milko Milev als geplagter Baron Weps, Heinz Hartel als leichtsinniger Graf Stanislaus, Folker Herterich und Andreas Rainer als umwerfend komische Prüfungskommission und weitere Akteure erhielten viel Beifall.

Während der umjubelten Ostasienreise des Gewandhausorchesters war am Augustusplatz nur ein Konzert des MDR-Sinfonieorchesters mit Heinz Holliger als dirigierenden Komponisten zu erleben. Der energisch, aber ziemlich grobschrotig gebotenen Sinfonie D-Dur Nr. 104 von Joseph Haydn folgte als selten zu hörendes, von großer Vitalität und Originalität erfülltes Werk „Zwei Bilder“ op. 10 von Béla Bartók. Aus seinem eigenen Schaffen bot der anfangs vor allem als Oboist gefeierte Holliger sein Violinkonzert „Homage à Louis Soutter“. Es lässt in seinen reich differenzierten Klangwirkungen viel vom erschütternden Schicksal des Schweizer Musikers und Malers Soutter ahnen, hält aber über die Distanz einer guten Dreiviertelstunde nicht durchweg Spannung. • WERNER WOLF

**Viel Kraft und Gesundheit für unseren WERNER WOLF zum 80.**

**So jugendfrisch, wie du mit dem Fahrrad in die LN-Redaktion preschst, um deine neueste Rezension abzuliefern und dich über die Leipziger Musikszene zu freuen oder aufzuregen, da ist uns nicht bange: Du machst die 100 voll! Deine Freunde von LEIPZIGS NEUE**

auch Distanz fördernde Kostüme. Der zum wiederholten Male gastierende Karl Absenger weiß inzwischen, was er mit so spiel- und freudigen Gruppen wie Chor, Extrachor, Ballett, Komparserie und natürlich mit den Solisten der MuKo anfangen kann. Dazu sorgt Roland Seiffarth, der als Dirigent sowohl die umfangreichen Ensembles als auch die kleinen Nuancen großartig auszuformen vermag, mit ihnen und seinem

Von **MICHAEL ZOCK**

Die eiserne Zellentür knallt zu. Eine mädchenhafte Frau nimmt die Hände vom Gesicht. Ihr einsamer Aufschrei trifft den Kinogänger ins Mark. Er erwartet diesen Ausbruch nach dem Martyrium bei der Gestapo schon längst. Der neue Film des Regisseurs Marc Rothemund „Sophie Scholl – Die letzten Tage“ setzt aber auf ganz andere Töne, inszeniert die unlängst aufgefundenen Vernehmungsprotokolle als intellektuelles Duell. Wörtlich verbürgt und mit Julia Jentsch (Sophie Scholl) und Alexander Held (Vernehmungsbeamter Mohr) überzeugend besetzt. Da packt es einen richtig. Man fühlt sich als Zeuge in dieser Sache. Leider treffen die späteren, wichtigen Münchner Gerichts- und Gefängniszenen diese Genauigkeit nicht. Sie provozieren eher Widerspruch. Sophie Scholl

## FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

### Der Schrei der Sophie Scholl

**Widerstand, Paragrafen und ein Minister**

trifft beispielsweise im dortigen Gestapo-Quartier nur auf Menschen, die sich von der Zellengenossin bis zum Wachpersonal in Wort und Tat mehr oder weniger als Sympathisanten zu erkennen geben. Selbst im Verhandlungssaal senkt das bestellte uniformierte braune Publikum die Köpfe, als die dem Tode Geweihten letzte mahnende Worte sprechen. Der Film suggeriert also mitfühlende Nazis mit angeblichen Vaterlandsverrätern anno 1943 in München. Das ist histo-

risch nicht haltbar. Somit haben gerade diese Filmszenen ein Problem. Sie beschönigen heute die Verhältnisse im gestrigen Deutschland.

Diese neueste, nunmehr dritte deutsche Filmproduktion über die „Weiße Rose“ bekam deshalb Beifall (für die Hauptdarstellerin) und Buhrufe (für die Regie) auf der BERLINALE. Theaterschauspielerin Julia Jentsch wird nach der Verleihung des Bären hoffentlich die Kraft besitzen, oberflächlichen

Verführungen und schnellem Ruhm der Branche zu widerstehen. Nach den vielen Interviews, die die „Ernst Busch“-Hochschulabsolventin mit Bravour und Zurückhaltung bewältigte, ist es ihr zuzutrauen.

An dieser Stelle eine notwendige Reprise: Gar nicht so bravourös ging die alte Bundesrepublik mit dieser Widerstandsthematik um. Michaels Verhoevens noch nicht vergessener Spielfilm „Die weiße Rose“ erreichte 1982 zwar das Publikum in der BRD und ein Jahr später auch in der DDR, aber die Ministerialbürokratie des damaligen FDP-Außenministers Genscher veranlasste zunächst die Sperrung für die Goethe-Institute im Ausland. Es ist noch heute interessant zu erwähnen, dass Verhoevens – wie es hieß „östliche Sichten“ – die Diskussion über die faschistische Unrechts-Justiz quer durch die Parteien in der BRD neu belebte. Seitenlang behakte man sich damals in den bürger-

lichen Feuilletons. Anlass bot unter anderem ein Satz im Abspann: „Nach Auffassung des Bundesgerichtshofes bestehen die Urteile gegen die WEISSE ROSE zu Recht. Sie gelten noch immer.“ Es folgte eine aufgeregte Bundestagsdebatte. Schließlich die längst fällige Korrektur der Urteile im Jahre 1982! Als Sophie Scholl gab damals Lena Stolze, die Tochter des bekannten Kammersängers Gerhard Stolze, ihr Leinwanddebüt. Sie spielte diese Rolle auch in Percy Adlons „Fünf letzte Tage“. Nach über 20 Jahren trifft nun diese Thematik in neuer Version auf jüngere und ältere Kinogenerationen. Wieder drängen sich Fragen nach dem Gesehenen auf: Was ist Vernunft? Was ist Pflichterfüllung? Wann rebelliert der Verstand? Was ist Mut? Trotz angedeuteter Einschränkungen sollte man sich Rothemunds Film jetzt im Kino ansehen. Aber Verhoevens Arbeit (mit etwas Glück als DVD erhältlich) bietet nach wie vor intensivere Denkanstöße.

**Lieber, verehrter Professor  
Werner Wolf,**

du feierst am 15. März deinen 80. Geburtstag im Kreise deiner Familie, unter Freunden und mit Kollegen aus den Städten deines früheren Wirkens, nicht zuletzt aber auch mit ehemaligen Studenten, Aspiranten und mit den Lesern dieser Zeitung. Uns allen ist es ein Bedürfnis, dir an deinem Ehrentage von ganzem Herzen zu gratulieren. Wir alle wünschen dir in aufrichtiger Verbundenheit alles erdenklich Gute, vor allem aber auch weiterhin eine stabile Gesundheit, viel Freude an der Seite deiner lieben Frau und uns noch so manch anregende Rezension aus deiner Feder.

Aus diesem Anlass sollst du von mir, gewissermaßen stellvertretend für die Redaktion und für viele Leser von Leipzigs Neue, zu deren besten Autoren du seit Jahren zählst, eine kleine Laudatio erhalten mit der wir unserem Autor für seine verlässliche Arbeit danken wollen. Da wir aber alle wissen, wie du darauf in der dir eigenen sprichwörtlichen Bescheidenheit reagieren könntest, soll der französische Moralist La Rochefoucauld bemüht werden, der meinte, dass Bescheidenheit, die Lob abzulehnen scheint, in Wirklichkeit nur der Wunsch sei, noch feiner gelobt zu werden, und um dich nicht in die Rolle eines so unbescheidenen Menschen zu drängen, raten wir dir, dich an diesem Tage einmal öffentlich loben zu lassen.

**D**u wurdest vor 80 Jahren in Grüna, unmittelbar vor den Toren von Chemnitz geboren. Deine Mutter war Handschuhnäherin und arbeitete in Heimarbeit, um ihrer Familie zu jeder Zeit das Gefühl der Geborgenheit geben zu können. Der Vater war Metallarbeiter, später dann im Steinbruch, eine Knochenschinderei im wahrsten Sinne des Wortes, dann in einer Textilfabrik, zuletzt als Gütekontrolleur. Von deinen beiden Brüdern starb einer schon während der Hungerepidemie im 1. Weltkrieg, genauso wie die Söhne deines Onkels.

Mit dem Blick auf die Arbeitswelt und ihre kapitalistischen Grenzen, dem schrankenlosen Überfluss auf der einen und der Arbeitslosigkeit und bitteren Armut auf der anderen Seite, konntest du in deinem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus schon frühzeitig begreifen, dass die Arbeit ihren Sinn für den Menschen und eine ihm gemäße Lebensweise erst dann erhält, wenn alle Bedingungen umgestoßen werden, unter denen die Menschen unterdrückt, erniedrigt und unfrei sind.

Ich glaube, dass dich die Grundständigkeit deiner Eltern, ihre Liebe zu euch Kindern, ihre ehrliche, aufrichtige und stets verlässliche Haltung entscheidend geprägt haben und es deshalb zu deiner Lebensphilosophie gehört, dass man immer zuerst arbeitet, um zu leben, dann aber kann man auch leben, um zu arbeiten.

Dein Vater entdeckte deine Liebe zur Musik und obwohl im Haushalt mit Wenigem ausgekommen werden musste, sorgte er dafür, dass du als Achtjähriger dein erstes Klavier bekamst. Es kostete damals 300 Mark. Einhundert Mark entnahmen deine lieben Eltern ihrer sogenannten „Eisernen Reserve“, die nächsten steuerte dein Onkel bei, der als Werkmeister in den Chemnitzer Wanderer-Werken etwas besser verdiente und die restlichen 100 Mark wurden dann in zehn Monatsraten abgestottert. Mit Hilfe deiner Cousine, die deine erste Klavierlehrerin wurde, vorwiegend aber autodidaktisch, hattest du es 1943 soweit gebracht, dass du während eines Kuraufent-

halts in Bad Elster am Klavier eine dort auftretende Künstlerin begleiten konntest. Es musste schon recht passabel gewesen sein; denn man wollte von dir wissen, wo du Musik studierst.

**E**igentlich wolltest du Lehrer werden, wurdest aber am Lehrerseminar abgelehnt. Der Not gehorchend, begannst du eine kaufmännische Lehre in einer Eisenwarenhandlung. Das war zwar nicht das, was du dir unbedingt gewünscht hattest, aber du trafst auf einen Chef, der kulturell interessiert war und dein musikalisches Interesse nicht gleichgültig gewesen ist. Dankbar erinnerst du dich daran, dass du von ihm deine erste Theaterkarte zu einer Wallensteinaufführung bekamst. Er schenkte sie dir und gab dir frei von der Arbeit, damit du dich auf diesen Theaterabend vorbe-

an das Musikwissenschaftliche Institut der Hochschule unter Hermann-Christian Wolf, das du 1953 erfolgreich abgeschlossen hast. Nunmehr standen dir nach 7-jährigem Studium alle Tore in das Berufsleben weit offen. Aus Weimar hatte sich Hans-Michael Richter gemeldet, der dich im Auftrage des Weimarer Intendanten Karl Kayser als Operndramaturg an das Deutsche Nationaltheater holen wollte. Die LVZ, für die du in den Jahren deiner Studienzeit schon geschrieben hattest, bekundete nachhaltig ihr Interesse an dir und auch deine altehrwürdige Hochschule unter Prof. Rudolf Fischer war weiter an dir interessiert.

Den Ausschlag zugunsten der damaligen LVZ gab sicherlich damals dein mutiger Beitrag zum 150. Geburtstag Albert Lortzings. Er war das Ergebnis einer sorgfältigen Recherche und weitreichender

später auch Ferdinand May in seiner Rolle als Operndramaturg und dann auch Joachim Herz, mit dem es anfangs auch so manche Auseinandersetzung gegeben hatte. Erinnerung sei hier nur an die dramatischen Diskussionen zu den „Meistersingern“ anlässlich der Leipziger Operneröffnung. Du wurdest beurlaubt, von Karl Kayser mit Hausverbot belegt und setztest dich trotzdem wieder durch, weil du mit der dir eigenen schlüssigen Logik deutlich machen konntest, dass es dir eigentlich immer um die Sache ging und dir kleinliche Grabenkämpfe zuwider waren. Zwischenzeitlich hattest du die Berliner Idee von der Musikakademie aufgegriffen und an der Leipziger Volkshochschule einen sehr gut besuchten Zyklus eingerichtet. In der Lohengrindebatte in Leipzig schließlich konntest du Herz für deine Positionen gewinnen. Er

## Werner Wolf wird 80



Foto: Märker

reiten konntest.

Dein gewachsenes Selbstbewusstsein führte dazu, dass du dich an der Dresdner Musikhochschule für den Studiengang der Kapellmeisterlaufbahn beworben hast. Du wurdest abgelehnt. Deine Bewerbung am Leipziger Konservatorium aber wurde positiv beschieden. Nach einem Klaviervorspiel und der bestandenen Theorieprüfung, auf die dich Paul Kurzbach aus dem heimatlichen Grüna vorbereitet hatte, warst du dann unter jenen 360 Studenten, die im Herbstsemester 1946 ihr Studium beginnen konnten. Zu deinen Mitstudenten gehörten Kurt Masur, Günter Kootz, Siegfried Stöckigt, Klaus Schilde und viele andere mehr. Von Masur weiß ich um eure hohe Studienmoral. Ihr habt in Zeitungspapier eingepackte Briketts mit an die Hochschule gebracht, damit geheizt werden konnte, und kein Unterricht ausfallen musste; denn der Winter von 1946/47 war einer der strengsten in den letzten 100 Jahren. Dein Klavierlehrer war Otto Goldhammer, dein Hauptfach an der Hochschule in Leipzig aber wurde die Klarinette, die du unter dem unvergessenen Willy Schreinicke studiert hast, der ja bis 1952 auch Gewandhausorganist war. Im Jahre 1951 hast du dein Examen mit Bravour bestanden, das führte dich ganz folgerichtig in ein zweijähriges Zusatzstudium

Schlussfolgerungen, die aber vom Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR vehement abgelehnt und zurückgewiesen wurden; für die LVZ sprach auch, dass sich die damals verantwortlichen Chefredakteure Georg Stibi, später dann auch Hans Teubner und der Kulturredakteur Werner Krecek über gängige Klischees und Vorurteile hinwegsetzten. Sie nahmen keinen Anstoß daran, dass du nach einer zwischenzeitlichen CDU-Mitgliedschaft nunmehr als Parteiloser das LVZ-Kollektiv Musikkritik leiten solltest. Trotzdem begann dann dort erst einmal alles mit einer Bewährung im Frühjahr 1954, weil du dich während der Ereignisse um den 17. Juni 1953 nicht revolutionär genug verhalten hattest, mit einer Stelle im Archiv der Zeitung. Deine Rezensententätigkeit aber konnte das nicht aufhalten. Diese Arbeit, bei der im Laufe der Jahre Beruf und Hobby so innig ineinander verschmolzen, war in den Anfangsjahren von vielen, oft auch unsachlichen Auseinandersetzungen bestimmt. Wie wohlthuend war es da, dass in dieser Zeit besondere Menschen an deiner Seite standen, und sie deinen Weg nicht nur kritisch, sondern auch wohlwollend begleitet haben. Zu ihnen gehörte der feinsinnig sensible Georg Trexler, aber auch Pfarrer Ludwig Kirsch, Hans-Joachim Rotzsch,

dankte dir das, indem er dir für deinen Diskussionsbeitrag auf der Internationalen Theaterkonferenz in Leipzig seine eigenen Regieunterlagen zu Verfügung stellte. Aber auch die Anfangsjahre mit dem alten Studienkollegen Masur waren alles andere als leicht. Verglichen mit Konwitschny war sein Beethovenzyklus von dir kritisch besprochen worden. Masur sah darin damals einen Frontalangriff.

Später hat sich dann auch mit ihm ein entspanntes Verhältnis von Geben und Nehmen entwickelt, vor allem auch, weil die Interpreten, Regisseure und Dirigenten spürten, dass du Musik immer in ihren eigenständigen großen Zusammenhängen gesehen hast und dein Toleranzverständnis frei war von allen Eitelkeiten eines naturgemäß umtriebigen Kunstbetriebes.

**Ü**ber Vieles könnte man hier noch berichten, vor allem über deine Forschungsarbeit zu Richard Wagner, über deine Arbeit für die Wagnerianer, aber vor allem über deine Arbeit mit jungen Leuten. Frühere Studenten von dir loben deine Hartnäckigkeit, aber auch deine Geduld, deine Anteilnahme am persönlichen Werden des Einzelnen wie auch dein Einsteigen für sie. Zu denen, die gern mit dir gearbeitet haben, gehörte Martin Krumbiegel, dem du schon zu DDR-Zeiten mit einem ganz persönlichen Gutachten einen Studienaufenthalt bei Helmut Rilling in Stuttgart ermöglicht hast oder auch Renate Herklotz vom Gewandhaus, die damals von Anselm Perten aus Rostock nach Leipzig kam, weil sie bei dir promovieren wollte. Für den nächsten Lebensabschnitt wünschen wir dir, lieber Werner, dass dir alle deine Gaben, die dich so liebenswert machen, erhalten bleiben: dein kritisch abwägender Verstand, deine erprobte Humanität, deine Treue zu den gemeinsamen unzerstörbaren Idealen. Wir umarmen dich und wünschen dir Gesundheit, Lebensfreude und Erfolg in allen deinen produktiven Unternehmungen.

Dein Kurt Meyer

Der 90. Geburtstag von Prof. Dr. Dr. h. c. Josef Schleifstein am 15. März ist uns Anlass, an einen Weggefährten zu erinnern, der durch seine bescheidene Art, universelle Bildung, sein musikalisches Interesse beeindruckte – ein begabter Intellektueller und Theoretiker. Seine Vita wurde geprägt durch die Wirren seiner Zeit, denen er als Marxist die Stirn bot und damit die Geschichte als gründlichen Lehrmeister begriff. Jupp Schleifstein wurde in einer jüdisch-polnischen Familie in Lodz geboren. Seine Mutter und sein Bruder wurden Opfer des Holocaust. Seit Ende 1918 lebte die Familie in Leipzig. Hier besuchte er die Volksschule und das Realgymnasium. Schon als 15-Jähriger galt sein Interesse der Politik, Geschichte und Philosophie. Er wird 1931 Mitglied des KJVD und 1932 der KPD. Bald richtete sich der nazistische Rassen- und Kommunismehass gegen den antifaschistischen Widerständler, der am 1. November 1933 in die Fänge der Gestapo gerät und fast zwei Jahre im Zuchthaus Waldheim verbringen musste. An das erhoffte Studium an der Musikhochschule war nicht mehr zu denken. Der „Schutzhaft“ folgte seine Ausweisung. Es begannen die Jahre der Emigration. In

# Marxist und Humanist

Erinnerung an Jupp Schleifstein zum 90. Geburtstag

England arbeitet er in einem Flugzeugwerk, vertrat als Betriebsrat seine Kollegen. In der Leitung der KPD-Emigranten-gruppe und ihrer Schulungskommission wirkte er zusammen mit Jürgen Kuczynski, Alfred Meusel und Kurt Hager. Jupp Schleifstein knüpfte Bekanntschaft zu zahlreichen britischen Kommunisten, wie Harry Pollitt, Palme Dutt, John Gollan und John Desmond Bernal. Die hierdurch erlebte angelsächsische marxistische Tradition hatte bedeutenden Einfluss auf ihn und verdichtete sich bei ihm zu einem klassischen Marxismus, als dessen Repräsentant er später in der westdeutschen Linken, aber nicht nur dort, galt. Erst im Oktober 1946 wurde ihm die Heimkehr nach Deutschland gestattet, wo er bald als Redakteur und Sekretär des Parteivorstandes der KPD agierte. Aber bereits 1951 verlor er wegen mangelnder Distanz zum „Titoismus“ und als „Westemigrant“ seine Ämter. Im Dezember nahm er am Franz-Mehring-Institut (FMI) der Leipziger Universität die Lehrtätigkeit auf. Trotz des erlittenen Unrechts

betrachtet er es als Glück, sich nun der wissenschaftlichen Arbeit zuwenden zu können, die ihm als Autodidakt bisher versagt geblieben war. Es war zugleich ein Glücksfall für die Studenten und den Lehrkörper, da er den Marxismus von seinem humanistischen Kern darlegte und bestrebt war, die einseitigen Stalinschen Interpretationen des Marxismus-Leninismus zurückzudrängen. Auch nach seinem Ausscheiden blieb er dem FMI verbunden.

1976 wurde ihm für sein Gesamtschaffen die Würde eines Ehrendoktors der Karl-Marx-Universität verliehen. Auf dem Gebiet der Forschung war es ihm ein besonderes Anliegen, das durch Stalin verzerrte Bild über Franz Mehring und Rosa Luxemburg zu korrigieren und die deutsche Linke von beleidigender Unterstellung des Menschewismus zu befreien. Aus seiner Dissertation erwuchs 1959 die Monographie „Franz Mehring – sein marxistisches Schaffen“. Das war zugleich die Overtüre für die Edition einer 15-bändigen Ausgabe von Mehrings Schriften zusammen mit



anderen Historikern. Daneben erschienen Publikationen zur Geschichte, zum Zeitgeschehen, zur Staatstheorie, zur Philosophie. Seine Bibliographie verzeichnet etwa 180 Titel. Nach seiner Rückkehr in die BRD 1968, ist er an der Konstituierung der DKP als Mitglied des Parteivorstandes beteiligt. Die 68er Bewegung begleitet er als gefragter Redner und Diskutant. Am 5. Dezember 1968 gründet er das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt a. M.,

dem er als Leiter und Mitarbeiter bis zu dessen Ende 1990 verbunden blieb. Damit brach eine neue Schaffensperiode für ihn an. In ihrem Zentrum standen: Fragen der Geschichte und Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung; Probleme von Ideologie und Arbeiterklasse; Fragen der Strategie und Taktik. In ihm lebte auch hier die Einheit von Wahrheits- und Veränderungsanspruch. Daraus resultierte die Bindung zu Marxisten wie W. Abendroth, W. Fabian, W. F. Haugk u. a. Daneben bezog er junge marxistisch orientierte Intellektuelle in die Arbeit des IMSF ein. Auskunft darüber gibt die Festschrift zu seinem 65. Geburtstag – „Marxismus und Arbeiterbewegung“. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus und die Krise der europäischen Linken trafen ihn schwer. Der „geschichtliche Lehrmeister“ machte jede Selbstberuhigung hinfällig. Die Niederlage begreifen, neue Hoffnungen zu schöpfen, Perspektiven einer neuen Linken und eines demokratischen Sozialismus zu entwickeln, bestimmten seinen letzten Lebensabschnitt bis zu seinem Tode am 24. Juli 1992. Vieles blieb aus Jupp Schleifsteins Lebenswerk bruchstückhaft und harrt darauf, erschlossen zu werden.

• HELMUT ARNDT

Vor zehn Jahren, am 30. März 1995, verstarb der marxistische Philosoph Wolfgang Harich. Der am 9. Dezember 1923 in Königsberg Geborene war 1944 von der faschistischen Wehrmacht desertiert und lebte illegal in Berlin, wo er in die Arbeit einer Widerstandsgruppe einbezogen war. Wolfgang Harich war einer der Ersten, mit dem die Ulbricht-Gruppe Kontakt aufnahm, hergestellt durch Wolfgang Leonhardt. In den ersten Nachkriegsjahren – er war Mitglied der KPD und später der SED geworden – ist er persönlicher Referent des Präsidenten der Kammer für Kulturschaffende, Paul Wegener. Neben der Fortsetzung seines Studiums (Philosophie und Literaturwissenschaft), wird er Theater- und Literaturkritiker. Sein Stil, als „temperamentvoll und scharf, locker polemisch-ätzend“ bezeichnet, findet nicht nur Zustimmung, sondern auch eine öffentliche Ohrfeige der berühmten Käthe Dorsch. Bereits ab 1948 als Lehrbeauftragter tätig, ist er von 1951 bis 1954 Dozent für Philosophiegeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin (HUB). Seine Vorlesungen sind überfüllt, während die von Kurt Hager, den er als „Unterdrücker marxistischen Denkens“ bezeichnet, als langweilig empfunden werden und schließlich ein unruhliches Ende finden. Nebenberuflich ist er Mitherausgeber der Deutschen Zeitschrift für Philosophie und zugleich stellvertretender Cheflektor des Aufbau-Verlages,

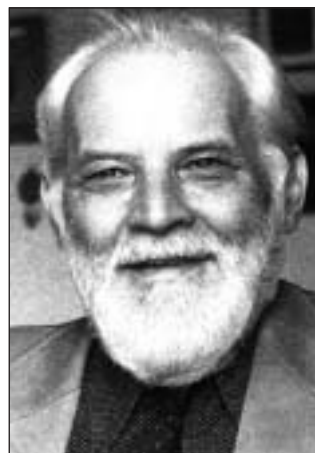
# Kämpferischer Philosoph

Vor zehn Jahren starb Wolfgang Harich

dessen festangestellter Cheflektor er 1954 wird. Seine leidenschaftlich vertretene Auffassung über Hegel – „Ich lasse mir auf meinen Hegel nicht scheißen!“ – und die klassische deutsche Philosophie generell, die sich im krassen Widerspruch zur Stalinschen Auffassung befindet, löst eine breite Hegel-Debatte aus. Ihm jedoch wird der „Gegensatz zu Stalin“ angekreidet und eine „Überheblichkeit gegenüber der Sowjetunion“ vorgeworfen, was zu einer Parteistrafe führt. Doch Wolfgang Harich bleibt auch weiterhin bei seiner Auffassung im Widerspruch zur Lehrmeinung des Philosophischen Instituts der HUB, an der er bis 1954 tätig ist. Durch seine Haltung in der Hegel-Debatte, so meinte schon damals mancher DDR-Philosoph, erwies sich Wolfgang Harich als Philosoph aus echtem Schrot und Korn. Und Siegfried Prokop urteilte: „Allein diese Leistung hätte gereicht, ihm einen geachteten Platz in der deutschen Philosophiegeschichte zu sichern.“ Die Zuspitzung der innenpolitischen Situation der DDR veranlasste Wolfgang Harich, in einem an Otto Grotewohl gerichteten Brief vom 2. Juli 1953 eine radikale Veränderung der Kulturpolitik zu fordern. Im September desselben Jahres unter-

breitet er „Vorschläge zur Verbesserung der Presse in der DDR“. Auf seine Initiative und die von Ernst Bloch und Georg Klaus findet im März 1956 in der Akademie der Wissenschaften die hochkarätig besetzte Konferenz „Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus“ statt, die darauf zielt, nach dem XX. Parteitag der KPdSU eine philosophische Neubestimmung der internationalen Linken in Gang zu bringen und auf der Wolfgang Harich den vielbeachteten Vortrag „Das Rationelle in Kants Konzept der Freiheit“ hält.

Dem folgte seine Denkschrift „Studien zur weltgeschichtlichen Situation (1956)“, in der er sich dagegen wandte, den Stalinismus auf den Personenkult einzuengen. „Der Stalinismus“, erklärte er, „ist vielmehr ein ganzes System der Verzerrungen der marxistischen Theorie und Praxis“, womit er weit über die Aussagen des XX. Parteitages der KPdSU und der Erklärungen der SED hinausging. Im November 1956 entwirft er die „Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, die erst 1993 der Öffentlichkeit bekannt wird. Diese Plattform sollte einer Entstalinisierung der DDR dienen und war auf die Vorbereitung der demokratischen Wie-



dervereinigung Deutschlands gerichtet. Sofortmaßnahmen sollten die Wahl eines neuen Politbüros, die Umbildung der Regierung und die „Reinigung des Parteiapparates von extremen Stalinisten“ enthalten. Mit Walter Janka, Gustav Just, Paul Merker, Heinz Zöger u. a. plädiert er für den Rücktritt Walter Ulbrichts, an dessen Stelle Paul Merker treten soll. Am 29. November 1956 wird Wolfgang Harich verhaftet, die Verhaftung Walter Jankas und anderer folgt. Im März 1957 wird Harich wegen „Bildung einer konspirativen staatsfeindlichen Gruppe“ zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach einer Amnestie wird er am 18. Dezember 1964 entlassen und arbeitet danach als freischaffender Wissenschaftler.

1987 löst Wolfgang Harich die Nietzsche-Debatte in der DDR aus und arbeitet für die Ökologie- und Friedensbewegung, der er sich ab 1971 zugewandt hatte, 1989 das Programm „Nochmals: Die Grünen der DDR und die deutsche Frage“, das jedoch abgelehnt wird. Am 30. März 1990 hebt das Oberste Gericht der DDR das Urteil gegen Harich aus dem Jahre 1957 auf und verkündet seinen Freispruch. Nach einem kurzzeitigen Engagement für die Gründung einer ostdeutschen Partei, gründet er als Antwort auf die von Rainer Eppelmann geleitete Enquete-Kommission des Bundestages die „Alternative Enquete-Kommission Deutsche Zeitgeschichte“, deren Vorsitz er übernimmt und die über einen 18-köpfigen Vorstand und 28 autonome Arbeitsgruppen verfügt. 1993/94 droht Wolfgang Harich eine Beugehaft, da er sich unter Berufung auf den Einigungsvertrag weigert, gegen einen Richter von 1957 auszusagen. Eine Zwangszuführung durch die Polizei erreicht ihr Ziel nicht, da Ärzte ihm Haftunfähigkeit bestätigen. Es wird eine Geldstrafe verhängt. 1994 wird Wolfgang Harich Mitglied der PDS. Sein überraschender Tod hinterlässt eine schwer zu schließende Lücke. Die Traueranzeige der Alternativen Enquete-Kommission ehrte ihn als „leidenschaftlichen, unbeugsamen Streiter für ein geintees, besseres Deutschland“.

• KURT SCHNEIDER





Von  
**KLAUS  
HUHN**

Viele reden noch immer über die Affäre mit den Fußballschiedsrichtern oder über die Skiweltmeisterschaften in Oberstdorf, die nicht mit dem selbst von Bundesministern erwarteten deutschen Super-Triumph endeten. Ich schreibe heute über Ringen. Nicht etwa eine Verlegenheitslösung: Leipzig will 2007 die Weltmeisterschaften ausrichten und agiert eifrig, nachdem es 2003 schon mal fast so weit war, das Vorhaben aber dann an Querelen scheiterte. Drücken wir also die Daumen für 2007!

Zuvor müssen wir ein paar Stufen in jene Kelleretage hinabsteigen, in der noch immer Kalter Krieg nicht nur gespielt wird. Das Internet-„Ringerforum“ beschrieb den Fall, um den es ging, so: „Sportlich geht es in Luckenwalde stetig bergauf – nur knapp verpasste der 1. LCS letzte Woche die Meisterschaft ... Alles schöne Eintracht also – wo bleibt die Zwietracht? Die darf natürlich nicht fehlen. Und so brachte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) etwas Farbe auf die weiße Weste der Brandenburger. In einem halbseitigen Artikel berichtete die Tageszeitung über die ehemalige Stasi-Tätigkeit von LCS Cheftrainer Roland Gehrke.“

Und damit wären wir schon beim Thema angelangt. Zu erinnern wäre daran, dass am 19. Februar in Luckenwalde der erste Finalkampf zwischen den Staffeln von Luckenwalde und Schifferstadt ausgetragen worden war. Er endete 14,5: 13 für die Brandenburger und deren Anhänger griffen tief in ihre leeren Taschen, um sich

den Trip nach Schifferstadt leisten zu können. Guter Dinge machte man sich auf den Weg und wer an einer Autobahnraststätte auf die Idee kam, sich die FAZ zu kaufen, stieß sehr bald darauf, wie dieses Blatt, das sonst herzlich wenig über Luckenwalde schreibt, den Rückkampf „vorbereitet“ hatte. Eine Kostprobe: „Was noch nicht optimal ist, wird stetig besser.“ Mit diesem Spruch wirbt die brandenburgische Stadt Luckenwalde in ihrem Internetauftritt. In Luckenwalde ist vieles nicht optimal. Zu DDR-Zeiten war das schmucklose

## Sportkolumne Verbotene Ringergriffe

Städtchen südlich von Berlin ein wichtiger Industriestandort. Damals lebten hier rund 27 000 Menschen ... Danach verschwanden die Arbeitsplätze und mit ihnen die Menschen: Nicht einmal 22 000 Einwohner hat die Stadt heute noch, darunter zwanzig Prozent Arbeitslose. ... Die größte Dynamik ... geht derzeit von einer kreisrunden gelben Matte in der Fläminghalle aus. Dort kämpft der Luckenwalder SC (LSC) um die deutsche Mannschaftsmeisterschaft im Ringen und schenkt dem Provinznest ein Gefühl von ‚Wir sind wieder!‘ Und wer sind sie? Just vor dem Finalrückkampf an diesem Freitagabend holt den Cheftrainer des LSC, Roland Gehrke, die Vergangenheit ein. Seit die Birtler-Behörde am Donnerstag die Stasi-Akten des Inoffiziellen Mitarbeiters ‚IM Siegfried‘ zur Einsicht freigab (Aktenzeichen: BStU, MfS. Pdm LW 145), ist Gehrke der Stasi-Spitzelei zwischen April 1977 und Ende März 1988 überführt. ... Seit der Wiedervereinigung stand kein Team

aus den neuen Bundesländern so kurz vor dem Titel. „Der Dank der Ringer, des Sponsors, der Bürgermeisterin gebührt also auch dem Cheftrainer. Gehrke, Weltmeister von 1981 im Freistil und mit Dynamo Luckenwalde elfmal hintereinander DDR-Meister, führte den LSC zum ersten Mal in der Vereinsgeschichte in die Finalkämpfe. Er sollte ein guter Trainer sein. Aber er war auch ein guter IM.“ Und damit sollte ein möglicher Luckenwalder Sieg von vornherein in das richtige Schubfach sortiert werden: Deutscher Meister mit Stasi-Trainer! Der Co-Autor dieses Beitrags, ein gewisser Giselher Spitzer, von dem man sich erzählt, dass er seine Erfahrungen einst bei dem Sender sammelte, der in der Gegend von Andernach stationiert war und sich vornehmlich an die Soldaten der NVA der DDR wandte, wurde vom Internet-„Ringerforum“ gerühmt: „Spitzer kann sich also die Aufklärung eines weiteren Falles auf die Fahnen schreiben.“ (Auf welche Fahne, wird nicht kundgetan ...) Denn: „Spitzer hatte bereits dafür gesorgt, dass Dr. Harold Tünnemann als DRB-Vizepräsident seinen Hut nehmen musste.“

Im Grunde wäre die ganze Affäre kaum eine Zeile wert, weil das Strickmuster inzwischen uralt ist und sich auch längst bis in die letzte Schenke herumgesprochen hat, dass MfS und BND alleweil Informanten angeworben hatten, die sie über die andere Seiten ins Bild setzen sollten. (Der Autor kann das reinen Gewissens beschwören, weil er selbst einmal vom BND in Dienst gestellt werden sollte, aber ablehnte.) Nein, das Bemerkenswerte an dieser Affäre ist nur, dass Spitzer der Öffentlichkeit allen Ernstes weismachen will, die Gehrke-Akte sei am Tag vor dem Rückkampf in Schifferstadt von Frau Birtler gefunden und sogleich „freigegeben“ worden. Nochmal: Das zweite Finale fand Freitagabend statt und am Donnerstagmorgen war man auf die Akte gestoßen ...?

Und das, obwohl viele wussten, dass Roland Gehrke 1996 wegen dieser Akte von der Polizei entlassen worden war ... Blicke nur noch der Ruf: „Sport frei!“

Für Wolfgang Tiefensee war er die „größte menschliche Enttäuschung“ – nämlich der inzwischen 34-jährige Dirk Thärichen, ehemaliger Geschäftsführer der Leipzig 2012 GmbH, gegen den seit dem 27. November 2003 behördlich geprüft wurde, ob er Olympiegelder verschleuderte. Zuerst aber wurde er als Stasimann geoutet, denn im Rahmen seines Wehrdienstes stand der junge Mann wenige Wochen bis zur Konterrevolution mit seiner Knarre vor einem MfS-Objekt Wache. Was allerdings kein Geheimnis war. Er hatte lediglich das Pech, Tiefensees Sympathie zu einem Zeitpunkt errungen zu haben, als kaum jemand ernsthaft an eine Nominierung Leipzigs als deutsche Olympiastadt glaubte. Nun aber besaß der junge Thärichen einen Posten, der ins internationale Rampenlicht geraten war. Da buhlte Sachsens Ministerpräsident mit Leipzigs OBM um Fernsehauftritte, jetzt wollten sich westdeutsche Firmenchefs wie Dr. Oettker oder der in Thüringen abgewirtschaftete Lothar Späth durch Olympia in Szene setzen. Für einen – wenn auch in der BRD voll und ganz angekommenen – Jung-Ossi wie Thärichen war da nur noch der Platz des Bauernopfers übrig. Der IM-Keule allerdings doch nicht so recht vertrauend, mussten im Nachschlag schärfere Kaliber aufgeföhren werden. Und die hießen: undurchsichtiges Finanzgebaren!

Am 24. Februar meldete sich die untersuchende Staatsanwältin per Fax ganz unspektakulär bei Thärichens Rechtsanwalt: „Das ... Ermittlungsverfahren gegen Ihren Mandanten habe ich mit Verfügung vom 22. 02. 2005 gemäß § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung eingestellt.“ Ein Paragraph, der nichts weiter besagt, als dass eine Klage einzustellen ist, wenn

nicht genügend Anlass dafür vorliegt. Unter Dirk Thärichens Leitung ging also das Finanzielle mit rechten Dingen zu. Rechtsens war somit auch die vor allem als verdächtig eingestufte Zahlung von rund 160 000 Euro an die Sport Consulting International GmbH eines gewissen Ivan Radosevic und eines Henner Ziegfeld – eine Forderung, die aus der Zeit vor Thärichen stammte. Aber daraus, so Staatsanwältin Wald in ihrer Pressemitteilung, sei der Olympia-Gesellschaft kein Schaden entstanden. Dass dies so war, liegt an einem immer noch recht ominösen Geldtransfer aus Leipzigs Haushalt in Richtung Leipzig

## Ein Bauernopfer, OBM-Wahl und Nachdenken über Moral

Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen gegen Dirk Thärichen ein

2012 GmbH, den Leipzigs Olympia-Bauftraggeber Burkhard Jung initiiert haben soll, weshalb er kurz nach Thärichen seinen Olympiaposten räumen musste. Er ist immer noch Tiefensees Freund und Vertrauter in politischen wie Glaubensfragen und Beigeordneter für Jugend, Schule und Sport. Diese Zusammenhänge, so bohrt jetzt die Leipziger CDU-Stadtratsfraktion, müssen endlich aufgeklärt werden, denn der Oberbürgermeister könne nicht ewig so tun, als hätte er von nichts gewusst. Da ist den Christdemokraten nicht zu widersprechen.

Zusätzlich pikant das alles angesichts der bevorstehenden Oberbürgermeisterwahlen, zu denen der Amtsinhaber wieder antritt. Vor sieben Jahren war der CDU-Kandidat Peter Kaminski, vom zweitplatzierten PDS-Mann weit abgeschlagen,

auf dem dritten Platz gelandet. Dabei gab es damals noch gar nicht die Skandale um die von ihm als Stadtkämmerer verschobenen Gelder, die Transfers und Eigenwilligkeiten am Stadtrat vorbei (die nichts mit Olympia zu tun haben), die dem Oberbürgermeister ebenfalls verborgen geblieben sein sollen!?

Trotz alledem, Tiefensees Image als strahlender Sunnyboy – der lediglich ein paar Fehler einräumte, von einer „Summe der Ungereimtheiten“ und „unglaublichen Vorgängen mit strafrechtlicher Relevanz“ sprach, die ihn „zutiefst schockieren“ und der den Kult um sich jetzt sogar mit einer Stadtführung zu seinen

Dabei – was diesen „gewissen Ivan Radosevic“ betrifft, über den Thärichen zum Stolpern gebracht wurde, der hatte sich lange vor Olympia die Werbung und das Catering für die Leipziger Messe unter den Nagel gerissen. Leipzig konnte sich diesem Knebelvertrag nur durch einen teuren Vergleich entziehen. Der seinerzeitige OBM Lehmann-Grube erklärte, er werde „nie mehr eine Veranstaltung von Radosevic betreten“, also auch nicht das ATP-Tennisturnier. Genau während eines Tennisturniers aber sah man seinen Wunsch-Nachfolger im Amt, Wolfgang Tiefensee, vertraut mit Radosevic plaudern. Allein über diese Verbindung gäbe es Seiten zu füllen. Seitenfüllend auch die Leistungen, die Henner Ziegfeld als Radosevic's Mitarbeiter, aber auch mit seiner eigenen Agentur für Event-Management-Sponsoring für Tiefensee erbracht hat. Tiefensee will den Mann lediglich als Mitveranstalter eines Tennisturniers kennen. Eine Rechnung vom 10. Mai beispielsweise weist auf eine Besprechung nebst „Arbeitsdinner“ zwischen Ziegfeld und Tiefensee in Leipzig hin (1500 Euro ohne MwSt). Wenige Wochen später stellt Ziegfeld Reisekosten für einen Flug nach Helsinki nebst einer Taxifahrt und ein Bankett Tiefensees mit einem internationalen Sportfunktionär in Rechnung, wie *Die Zeit* recherchierte.

Gewiss, die Staatsanwaltschaft hat auch Ermittlungen gegen Wolfgang Tiefensee aufgenommen. Aber wem würde sie mit juristisch verwertbaren Ergebnissen jetzt noch dienen? Irgendwann wird sie wohl still und leise die Akten schließen. Die Bauernopfer sind schließlich gebracht und Tiefensee, dessen Name Hase ist, ist durchaus noch nützlich. Für wen auch immer.

• MAXI WARTELSTEINER



Lebenstationen bedient – scheint nicht anzukratzen zu sein. Die Menschen sind halt vergesslich. Und das Aussitzen von Finanzskandalen ist in dieser Republik ohnehin Usus. Auch moralische Qualitäten erwartet eigentlich kaum noch jemand von einem Politiker. Siehe oben: Da werden Vertraute schon mal, wenn es der Sache dienlich zu sein scheint, superschnell „als größte menschliche Enttäuschung“ geopfert.

## Eventpolitik statt Bürgernähe

Bei der Leipziger Regionalgruppe der Initiative Christliche Linke sprach kürzlich Dr. Lothar Tippach, Vorsitzender der PDS-Stadtratsfraktion, über kommunalpolitische Visionen, über Städte als Keimzellen der Demokratie und über Bürgernähe und bemerkte dabei kritisch, dass die aktuelle Haushaltplanung wieder ohne die Beteiligung der Leipziger Bürger beschlossen wurde. Die Stadtentwicklung sei geprägt von einer „Festivalisierung“, man gehe von Event zu Event. Alles in allem sei Leipzig Lichtjahre von einer Stadt europäischer Geltung entfernt. Während einer lebhaften, zuweilen auch kontroversen Diskussion musste allerdings auch klargestellt werden, dass die sozialen Probleme der Welt nicht kommunal und also auch nicht von der städtischen PDS zu lösen sind, auch wenn die natürlich zum Ziel habe, die Lebensqualität der Menschen zu fördern.

H. GERATHEWOHL, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.  
Die Redaktion

# Berliner Polizeipräsidium kontra Himmlische Vier

Wird ein Datum verfälscht, um Nazidemo zu ermöglichen?

**LN berichtete in Ausgabe 2 '05 an dieser Stelle bereits über die von Antifaschisten für den 8. Mai geplante künstlerische Aktion „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ in Anlehnung an ein Brecht-Gedicht im bzw. am Berliner Reichstag. Obwohl diese Aktion vier Wochen vor der Nazidemo angemeldet wurde, befürchtet das Berliner Polizeipräsidium eine Überschnidung. Dazu erklärt die beauftragte Rechtsanwältin GABRIELE HEINECKE:**

In den letzten Wochen ist in verschiedenen Presseorganen darüber spekuliert worden, ob und wann für den 7. und 8. Mai 2005 eine antifaschistische öffentliche Versammlung am Reichstag und am Brandenburger Tor angemeldet worden ist. Im Namen des „Verein für die unliterarische Verwendung der Literatur und aussergewöhnliche Brechtvorhaben e.V.“ – einem bundesweit tätigen Aktionsbündnis, das die Tradition der großen Aktionen „Der Anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy“ (1980 und 1990) sowie der „Legende vom toten Soldaten“ (1989) fortsetzt – teile ich mit:

Mit Schreiben vom 4. Oktober 2004 wurde von dem Verein bei dem Polizeipräsidium Berlin, bei dem Deutschen Bundestag und bei dem Bundesministerium des Innern eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel mit Kunstcharakter für den 8. Mai 2005 angemeldet und das Projekt „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ vorgestellt: als die Geschichte des toten deutschen Soldaten des 1. und 2. Weltkrieges, der – längst wieder k.v. erklärt – in Verletzung aller völkerrechtlichen Vorgaben wieder marschiert; als eine von Regierung und Regierten Antworten fordernde Aktion politischer Kunst auf eine als Humanismus verbrämte, nach innen und außen Opfer hinterlassende Politik. Die Aktion ist nicht nur Kunst, sie ruft zur kollektiven Meinungsäußerung gegen diese Politik auf. Die Anmeldung ist damit auch nach dem Versammlungsrecht zu behandeln. Schon in der Anmeldung vom 4. Oktober 2004 ist deutlich gemacht worden, dass die Aktion nicht „ortsfest“ vor dem Reichstag verharren, der (Demonstrations-)Zug vielmehr nach dem Abholen des „toten Sol-

daten“ im / am Reichstag nach Potsdam weiterziehen wird.

Mit Schreiben vom 15. 11. 2004 erfolgte die Angabe der genauen Demonstrationsroute von Berlin nach Potsdam am 8. Mai 2005.

Mit Antwortschreiben des Polizeipräsidenten vom 2. Dezember 2004 wurde mitgeteilt, es liege seit dem 4. November 2004 eine Anmeldung der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) für den Platz des 18. März vor. Da die Bekanntgabe der Demonstrationsroute für das Projekt „DIE HIMMLISCHEN VIER“ erst mit Schreiben vom 15. November erfolgt sei, sei der Aufzug der JN nach dem Prinzip der ersten Anmeldung als vorrangig zu betrachten.

Dies ist nach dem oben Dargelegten unrichtig! Das Recht der ersten Anmeldung liegt – wem gegenüber auch immer – bei der Aktion „Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“.

Am 18. Dezember 2004 meldete der „Verein für die unliterarische Verwendung der Literatur und aussergewöhnliche Brechtvorhaben e.V.“ die Aktion zusätzlich für den 7. Mai 2005 an, „um zu verhindern, dass die JN oder andere neonazistische

Gruppen bei einer Nichtzulassung für den 8. Mai 2005 auf den Vortag ausweichen können“.

Von Vertretern der Presse wurde uns in den letzten Tagen die angebliche Mitteilung aus dem Polizeipräsidium zugetragen, eine solche Anmeldung sei dort nicht bekannt. Die Information ist falsch. Der Polizeipräsident hat auf unsere Nachfrage mitteilen lassen, dass die Versammlungsanmeldung für den 7. Mai 2005 vorliegt. Zitat aus dem Schreiben des Polizeipräsidenten vom 15. 2. 05: „Sie gehen zutreffend davon aus, daß Sie für Ihren Mandanten für den 7. 5. 05 zwei Versammlungsanmeldungen vorgenommen haben.“

**Das Aktionsbüro „DIE HIMMLISCHEN VIER“** bittet um Unterstützung dieses antifaschistischen Projektes, beispielsweise um Stellungnahmen zur Unterstützung des Projektes, die veröffentlicht werden können. Ausstellungsvorlagen auf CD können angefordert werden. Direkte Proteste an: Der Polizeipräsident in Berlin, 12101 Berlin.

**AKTIONSBÜRO „DAS BEGRÄBNIS ODER DIE HIMMLISCHEN VIER“**

Heinz Klee,  
Praunheimer Weg 113; 60439  
Frankfurt/Main. Tel. und Fax:  
069-578446, email: aktionsbue-  
ro@HimmlischeVier.de

Im LVZ-Leitartikel vom 26./27. Februar zählt der Autor zu den Verdiensten des Papstes, dass er den Kommunismus besiegt habe. Da hat er offensichtlich den Wunsch zum Vater des Gedankens gemacht. Abgesehen davon, dass es einer Einzelperson kaum möglich ist, eine ganze Weltanschauung zu besiegen, so ist es auch sachlich falsch. Es existieren bekanntlich immer noch Staaten, deren Fundament genau diese Weltanschauung ist, und sie können sich dabei auf den Rückhalt bei der Mehrheit ihrer Bürger stützen.

## So allmächtig ist der Papst eben nicht

Wenn nun zumindest der Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems als Verdienst des Papstes gewertet wird, dann kann er sich viel darauf einbilden. Was ist denn seither geschehen? Kriege sind wieder Normalität und für die Lösung politischer Probleme „salonfähig“ geworden. Die vielgepriesene Marktwirtschaft stellt sich den Bür-

gern der einstigen sozialistischen Länder nicht als Fortschritt, sondern als Monstrum dar. Sie fühlen sich dem System schutzlos ausgeliefert. Es wird immer deutlicher, dass die ständige Verteufelung des Kommunismus und Beten allein kaum bessere Lebensverhältnisse in den betroffenen Ländern gebracht haben. Zudem – zählen nicht gerade zahlreiche streng katholische Staaten zu den ärmsten Ländern der Welt?

Will oder wollte das alles Johannes Paul II.?

GOTTFRIED FLEISCHHAMMER,  
LEIPZIG

## Matze, UNSER MANN IN MÜNCHEN

**BEZÜGLICH BESCHÄFTIGUNG,** Bevölkerungszahl und Kaufkraft bietet die bayerische Landeshauptstadt die besten Wirtschaftsperspektiven in Deutschland – das jedenfalls geht aus einer Untersuchung des Bad Homburger Wirtschaftsforschungsinstituts Feri hervor, nachzulesen in der Zeitschrift „Capital“ (Ausgabe 2/2005). Münchens Attraktivität beruhe unter anderem auf einer funktionierenden Infrastruktur, hochwertigen Hochschullandschaften, Know-how und effizienten Branchennetzwerken. Rahmenbedingungen, die große und innovative Unternehmen zu schätzen wissen, die durch ihre Präsenz in der Landeshauptstadt zudem eine Sogwirkung auf andere Unternehmen, etwa auf Zulieferer oder Dienstleister, ausüben. Die Studie geht übrigens davon aus, dass das Wachstum in den untersuchten Boom-Städten im Zeitraum bis 2011 im Schnitt bei 18,9 Prozent liegen wird – gegenüber nur 14,3 Prozent im übrigen Bundesgebiet. Der Konzentration der Industrie und der Banken in den Wirtschaftszent-

ren Süd- und Südwestdeutschlands, wie München, Stuttgart und Düsseldorf, stehen die anhaltende Deindustrialisierung und wachsende Verödung ganzer Landstriche im Norden und Osten gegenüber. Die Spaltung der Kommunen in Deutschland in arm und reich nimmt rasant zu. So wird die Wirtschaftsleistung in München bis 2011 um 25 Prozent zunehmen, bei Schlusslicht Schwerin – bei optimistischster Betrachtung – dagegen nur um sieben Prozent. Für eine hemmungslose Gewinnmaximierung machen solche Widersprüche gewiss Sinn.

**ABER DIE KRISE VERSCHONT** selbst das gefeierte „Wirtschaftsparadies“ München nicht. Das Perlacher Werk von Infineon sieht seinem erwarteten Ende entgegen. Etwa 1000 Beschäftigte des Halbleiterherstellers und seiner Zulieferer verlieren wohl ihren Arbeitsplatz. Das Managements begründet dies mit „veralterter Standort“, „zu klein“ und dem ohnehin vorhergesagten Ende der Halbleiterindustrie. Chips als Jobkiller? Oder sind es vielmehr wieder einmal die hoch

bezahlten Top-Manager, denen nichts, aber auch gar nichts eingefallen ist, was das Werk und damit die knapp 1000 Arbeitsplätze gerettet hätte?

Dass schon allein die Nachricht vom Arbeitsstellenabbau genügt, neues Geld in die Kassen zu spülen, beweist wieder einmal die HypoVereinsbank. Die meisten Anleger glauben offenbar Vorstandschef Dieter Rampl, dass die Altlasten „nach menschlichem Ermessen“ nun endgültig bereinigt seien. Wobei mit den Altlasten nicht nur die HVB-Immobilien gemeint sind, dürften jene 2200 bis 2400 Mitarbeiter der zweitgrößten deutschen Bank ahnen, deren Arbeitsplätze abgebaut werden sollen. Laut Rampl notfalls auch per betriebsbedingter Kündigung. Dabei stieg das Betriebsergebnis 2004 im Vorjahresvergleich um 55 (!) Prozent auf 1,389 Milliarden Euro, womit die HVB fast noch ihre eigenen Ziele von 1,4 bis 1,7 Milliarden Euro erreicht hätte. Diese beiden Meldungen – steiler Anstieg des Betriebsergebnisses und damit der Gewinnaussichten für 2005 bei gleichzeiti-

ger drastischer Reduzierung der Personalkosten um zehn Prozent – ließ die HypoVereinsbank-Aktie in den letzten Tagen um fast sechs Prozent zulegen. Und den Preis des übernahmeverdächtigen Unternehmens steigen. Das Pokerspiel beginnt – wie der Fasching – bekanntlich immer wieder neu.

**AM ASCHERMITTWOCHE** war auch in München alles vorbei. Die diesjährige Faschingssaison hat wohl noch mehr Menschen zum Tanz der Marktfräulein auf dem Viktualienmarkt auf die Straße gebracht als im Vorjahr. Kleines Detail am Rande: Drei junge Leute in Alltagskleidung trugen je ein Schild mit der Aufschrift „Empfänger von Hartz IV“. Die Reaktionen reichten von gefrorenem Lachen bis zu offener Empörung gut gekleideter Damen und Herren: „Pfuui, wie geschmacklos!“ – Irgendwie war es für einen Moment wie auf der Titanic: Übergangsstimmung bei Musik und Tanz. Und die Kapelle spielte  
den letzten Walzer ...

Ihr Matze

## Wirtschaftsparadies München ... „Servus Infineon“ ... Titanicstimmung auf dem Viktualienmarkt

**Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.**

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



**VERANSTALTUNGEN**

**Dienstag, 15. März, 18 Uhr, Leipzig**

Vortrag und Diskussion *Hat die Globalisierung eine Geschichte?* Mit PD Dr. habil. Matthias Middell, Universität Leipzig. In Zusammenarbeit mit Karl-Lamprecht-Gesellschaft e. V. und attac Leipzig Harkortstr. 10

**Mittwoch, 16. März, 18 Uhr, Chemnitz**

Vortrag und Diskussion *Imperialistischer Humanismus – zur Tradition des „gerechten Krieges“ von Aristoteles bis Bush.* Mit Georg Jochum, TU Chemnitz, Institut für Industrie- und Techniksoziologie Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

**Donnerstag, 17. März, 17.30 Uhr, Leipzig**

War das die „Generalprobe“ für 1917? Überlegungen zum Platz der Revolution 1905/07 in Russlands Geschichte. Mit PD Dr. Sonja Striegnitz, Berlin. Kostenbeitrag 1,50 Euro \*\*\* Harkortstr. 10

**Donnerstag, 17. März, 19 Uhr, Leipzig**

LEIPZIG LIEST, *Wolfram Adolphi: Chinafieber.* NORA Verlag 2004. Moderation: Philipp Dyck. Kostenbeitrag 1,50 Euro Harkortstr. 10

**Freitag, 18. März, 19 Uhr, Leipzig**

LEIPZIG LIEST, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 2. Gegen Faschismus und Krieg 1933–1939.* Karl Dietz Verlag Berlin 2004. Mit den Autoren Elke Reuter und Klaus Kinner. Kostenbeitrag 1,50 Euro Harkortstr. 10

**Sonnabend, 19. März, 11 Uhr, Leipzig**

LEIPZIG LIEST, *Jannek Streber: Zwischen Auflehnung und Aufbruch. Zwei Generationen in Deutschland 1903 bis 1990.* NORA Verlag 2004. Moderation: Wolfram Adolphi. Kostenbeitrag 1,50 Euro Harkortstr. 10

**Sonnabend, 19. März, 19 Uhr, Leipzig**

LEIPZIG LIEST, *Wladimir Gelfand: Deutschland-Tagebuch 1945–1946. Aufzeichnungen eines Rotarmisten. Tagebuch und Briefe.* Ausgewählt und kommentiert von Elke Scherstjanoi. Aufbau-Verlag 2005. Mit Dr. Elke Scherstjanoi und Dr. Peter John, Leiter des Deutsch-russischen Museums Berlin-Karlshorst. Lesung: Dr. Bernhard Scheller. Aufbau-Verlag in Zusammenarbeit mit dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig und Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6

**Montag, 21. März, 19.30 Uhr, Dresden**

Veranstaltungsreihe „Zu HARTZ IV und Sozialabbau: Wir haben Alternativen“: *Mindestlohn – Für und Wider* \*\*\* Mit Dr. Bettina Musiolek, Studienleiterin Arbeitswelt und Wirtschaft der Evangelischen Akademie Meißen und Wolfgang Anschütz, Landesbezirksleiter ver.di Sachsen. In Zusammenarbeit mit attac und Bündnis gegen Sozialkahltschlag Dresden Haus an der Kreuzkirche 6

\*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

**Theatrium**

Leipzig, Miltitzer Allee 52

**16. 3., 18 Uhr (Premiere),** Max-Klinger-Gymnasium *Flasche leer* – ab 14 Jahre

**22. 3., 10 und 19 Uhr:** *Is(s) was!?* Jugendtheaterprojekt – ab 13 Jahre

**Initiative**

**Christliche Linke**

**14. 3., 18 Uhr,** Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Prof. Dr. Renate Topel *Der Psychologe und Philosoph Wilhelm Wundt – Ehrenbürger von Leipzig – im Spannungsfeld gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Kontroversen*

**Deutscher**

**Freidenker-Verband**

Leipzig, Gottschedstr. 31(HH)

**17. 3., 16.30 Uhr,** Vortrag: Prof. Dr. Horst Pickert *Marxistische Gedanken zum Wesen des Menschen.*

**ISOR e. V.**

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a, 04103 Leipzig, statt.

**SZM**

Stadtteilzentrum Messemagistrale

Straße des 18. Oktober 10a

**16. 3., 18 Uhr,** Buchvorstellung und Diskussion: Jan Zobel *Volk am Rand – NPD: Personen, Politik, Perspektiven der Antidemokraten*

**Veranstaltungen gegen Krieg**

Alle interessierten Gruppen und Vereinigungen können ihre Aktivitäten auf der Site [www.leipzig-gegen-krieg.de](http://www.leipzig-gegen-krieg.de) veröffentlichen

**Zum 60. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald**

findet am 10. April, 15 Uhr, auf dem Appellplatz der Gedenkstätte eine Kundgebung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora statt. Der Bund der Antifaschisten Leipzig hat dazu einen Bus organisiert und bittet alle Interessierten sich bis zum 4. 4. verbindlich in der Geschäftsstelle, Eisenacher Str. 72, Tel. 0341- 5964313 oder 0341- 451 1909 anzumelden.

Fahrtkosten: 12 Euro, Jugendliche 7 Euro  
Abfahrt: 10 Uhr, Busplatz Hauptbahnhof Ostseite  
Rückfahrt ab Buchenwald: ca. 17 Uhr

**Carl-Schorlemmer-Apotheke**



Inhaber:  
FSD PhR Friedrich Roßner  
Fachapotheker für  
Allgemeinpharmazie  
Karlsruherstraße 54  
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58  
Arzneimittel-Information  
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91  
Büro / Apothekenleiter

Unser Genosse

**Johannes Löscher**

ist am 1. März nach langer, mit Geduld ertragener Krankheit, kurz vor Vollendung seines fünfundsiebzigsten Lebensjahres verstorben.

Hans war über viele Jahre Mitglied unseres Vorstandes und hat sich stets aktiv in die Arbeit der Basisgruppe eingebracht.

Wir werden ihn immer in guter Erinnerung behalten.

PDS-Basisgruppe Leipzig-Lößnig II

In tiefem Schmerz nehme ich Abschied von meinem Vater

**Gen. Georg Köpping**

ehemaliger Mitarbeiter im Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel

\* 27. 5. 1920

† 21. 2. 2005

Konstanze Köpping

Die Urnenbeisetzung erfolgt am 15. 3. 2005, 13.30 Uhr, auf dem Südfriedhof Leipzig

**Konzern-Sponsoring über die Werbung?**

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

**Finanzieren müssen wir uns dennoch!**

**SPENDEN an:**

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

**Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...**

**Bestellschein**

**LIEFERANSCHRIFT:**

Name, Vorname  
Straße, Hausnummer  
PLZ, Ort  
evtl. Telefon

**RECHNUNGSANSCHRIFT**

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein  **Geschenkabonnement** ist

Name, Vorname  
Straße, Hausnummer  
PLZ, Ort

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung  
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut  
BLZ  
Kontonummer  
Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers  
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.  
2. Unterschrift des Auftraggebers

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

**Solidaritätspreis:**  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Neu vom Eulenspiegel Verlag

## Cartoons von Christine Dölle

garniert mit Witzen, frechen Sprüchen, Geschichten und Glossen ihrer schreibenden Kollegen

Die Deutschen waren einmal ein Volk in zwei Staaten. Heute sind sie zwei Völker in einem Staat. bis 1990 nannten sie einander Zoni und Bundi, danach Ossi und Wessi, gingen über zu Kosenamen wie Motzki, Trotzki, Jammerossi und Besserwessi, strichen resigniert das niedliche Zärtlichkeits-i und landeten bei Ostler und Westler, Dumpfbacke und Zonen-dödel. Inzwischen reden sie gar nicht mehr miteinander. Darüber wundert sich kein Mensch. Die Deutschen sind schon immer leichter ins Gerede gekommen als ins Gespräch.

Wer diesen Klappentext von Ernst Röhl zum neuen Eulenspiegel-Kleinod liest und das



Büchlein nicht stante pede zur Kasse schleppt, um seine 7,90 Euro abzuliefern, der ist selber schuld.

Ihnen als Vorgeschmack die besten Karikaturen von Christine Dölle auszusuchen, war ein unmögliches Unterfangen. Jede ist köstlich. Und erst die die kleinen, feinen Texte ...

Das Schöne an der Einheit: wenn der Ostler mal fünf Minuten vergisst, daß er Ostler ist, kreuzt garantiert sofort ein Westler auf, der ihn höflich daran erinnert.



Wer glauben sollte, dass Wanderer nur Ausschau nach Pilzen halten, irrt! Als wir unlängst an der sächsischen Elbe entlangzogen, erzählte uns ein Einheimischer von einem handfesten Spektakel im Dresdner Staatsschauspiel. Nein, kein solch Theaterskandal, wie er zuweilen losbricht, weil ein Regisseur wieder mal auf die Idee gekommen war, ein kopulierendes Pärchen auf der Drehbühne vor aller Augen agieren zu lassen, sondern ein Ereignis ganz anderer Art, über das ich aber nur in Stichworten berichten kann. Die Dresdner hatten schon im Oktober Hauptmanns „Weber“ auf den Spielplan gesetzt, waren aber im November von einem Gericht verurteilt worden, die Inszenierung nicht mehr aufzuführen. Eine Enkelin Hauptmanns hatte Klage erhoben, weil die Dresdner Aufführung angeblich den Intentionen des Großvaters nicht Rechnung trug. Man hatte einen Sprechchor zu den Schauspielern gesellt, und zwar einen Chor echter Arbeitsloser. Die hatte man zuvor gefragt, was sie zur allgemeinen Lage im Lande sagen, und einige ihrer Antworten von der Bühne herab verbreiten lassen. Nach Hauptmanns These „Drama ist immer Gegenwart“ konnte dagegen nicht viel einzu-

## Fremdeinwirkungen

Wanderungen durch Neufünfland

wenden sein, denn in seinem Stück hatten die schlesischen Weber auch „nur“ kundgetan, was sie 1844 zu ihrer allgemeinen Lage zu sagen hatten. Um ihre Inszenierung gebracht, kamen die Dresdner auf die Idee, ein neues Stück aufzuführen: „Die Dresdner Weber“. Und das sahen wir uns – einen Schlipps hat fast jeder Wanderer im Rucksack – gemeinsam an und waren ungemein angetan. Kein billiger Wahlkampf, wie man ihn täglich im Fernsehen ertragen muss, sondern die Darstellung der für viele bitteren Wahrheit. Wer demnächst durch Dresden kommen und die „Dresdner Weber“ auf dem Spielplan entdeckt, sollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen ...

Tage drauf in Potsdam lasen wir, dass man einen 41-jährigen Maler früh morgens erfroren im Babelsberger Park gefunden hatte. Nichts besonderes? Das Besondere bestand darin, dass der Arbeitslose am Morgen vor seinem Tod aus seiner Wohnung wegen Mietschulden exmittiert worden war. Sein Sohn fand nur einen Zettel auf dem Küchentisch: „Geh zu Oma!“ Die Polizei meldete: „Keine Fremdeinwirkung“, aber ich fand, diese Auskunft war anzuzweifeln ...

• KLAUS HUHN

## FUNDSACHEN

Was machen viele Beamte mit den teuer bezahlten Gutachten von Beraterfirmen? Gelesen, gelacht, gelocht!  
ARD 10. 2.

Die Nato ist die beeindruckendste Allianz der Menschheit.  
US-Minister Rumsfeld, ZDF 12. 2.

ABM-Beschäftigungen werden nun einfach in 1-Euro-Jobs umgewandelt. Aus einem ABM-Job werden nun drei 1-Euro-Jobs.  
MDR 15. 2.

40 Jahre hat man denen im Osten erklärt, dass der Kapitalismus menschenverachtend ist – und die haben es nicht geglaubt. Und nun kommt noch Hartz IV. Erzgebirge IV unter Honecker? Nee.

CDU = Club Der Untersuchungshäftlinge. Viele würden den Pfahls jetzt lieber in einer Badewanne in einem Genfer Hotel liegen sehen.

Rechts von der CSU hat es noch nie etwas gegeben.

Was bis 1989 Ostdeutschland hieß, heißt jetzt Mitteldeutschland. Und die Polen??

Alles Kabarettist Hagen Rether, 3sat 19. 2.

GEFUNDEN VON  
MANFRED ERBE

Leipzigs  
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzigs\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzigs-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:  
Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:  
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Oststraße 39, 04420 Markranstädt, Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062  
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. März

Die nächste Ausgabe erscheint am 25. März

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40